



Machen Sie mit und informieren Sie sich
im neuen **Netzwerk der Bayerischen GemeindeZeitung!**
Diskutieren Sie kommunale Themen
direkt mit Kolleginnen und Kollegen!
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Städtetag in Coburg:

Orientierungshilfe in bewegten Zeiten

Positionen zur Landtagswahl 2018

Rund 330 Delegierte sowie Gäste aus der Europapolitik, Bundes- und Landespolitik nahmen an der diesjährigen Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Coburg teil. Unter dem Motto „Starke Städte – starkes Land“ legte der Vorsitzende des Kommunalverbands, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Ministerpräsident Dr. Markus Söder für die Landtagswahl im Oktober 2018 ein Positionspapier mit wichtigen Forderungen zu zentralen Feldern bayerischer Kommunalpolitik vor.

Wie Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, betonte, „gelten diese Positionen nicht nur kurzfristig mit Blick auf die Landtags-

wahl. Das Positionspapier formuliert die Themen des Bayerischen Städtetags und gibt Orientierung für unsere Arbeit der nächsten Jahre. Mehrere Leit-motive durchziehen die Forderungen für die Städte und Gemeinden – demografischer Wandel, Integration, Mobilität, digitale Transformation und Daseinsvorsorge. Das ist mehr als nur ein Forderungskatalog zu Wohnen, Energie, Schule, Soziales und Gesundheit, das ist ein kommunalpolitisches Kompendium.“



Dr. Kurt Gribl.



Dr. Markus Söder.

er Gemeinde auf eine hohe Lebensqualität und gesicherte Lebensgrundlagen verlassen können. Buckenhofer: „Die Menschen erleben den Staat zu-

barsten aus. Je leistungsfähiger die Kommunen wirken können, desto besser fühlen sich die Menschen aufgehoben. Vitale Städte sind Kraftfelder und Innovationsmotoren für ein starkes Bayern. Starke bayerische Städte sind ein Garant für einen starken Freistaat.“

Gewandelte Bedürfnisse berücksichtigen

Coburgs Oberbürgermeister Norbert Tessmer zufolge „erwarten die Menschen in unseren Städten und Gemeinden, dass kommunale Leistungen die gewandelten Lebensbedürfnisse im Alltag berücksichtigen. Kommunen müssen in die Lage versetzt sein, ihr Leistungsangebot an die Herausforderungen der Zeit anzupassen, damit sie ihre Integrationskraft für alte und junge Menschen, gesunde und kranke Menschen, alteingesessene und zugewanderte Menschen, arme und wohlhabende Menschen entfalten können.“

„Es sind die Seen, die Berge und die Königsschlösser, die dem Bilderbuch-Bayern ein schönes Gesicht leihen. Und es sind die Städte, die Bayern eine (Fortsetzung auf Seite 4)

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern
und klicken Sie hier: www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

er in ihrer Kommune. Hier zeigen sich gesellschaftliche Strömungen zuerst, hier bündeln sich soziale Probleme, wirken sich die Folgen von wirtschaftlichen Entwicklungen am sichtbarsten aus.“

Wohnungsbau in Bayern:

Aigner ruft zu gemeinsamer Anstrengung auf

Großer Gipfel mit 30 Teilnehmern im Bauministerium

Die BayernHeim-Gründung, ein um 300 Euro aufgestocktes Baukindergeld, eine bayerische Eigenheimzulage von 10.000 Euro – so will der Freistaat die Wohnsituation in Bayern verbessern. Dabei bietet die Staatsregierung bauwilligen Kommunen fachliche und finanzielle Hilfen an. 886 Millionen Euro – eine Rekordsumme für die Wohnraumförderung in Bayern – steht zur Verfügung.

„Wohnraum schaffen, das ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die uns alle angeht. Wir brauchen den Dialog, um mit vereinten Kräften mehr Wohnungen zu bauen“, sagte Ilse

Aigner beim Bayerischen Wohnungsgipfel in München. Die Bauministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin hatte erstmalig zu solch großer Runde Kommunale Spitzenverbände,

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die **Bayerische GemeindeZeitung** als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Große Anstrengungen unternimmt der Freistaat, um der Wohnungsknappheit Herr zu werden. Unser Bild zeigt v. l.: Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bauministerin Ilse Aigner und den neuen Geschäftsführer der BayernHeim, Peter Baumeister.



V. l.: Christoph Göbel, Christine Borst, Jörg Kunstmann, Stefan Rößle, Hannelore Langwieser und Dr. Florian Herrmann.

KPV-Landesversammlung in München:

Das Beste für Bayerns Kommunen

Flagge für die KPV zeigten viele CSU-Kommunalpolitiker im Rahmen der diesjährigen KPV-Landesversammlung in München. Bei der Neuwahl des Landesvorstands und Hauptausschusses wurde Stefan Rößle (Donau-Ries) mit überwältigender Mehrheit als Landesvorsitzender bestätigt. Der Landrat verwies auf die herausragende Lebensqualität bayerischer Kommunen. „Dass dies so bleibt, dafür kämpfen wir gemeinsam. Als CSU und als KPV. Wir wollen das Beste für Bayern und seine Kommunen.“

„Ziel für die kommenden Jahre auf Landesebene ist es, dass die höchst kommunalfreundliche Politik der Staatsregierung

fortgesetzt werden kann – mit der Einhaltung des Konnexitäts- und Subsidiaritätsprinzips als wichtige Grundlage der Entscheidungen“, betonte Rößle, der nicht nur die Erfolge der KPV hervorhob, sondern auch auf die noch erforderliche Umsetzung zahlreicher Projekte verwies.

Vorsorge für steuerschwache Jahre

Beispiel Finanzen: „Von den Rekordeinnahmen des Staates durch die herausragende Wirtschaftslage müssen die Kommunen noch mehr profitieren. Es gilt jetzt für mögliche steuerschwache Jahre in der Zukunft vorzusorgen. Der Kommunalanteil an den Steuerverbänden sollte deshalb auf 15 % angehoben werden“, erklärte der Vorsitzende. Die KPV fordert auch einen größeren finanziellen Spielraum für kommunale Investitionen mit einer Erhöhung nach Art. 10 FAG – der Bedarf und die Belastungen steigen, stetig kom-

men neue Aufgaben hinzu. Zudem setzt sich die Vereinigung für eine Erhöhung der „Kopfbeträge“-Finanzzuweisungen nach Art. 7 FAG im Zusammenhang mit den steigenden Verwaltungs- und Personalkosten in den Kommunen ein. Und auch im Bereich der Flüchtlings- und Integrationsleistungen wird eine dauerhafte und umfassende Kostenerstattung für alle kommunalen Belastungen gefordert. Mit Blick auf das Thema Digitalisierung (Fortsetzung auf Seite 4)



„Nichts Schöneres unter der Sonne, als unter der Sonne zu sein“, meint der Bürgermeister gemeinsam mit Ingeborg Bachmann. Bei dieser hochsommerlichen Hitze lässt er seine Mitarbeiter ab 14.00 Uhr nach Hause gehen – wenn sie gerne möchten. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | Seite |
|---|---------|
| Stärkung für Nordbayern | 2 |
| Positionspapier der Bundes-SGK | 2 |
| Gelder für Entwicklungshilfe zu kürzen ist das falsche Signal | 2 |
| GZ-Kolumne Georg Huber: | |
| Betriebliches Gesundheitsmanagement | 3 |
| Heimatpreise für Oberfranken und Mittelfranken | 3 |
| Volksbegehren zum Flächenverbrauch nicht zulässig | 5 |
| Tourismus neu denken | 5 |
| Kommunale Bau Themen | 6 - 10 |
| Wasser • Abwasser | 11 - 13 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 14 - 16 |

Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer:

Stärkung für Nordbayern

Neue Außenstelle der Wirtschaftsagentur Bayern in Hof

München/Hof. Die neue Außenstelle der Wirtschaftsagentur Bayern eröffnete Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer in Hof. In der Wirtschaftsagentur sind die Ansiedlungsagentur des Freistaates „Invest in Bavaria“, „Bayern International“ und – neu – „Invest daheim“ zusammengefasst, um verstärkt Investitionen in den ländlichen Raum zu holen. Neben München und Nürnberg ist Hof nun die dritte Anlaufstelle für mögliche Investoren.

Pschierer: „Ein zukunftsfähiger Branchenmix, hervorragende Infrastruktur und hohe Lebensqualität machen Nordbayern für Unternehmer und Arbeitskräfte besonders attraktiv. Wir bewerben intensiv die Wirtschaftsstandorte im ländlichen Raum und legen dabei mit unseren Außenstellen in Nürnberg und ab heute zusätzlich in Hof einen besonderen Schwerpunkt auf Nordbayern. Mit der neuen ‚Wirtschaftsagentur Bayern‘ bündeln wir unsere bisherigen Aktivitäten ‚Exportförderung‘ sowie ‚Standortmarketing und Ansiedlungsförderung‘ unter einem Dach und ergänzen diese durch die neue Einheit ‚Invest Daheim‘. Mit ihr schaffen wir ein schlagkräftiges neues Team mit dem Ziel, verlagerungs- und erweiterungswillige Unternehmen erfolgreich im ländlichen Raum anzusiedeln. Dafür wollen wir ab 2019 mit einem neuen Bayerischen Investitionsfonds in Höhe von 50 Millionen Euro auch finanzielle Anreize setzen.“

Eigener Fonds

Das neue Team soll Marketingmaßnahmen entwickeln, mit denen investitionsbereite Firmen unterstützt werden sollen.

Für Invest daheim soll ein Fonds mit einem Grundkapital von 50 Millionen Euro eingerichtet werden, mit denen verlagerungswillige Unternehmen unterstützt werden können.

Adresse im Haus der LfA

Die neue Wirtschaftsagentur bezieht Räumlichkeiten der LfA Förderbank Bayern am Oberen Torplatz in Hof. Hans Peter Göttler, Mitglied des Vorstands der LfA, erläutert: „Die Bündelung von LfA und der Außenstelle der Wirtschaftsagentur Bayern unter einem Dach in Hof ist ein starkes Signal für die Region. Unser breites Finanzierungsnetzwerk am Förderstützpunkt Hof aus Banken, Kammern, Wirtschaftsförderern, Hochschulen und Verbänden werden wir ab sofort gemeinsam nutzen, um noch mehr Impulse für die Wirtschaft vor Ort zu setzen. Allein seit 2016 hat die LfA Gründer und mittelständische Unternehmen in Oberfranken mit fast 240 Millionen Euro gefördert. So konnten die Betriebe Investitionen von rund 455 Millionen Euro verwirklichen und über 28.600 Arbeitsplätze am Standort sichern sowie mehr als 1.300 neu schaffen.“

Pschierer unterstreicht die hohe Bedeutung der bayerischen Auslandsrepräsentanzen in der Ansiedlungspolitik: „Mit ihrem weltweiten Netzwerk sind die Repräsentanzen entscheidende Schnittstellen für die Internationalisierung und bewerben zugleich Bayern im Ausland als Forschungs- und Produktionsstandort und als Tourismusziel. Wir wollen uns aber in Zukunft bei Standortmarketing und Ansiedlungsförderung noch stärker auf den ländlichen Raum konzentrieren und dessen Potenziale maximal nutzen. Dazu werden wir regionale Kompetenzprofile erstellen und für eine gezielte Standortwerbung nutzen, mit den Außenstellen in Nürnberg und Hof eine zweite Säule der Ansiedlungsförderung für Nordbayern aufbauen und neben der klassischen Ansiedlungswerbung künftig die Akquise innovativer und hochwertiger Tourismusinvestitionen im ländlichen Raum vorantreiben.“

Positionspapier der Bundes-SGK:

Sozialen Arbeitsmarkt umsetzen

In seiner jüngsten Sitzung hat der Vorstand der Bundes-SGK ein Positionspapier „Sozialen Arbeitsmarkt umsetzen und kommunale Spielräume gewähren!“ beschlossen. Die Bundes-SGK begrüßt die Pläne von Bundesminister Hubertus Heil im Sozialgesetzbuch II ein neues Regelinstrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt für alle“ einzuführen und damit die Möglichkeiten, Langzeitarbeitslose zu beschäftigen, deutlich zu verbessern.

Bisherige Modellprojekte öffentlich geförderter Beschäftigung wie in Dortmund oder Hamburg haben nach Ansicht der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik gezeigt, dass geförderte und begleitend gecoachte Tätigkeiten den Teilnehmern – und häufig auch ihren Familienangehörigen – erfolgreich das Gefühl von Teilhabe am Leben und an der Gesellschaft vermitteln können. Bisherige Modellprojekte hätten aber auch bewiesen, dass es in sehr unterschiedlichen Kommunen sehr unterschiedliche Gründe für Langzeitarbeitslosigkeit gibt.

Langzeitarbeitslosigkeit auch ein strukturelles Problem

Während in wirtschaftlich starken Regionen mit geringer Arbeitslosigkeit häufig individuelle Vermittlungshemmnisse vorlägen, sei in anderen Regionen die Langzeitarbeitslosigkeit auch ein strukturelles Problem, da das früher stark ausgeprägte Segment der Helfertätigkeiten heute im wesentlich geringeren Umfang existiert und der Arbeitsmarkt nur bedingt Menschen mit geringen forma-

Gelder für Entwicklungshilfe zu kürzen ist das falsche Signal

Der entwicklungspolitische Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Klaus Steiner, übt scharfe Kritik an der von Bundesfinanzminister Olaf Scholz beabsichtigten Kürzung des Entwicklungshilfeetats.

„Gerade zum jetzigen Zeitpunkt, in dem alle von der Bekämpfung von Fluchtursachen reden und die Bedeutung und Notwendigkeit einer effektiven Entwicklungszusammenarbeit in den Mittelpunkt der außenpolitischen Diskussion stellen, ist dies ein absolut falsches Signal“, so Steiner. Der Bundesfinanzminister hat Etatkürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit für das Jahr 2019 vorgenommen. Laut mittelfristiger Finanzplanung soll der Haushalt des Bundesentwicklungszusammenarbeit ab 2020 sogar um eine Milliarde Euro pro Jahr gekürzt werden. „Das ist auch ein klarer Verstoß der SPD gegen den vereinbarten Koalitionsvertrag“, so Steiner. Dort heißt es wörtlich: „Wir werden auch unsere Ausgaben in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention deutlich erhöhen.“

Zum 55. Jahrestag des ersten so genannten „Yaoundé-Abkommens“ zwischen der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und 18 afrikanischen Staaten mahnte Steiner den Koalitionspartner SPD, Bundesminister Gerd Müller bei seinem Marshall-Plan für Afrika zu unterstützen. Die geplanten Kürzungen nannte der CSU-Politiker „grob fahrlässig“. □

Bevölkerung in Beschäftigung kommt.

2. So erfreulich das relativ geringe Abschmelzen der Förderhöhe über die gesamte Laufzeit des Programmes ist: Gerade für Kommunen in schwieriger Haushaltslage – oder gar unter Haushaltsverwaltung – sind auch 10 % Eigenanteil kaum oder nicht zu stemmen. Wenn eine Kommune haushaltsrechtlich nur noch Pflichtaufgaben erfüllen darf, kann und darf sie für den sozialen Arbeitsmarkt keine Mittel bereitstellen. Für diese Deckungslücke muss eine Lösung gefunden werden, beispielsweise durch ergänzende Finanzierung auf Länderebene.

3. Die Entlohnung orientiert am Mindestlohn ergibt sich aus dem Koalitionsvertrag. Rückmeldungen aus Verbänden, Ländern und Kommunen lassen es jedoch geboten erscheinen, dass die Bemessung wenn möglich auf Basis des Tariflohnes bzw. des ortsüblichen Arbeitsentgeltes erfolgen sollte. Nur so ist das Instrument auch für tarifgebundene Unternehmen und kommunale Arbeitgeber attraktiv.

4. Kommunale Beschäftigungsgesellschaften bewegen sich oft im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, wenn sie die Menschen in externen Einsatzstellen beschäftigen. Die Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten, danach Übernahme durch den Entleiher) widersprechen der geplanten fünfjährigen Förderdauer des §16i SGB II. Nötig erscheint deshalb eine Ausnahmeregelung, gerade im gemeinnützigen Bereich. Ebenfalls muss gewährleistet sein, dass eine – gemäß dem neuen Instrument zwangsläufig befristete – Beschäftigung als Sachgrundbefristung möglich ist, ohne dass anschließende Pflichten der Arbeitgeber folgen.

5. Die Neugestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung ist ein Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik, aber eben auch zu einer nachhaltigen Sozialpolitik. Die tatsächliche Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt bleibt oberste Zielstellung, aber nicht alleiniges Ziel. Umso mehr muss überlegt werden, welche Angebote man Teilnehmern machen kann, die zwar individuell und familiär von der Beschäftigung profitiert haben, aber auch nach fünf Jahren noch immer nicht allgemein vermittelbar sind.

Aus kommunaler Sicht ist zudem grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass die JobCenter strukturell mehr Mittel und Personal brauchen. **DK**



SDG-Indikatoren für Kommunen online

Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutsches Institut für Urbanistik, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und die Servicestelle haben gemeinsam Indikatoren zur Abbildung der globalen Nachhaltigkeitsziele entwickelt. Die Ergebnisse sind nun in der Publikation „SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen“ erschienen. Die Broschüre sowie weitere Informationen – Indikatoren-Katalog, Steckbriefe, Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele – können auf dem Internetportal „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung abgerufen werden.

Mehr Informationen <http://www.sdg-indikatoren-fuer-kommunen.de>

Erklärvideo „Kommunales Know-how für Nahost“ in mehreren Sprachen

Im Mittelpunkt der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ steht die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen Kommunen und Kommunen in Jordanien, im Libanon und in der Türkei, die besonders viele Geflüchtete aus Syrien aufgenommen haben. Zur Initiative hat die Servicestelle ein Erklärvideo erstellt, das jetzt auch auf Englisch, Arabisch und Türkisch zur Verfügung steht. Damit werden auch auf den fremdsprachigen Internetseiten des Onlineportals Ansatz, Ziele und verschiedene Unterstützungsinstrumente der Initiative anschaulich dargestellt und erläutert.

Mehr Informationen <https://skew.engagement-global.de/aktuelle-mitteilung/erklarendes-zur-initiative-kommunales-know-how-fuer-nahost-arabisch-tuerkisch-englisch.html>

Dritter Runder Tisch zu Kommunalen Partnerschaften mit der Mongolei

Das diesjährige Vernetzungstreffen mit dem Länder-schwerpunkt Mongolei findet am 6. und 7. September 2018 in der Gemeinde Schönefeld und der Stadt Baruth/Mark in Brandenburg statt. Akteure aus Kommunen und Zivilgesellschaft können sich über aktuelle entwicklungspolitische Herausforderungen in der Mongolei und ihre Erfahrungen in der praktischen Partnerschaftsarbeit austauschen. Die Servicestelle lädt ausdrücklich auch Kommunen ein, die Partnerschaften zu mongolischen Kommunen erst anbahnen oder bislang über lose Kontakte verfügen. Ziel ist es, diese mit Akteuren langjähriger Partnerschaften in Austausch zu bringen und neue Impulse und Ideen für kommunales Engagement zu setzen.

Mehr Informationen <https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/dritter-runder-tisch-zu-kommunalen-partnerschaften-mit-der-mongolei.html> □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Dosch
82278 Althegenberg
am 29.8.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Norbert Tessmer
96450 Coburg
am 4.8.

Bürgermeister
Rupert Wintermeier
82449 Uffing a. Staffelsee
am 4.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Zirngibl
94347 Ascha
am 1.9.

Bürgermeister Hans Biechle
86866 Mickhausen
am 3.9.

Bürgermeister Georg Schwarz
86470 Thannhausen
am 3.9.

Bürgermeister Walter Schauer
92554 Thanstein
am 8.8.

Bürgermeister Hans Kern
88138 Weißenstein
am 11.9.

Bürgermeister Toni Dutz
95676 Wiesau
am 21.8.

Bürgermeister
Friedlein-Zech Gregor
96275 Marktzeuln
am 25.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Caroline Zehnpfennig-Doleczik
86739 Ederheim
am 1.9.

Bürgermeister Dietmar Fieger
63785 Obernburg
am 4.9.

Bürgermeister
Jürgen Hennemann
96106 Ebern
am 8.9.

Bürgermeisterin
Gabriele Wittenzellner
94250 Achslach
am 12.8.

Bürgermeister Toni Barth
87474 Buchenberg
am 13.8.

Bürgermeister Karl Schleid
83308 Trostberg
am 21.8.

Bürgermeister
Josef Wecker
86511 Schmiechen
am 24.8.

Bürgermeister Roland Dietz
86682 Genderkingen
am 31.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Elke Zehetner
82377 Penzberg
am 4.9.

Bürgermeister
Ewald Seifert
94363 Oberschneiding
am 5.8.

Bürgermeister Georg Huber
83122 Samerberg
am 29.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Kisch
91438 Bad Windsheim
am 8.9.

Bürgermeisterin
Sigrid Rheinfelder
96149 Breitengüßbach
am 22.8.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Andreas Magg
82140 Olching
am 13.8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Florian Liening-Ewert
97640 Hendungen
am 8.8.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Vortrefflich gepflegte Lebensart

Minister Füracker verlieh Heimatpreise Oberfranken und Mittelfranken

Menschen, die sich in Oberfranken und Mittelfranken um die bayerische Lebensart verdient gemacht haben, wurden jüngst von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker mit Heimatpreisen ausgezeichnet. „Sie setzen sich mit Verantwortungsbewusstsein, Leidenschaft und Kreativität für den Erhalt unserer Traditionen ein und sorgen dafür, dass sie an zukünftige Generationen weitergegeben werden“, stellte Füracker in Bayreuth bzw. Ansbach fest.

Den „Heimatpreis Oberfranken“ erhielt zunächst das Annafest Forchheim, das zwei Traditionslinien vereinigt: Wallfahrer und Schützen. Die Wallfahrer zu der der Heiligen Mutter Anna geweihten Kapelle im nahen Weilersbach machten auf dem Rückweg Rast im Kellerwald und stärkten sich mit Bier. Der Forchheimer Schützenverein verlegte 1840 seine Schießstätte vom Schießanger an der Regnitz in den Kellerwald und veranstaltete sein Hauptschießen am Annafest.

Forchheimer Annafest

Daraus entstand das Annafest, das noch heute jedes Jahr stets um den Annatag (am 26. Juli) begangen wird. Dann bieten 24 Bierkeller mit rund 30.000 Sitzplätzen das spezielle Annafest(stark) Bier der Forchheimer Brauereien und von Brauereien aus dem Umkreis an.

Hofer Schlappentag

Der Hofer Schlappentag als weiterer Gewinner ist eines der ältesten Volksfeste Oberfrankens, Hofer „Nationalfeiertag“ sowie das älteste Zunft-, Bier- und Schützenfest Deutschlands. Die Privilegierte Scheiben-Schützen-Gesellschaft von 1432 Hof e. V. führt als Nachfolgerin der Hofer Schützenkompanie den Schlappentag seit über 580 Jahren durch. Der Markgraf von Brandenburg verpflichtete nach der Niederlage gegen die Hussiten im Jahr 1430 alle männlichen Einwohner zu regelmäßigen Schießübungen. Diese Übungen mussten bis zum Montag nach Trinitatis absolviert werden. Die Schützen waren von der Schießpflicht so wenig begeistert, dass sie lediglich in Arbeitskleidung und Schlappen zu der Schießübung gingen. Daher etablierte sich der Begriff „Schlappentag“ schnell. Der Schlappentag findet stets eine Woche nach Pfingstmontag statt. Zu diesem traditionsreichen historischen Heimatfest wird eigens ein „Schlappenbier“ gebraut.

Kronacher Freischießen

Das Kronacher Freischießen wiederum ist eine der ältesten und gleichzeitig lebendigsten Traditionen des Frankenwaldes. Abgehalten von der Schützengesellschaft Kronach geht der jährliche Schießwettbewerb zurück auf das Jahr 1588.

Begleitet von einem der schönsten und größten Volksfeste Frankens machen die Schützen der Region den jeweils Besten in den Disziplinen Luftgewehr, Kleinkaliber, laufende Scheibe und Pistole aus. Modernes Sportschießen, Brauchtum und ein fröhliches und buntes Volksfest machen das Kronacher Freischießen zum Anziehungspunkt vieler tausend Menschen, die in gemütlicher Atmosphäre das heimische Bier genießen und dabei die unterhaltsamen Konzerte der verschiedenen Musikkapellen verfolgen.

Pottensteiner Licherprozession

Mit bis zu 2.000 Gläubigen und ca. 1.000 Feuerstellen ist die Pottensteiner Licherprozession die bekannteste und größte in der Region. Die Licherprozession am Dreikönigstag ist ein be-

indruckender Ausdruck des aktiv gelebten katholischen Christentums.

Limmersdorfer Lindenkirchweih

Ein urfränkisches Kirchweihfest, nämlich die seit 1729 nachgewiesene Limmersdorfer Lindenkirchweih, ist der gesellschaftliche Höhepunkt des dörflichen Lebens. Sie ist bereits als Kulturgut im bayerischen und bundesweiten Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes eingetragen.

Wunsiedler Brunnenfest

Seit 1833 findet das traditionsreiche Wunsiedler Brunnenfest mit über 30 geschmückten Brunnen statt. Kindergärten, Vereine und Firmen kommen in Brunnengemeinschaften zum Schmücken der Brunnen mit Blumen und Lichtern zusammen. Als Veranstaltungshöhepunkt ziehen bei Einbruch der Dunkelheit Musikanten und Sänger mit Festbesuchern von Brunnen zu Brunnen. Auch dieses Fest ist im bayerischen und bundesweiten Verzeichnis für das immaterielle Kulturerbe gelistet.

Eppelein-Festspiele Burghann

Preisträger des „Heimatpreises Mittelfranken“ sind zunächst die seit 2005 stattfindenden Eppelein-Festspiele Burghann. Die Festspiele der Fördergemeinschaft Burg Burghann e.V. erinnern an den legendären Raubritter Eppelein von Gaillingen als „fränkischer Robin Hood“. Er entkam seiner Hinrichtung durch einen legendären, tollkühnen Sprung zu Pferd über den Burggraben in Nürnberg. 1381 wurde er aber in Neumarkt in der Oberpfalz hingerichtet, nachdem er zuvor im mittelfränkischen Burghann Burgturm eingesperrt war.

Heimatverein Herzogenaurach

Heimatspflege und Liebe zur Heimat stehen im Mittelpunkt des 1906 gegründeten Heimatvereins Herzogenaurach. Der Traditionsverein bietet ein vielfältiges Programm für Herzogenauracher Heimatfreunde.

Eisenhammer Eckersmühlen

Der Historische Eisenhammer Eckersmühlen ist seit 1985 ein lebendiges Museum zur Kunst des Hammerschmiedens, das von der Stadt und dem Landkreis Roth getragen wird. Das beeindruckende industriege-schichtliche Denkmal gibt einen Einblick in historische Arbeits- und Lebenswelten. Der ehemalige Handwerksbetrieb war über fünf Generationen im Besitz der Hammerschmiede-Dynastie Schöff und produzierte noch bis 1974 Geräte zur Holzverarbeitung und für die Landwirtschaft.

Kinderzeche Dinkelsbühl

Auch die Kinderzeche Dinkelsbühl wurde mit dem „Heimatpreis Mittelfranken“ bedacht. Dinkelsbühler Kinder feierten einst Mitte Juli mit einem Ausflug ins Wirtshaus das erfolgreich zu Ende gebrachte Schuljahr. Zur Belohnung ihrer Schulleistung übernahm die Stadt die Zeche. 1629 wurde diese Kin-

derzeche erstmals urkundlich erwähnt. Seit 1897 wird dieses Schulfest um ein historisches Festspiel erweitert. Grundlage des Festspiels ist die Sage um die Turmwächtertochter Lore im Dreißigjährigen Krieg.

Als 1632 die Schweden unter dem Obristen von Sperrreuth Dinkelsbühl belagerten, flehte die Türmerstochter Lore mit den Kindern der Stadt um Gnade und rettete so die Stadt vor Plünderung und Zerstörung. Die Schüler aller Dinkelsbühler Schulen und weitere 1.100 ehrenamtliche Helfer stellen das historische Kinder- und Heimatfest auf die Beine. Die Festwoche umfasst zehn Tage mit historischem Festspiel, Festzug, Schwedenlager und der sog. „Kinderzechguckenverteilung“.

Michaelis-Kirchweih Fürth

Die Michaelis-Kirchweih Fürth, Bayerns größte Straßenkirchweih in der Fürther Innenstadt, bietet ein ganz besonderes Flair. Sie ist inzwischen nicht nur eine klassische Kirchweih, sondern bietet auch einen Markt mit Buden, Verkaufsständen und Fahrgeschäften. Die Michaelis-Kirchweih ist Teil der fränkischen Kirchweihtradition und findet bereits seit mehr als 900 Jahren statt.

Osingverlosung

Prämiert wurde zudem die Osingverlosung. Zum Hintergrund: Das erstmals 1465 urkundlich erwähnte Osing ist der größte Gemeinschaftsbesitz in Europa. Die gemeindereife Hochfläche ist die letzte Markgenossenschaft Deutschlands. Das Areal umfasst 264 Hektar. 213 Feldanteile landwirtschaftliche Gemeinshaftsnutzfläche im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim. Alle zehn Jahre findet die Osingverlosung zur Aufteilung dieser Fläche unter den Bauern der Dörfer Humprechtsau, Krautostheim, Herbolzheim und Rüdlsbrunn statt. Die nächste erfolgt im Jahr 2024 und dient der gerechten Verteilung von fruchtbaren und weniger geeigneten Flächen unter den Landwirten.

Heimatminister Füracker startet Wettbewerbe:

Bürger und Kommunen am Thema Heimat beteiligen

„Gütesiegel Heimatdorf 2019“ und „Regionale Zukunftsprojekte“ Erfolgreiche Regionalmanagements in Bayern

Bayern ist lebenswerte Heimat und gelebte Tradition – in der Großstadt ebenso wie im ländlichen Raum und in den kleinen Ortschaften. „Die einzigartige Lebenskultur ist Fundament für das bayerische Heimatgefühl. Wir wollen Bayerns Regionen als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume positionieren und das Heimatgefühl und die Lebensqualität vor Ort erhalten. Bürgerinnen und Bürger sollen sich vor Ort „zu Hause“ fühlen und sich zusammen mit den Kommunen am Thema Heimat beteiligen“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum Start neuer Wettbewerbe zum Thema Heimat in Nürnberg hervor.

Mit dem Wettbewerb „Gütesiegel Heimatdorf 2019“ begibt sich das Heimatministerium auf die Suche nach kleinen Gemeinden, die mit überragender Lebensqualität und besonderer Heimatverbundenheit ihrer Bewohner für das bayerische Heimatgefühl unverzichtbar und Vorbild für andere Gemeinden sind.

Zwei Gemeinden je Regierungsbezirk

Bayernweit werden zwei Gemeinden je Regierungsbezirk mit einer Geldprämie von 50.000 Euro bzw. 60.000 Euro (bei Lage der Gemeinde im Raum mit besonderem Handlungsbedarf) ausgezeichnet. Die Prämie ist

GZ

KOLUMNE
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

Langes Sitzen, Zeitdruck, Stress – die Anforderungen der modernen Arbeitswelt können sich negativ auf die Gesundheit auswirken. Die Folgen sind vermehrte Fehlzeiten, was wiederum die Arbeitsbelastung der Kollegen erhöht. Viele Unternehmen und Behörden haben deshalb die Bedeutung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements längst erkannt. Das Ziel

ist die Erhaltung und Förderung der Gesundheit und damit des Wohlbefindens der Beschäftigten. Was wiederum zu einer Senkung der Fehltagelast, der Erhöhung der Mitarbeiterbindung und der Steigerung von Motivation und Zufriedenheit führen soll. Sind diese Faktoren erfüllt, profitieren beide Seiten – Betrieb und Belegschaft. Daher lohnt es sich, in die Ge-



deshalb vor einiger Zeit ein betriebliches Gesundheitsmanagement eingeführt. Bei der Umsetzung ging es zunächst darum, die Ist-Situation zu analysieren, Ziel und Strategie festzulegen, Maßnahmen zu planen und durchzuführen.

So werden nun regelmäßig Gesundheitstage zu verschiedenen Themen abgehalten – selbstverständlich während der Arbeitszeit. Im vergangenen Jahr stand das Thema „Stressbewältigung am Arbeitsplatz“ auf der Agenda mit

Vorträgen zu Burnout Prävention und Zeitmanagement; abgerundet mit praktischen Übungen zu Entspannungstechniken. Heuer stand die „Gesunde Ernährung“ im Fokus. Darüber hinaus werden Gesundheitschecks angeboten. So machte beispielsweise vor kurzem ein Venenmobil Station am Landratsamt.

Infoveranstaltungen wie zum Beispiel zum Thema Pflege von Angehörigen runden das Angebot ab. Denn das betriebliche Gesundheitsmanagement sieht den Arbeitnehmer in seiner ganzen Lebenssituation – nicht nur die Bedingungen am Arbeitsplatz, sondern auch die familiäre Situation. Denn nur ein ganzheitlicher Ansatz bringt die erhoffte Wirkung –

ein Mitarbeiter, der sich wertgeschätzt und wohlfühlt, kann auch eine bessere Leistung erzielen. Dies erzeugt ein positives Arbeitsklima, was wiederum auch einen Image-Gewinn für das Unternehmen bedeutet. Für eine Evaluation mit konkreten Zahlen ist es noch zu früh, doch die positive Resonanz auf die Angebote zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Schließlich hat schon der deutsche Philosoph Arthur Schopenhauer erkannt: „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ In diesem Sinne: Schöne Ferien!

Ihr Georg Huber

Landrat des Landkreises Mühldorf a. Inn

Betriebliches Gesundheitsmanagement

sundheit der Mitarbeiter zu investieren – auch und gerade im öffentlichen Bereich.

In Zeiten, in denen es immer schwieriger wird, fachlich qualifiziertes Personal zu finden und zu binden, umso mehr. Denn die Bedeutung der Work-Life-Balance nimmt zu. Längst ist nicht mehr das Gehalt allein das ausschlaggebende Entscheidungskriterium für oder gegen ein Unternehmen. Vielmehr spielen auch die weichen Faktoren wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie, flexible Arbeitszeitmodelle und eben auch, was der Betrieb eigentlich für die Gesundheit der einzelnen Mitarbeiter tut, eine Rolle.

Am Landratsamt Mühldorf a. Inn haben wir

Rothenburger Meistertrunk

Seit 1881 findet alljährlich der Rothenburger Meistertrunk, das historische Festspiel im Kaisersaal des Rothenburger Rathauses statt. Das Festspiel erinnert an die Rettung der Stadt Rothenburg ob der Tauber durch den Bürgermeister vor dem katholischen kaiserlichen Heer während des Dreißigjährigen Krieges im Jahr 1631. Heute bietet das Festprogramm eine Zeitreise mit historischem Händler- und Handwerkermarkt, Feldlager und einem Heereszug durch die Altstadt mit über 800 Teilnehmern. DK

rechtigte Gemeinde erhält zusätzlich einen Zugangsschlüssel. Bewerbungsschluss ist der 31. Oktober 2018.

Der Wettbewerb „Regionale Zukunftsprojekte“ richtet sich an die Regional- und Konversionsmanagements. Prämiert werden zehn herausragende Projekte der aktuellen Förderperiode. Für die Wettbewerbs-sieger winkt als Preisgeld eine zusätzliche Förderung von bis zu 150.000 Euro für die Weiterentwicklung der ausgewählten Projekte. „Eine Sonderförderung für einen kraftvollen Ausbau der prämierten Projekte“, betonte Füracker.

Stärkung von Regional- und Konversionsmanagement

Füracker kündigte zudem eine weitere Stärkung von Regional- und Konversionsmanagement an: Erstmals wird jetzt für einen inhaltlichen Förderungsschwerpunkt eine Sonderförderung zur Verfügung gestellt. Initiativen, die Projekte zum Thema Flächensparen durchführen, erhalten in der neuen Förderphase eine um bis zu 50.000 Euro höhere Förderung pro Jahr. Ein verantwortungsvoller Umgang mit wertvollen Flächen ist, so Füracker, ein wichtiges Zukunftsthema für die Bayerische Staatsregierung. Regional- und Konversionsmanagements leisten einen großen Beitrag bei der Etablierung von Flächen- und Leerstandsmanagements in den Regionen, der Stärkung der Innenentwicklung und einer Bewusstseinsbildung für attraktive Ortsmitteln. Mit der zusätzlichen Fördermöglichkeit sollen Anreize für neue Ideen und den Ausbau bestehender Projekte geboten werden.

Mit der neuen „Zukunftsstrategie für die Region“ werden ferner zehn Modellprojekte von regionalen Strategieprozessen für zwei Jahre mit einer Förderung von je 50.000 Euro pro Jahr begleitet. „Wir wollen, dass der Kompass für die Regionen stimmt. Daher bieten wir jetzt

auch die Möglichkeit, neben Einzelprojekten Entwicklungsstrategien zu fördern“, kündigte Füracker an. Hierbei ist es unerheblich, ob die Aktualisierung einer bereits bestehenden Strategie oder die Neuerstellung einer regionalen Entwicklungsstrategie gefördert werden soll.

Wichtige Säule der Zusammenarbeit

Regionalmanagements sind in Bayern eine wichtige Säule der Zusammenarbeit vor Ort und Instrument zur strategischen Weiterentwicklung der Regionen. Aktuell werden flächendeckend über 230 erfolgreiche Projekte im Regionalmanagement in ganz Bayern mit insgesamt über 13 Millionen Euro gefördert. Konversion und Truppenreduzierung von Standorten der Bundeswehr oder des US-Militärs sind für die betroffenen Kommunen eine schwierige Herausforderung. „Das Heimatministerium leistet einen Beitrag zur Bewältigung der Folgen der Bundeswehrreform“, betonte Füracker. Beim Konversionsmanagement werden aktuell über 50 erfolgreiche Projekte in ganz Bayern mit insgesamt rd. 6,5 Millionen Euro gefördert. Mit der neuen Förderrichtlinie Landesentwicklung bestehen seit Ende 2017 attraktivere Förderbedingungen.

Die Fördersumme der Regional- und Konversionsmanagements wurde für Regionalmanagements im Raum mit besonderen Handlungsbedarf und für großräumige Initiativen sowie für Konversionsmanagements mit besonderer Betroffenheit von 100.000 auf 150.000 Euro pro Jahr erhöht. „Sollte bei den Projekten das Thema Flächensparen aufgegriffen werden, so erhalten zahlreiche Regional- und Konversionsmanagements insgesamt 200.000 Euro statt bisher 100.000 Euro pro Jahr“, freute sich Füracker. Zudem kann der Förderzeitraum nach erfolgreicher Evaluierung auf insgesamt 6 Jahre verdoppelt werden. □

Orientierungshilfe ...

(Fortsetzung von Seite 1)

starke Statur geben. Vitale Städte sind Kraftfelder und Innovationsmotoren für Bayern. Von diesen Kristallisationspunkten übertragen sich über viele Knotenpunkte kreative Kräfte, um ein starkes Land weiter zu entwickeln und den Menschen eine Heimat zu geben“, unterstrich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl.

Motoren der Entwicklung

Zentrale Orte seien die Motoren der Entwicklung Bayerns. Dies gelte auch für Regionen, die vom demografischen Wandel betroffen sind. Versorgungseinrichtungen in zentralen Orten seien Garant, um gleichwertige Lebensbedingungen zu erreichen. Die zentralen Orte müssten als dynamische Kraftzentren Bayerns gestärkt werden, die für ein stabiles Land sorgen. Bayerns Struktur habe sich über die Jahrhunderte ausgeprägt – mit starken Städten, die Bayerns Stärke ausmachen. Gribl: „Die Vielgestaltigkeit der Regionen Bayerns bildet sich in den Städten und Gemeinden ab. Auf diese Stärken muss der Freistaat weiter bauen, dann lassen sich die Herausforderungen der Zukunft meistern.“

Starke zentrale Orte sind aus Gribls Sicht das Erfolgsrezept einer nachhaltigen Landespolitik. Starke Städte gewährleisten, dass sich unter den Vorzeichen von Globalisierung, Digitalisierung, demografischem Wandel, Migration und Energiewende dieses über Jahrhunderte gewachsene Kulturland weiter entwickelt.

Wie Gribl zudem ausführte, benötigt gute Infrastruktur eine sichere Finanzierung, etwa für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Straße, Schiene und Datenautobahn: „Die soziale, schulische, gesundheitliche und technische Infrastruktur muss in allen Städten und Gemeinden abgesichert werden, nicht zuletzt bei der Versorgung mit Breitband und Mobilfunk. Nur wenn Städte und Gemeinden – in Ballungszentren ebenso wie in ländlichen Räumen, in Boomregionen wie in schrumpfenden Regionen – gut finanziell ausgestattet sind, können die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen und können ihr Leistungsangebot an die jeweiligen Herausforderungen der Zeit anpassen.“

Enges Zusammenwirken mit der Landespolitik

Um Probleme zu lösen, hätten sich kommunale Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung bewährt. Nach den Worten des Städtetagschefs „ist darauf zu achten, dass die Kommunen weiterhin gut aufgestellt bleiben, um künftige Probleme zu lösen. Hierfür benötigen die Kommunen das enge Zusammenwirken mit der Landespolitik.“

Als aktuelle Kernthemen der Kommunalpolitik sind Demografie und Wohnen, digitale Transformation, Integration, Mobilität und Energie eng miteinander verflochten. So sind eine flächendeckende technische Infrastruktur und eine moderne Breitbandversorgung Grundvoraussetzungen der digitalen Transformation. Für autonomes Fahren oder für den Austausch riesiger Datenmengen braucht es schnelles Internet. Gribl: „Alles hängt mit Allem zusammen. Jeder einzelne dieser Stränge verwebt sich zu einem großen Strang. Alle Akteure müssen diese vielen Stränge zusammenführen. Dies geschieht im Beziehungsgeflecht der Kommunen zusammen mit Europa, Bund und Freistaat.“

Mit Blick auf ein weiteres zentrales Feld bayerischer Kommunalpolitik, dem Wohnungsbau, wies der 1. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, darauf hin, dass Bund, Freistaat und Kommunen gemeinsam mit öffentlicher und privater Wohnungswirtschaft ihre Kräfte bündeln müssen, um Wohnungsnot zu lindern. Städte und Gemeinden wendeten beträchtliche Mittel auf, um die Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen sicherzustellen. Diese Aufgabe könnten Städte und Gemeinden allein nicht stemmen. „Für die Schaffung von Wohnungen brauchen Kommunen, kommunale Wohnungsunternehmen und soziale Wohnungsbaugesellschaften mehr Finanzmittel“, forderte Jung.

Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen

Darüber hinaus sprach sich Jung dafür aus, die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen zur Mobilisierung von Flächen zu erhöhen. Förderprogramme stünden inzwischen zur Verfügung, aber den Städten gingen die Flächen aus. Für den Bau von Wohnungen, für Verkehrswege und Infrastruktur mit Schulen, Kitas und Geschäften zur Nahversorgung müssten Flächen mobilisiert werden. Kommunen benötigten mehr Flächen, damit sie Wohnungsbau vorantreiben können. Nach Jungs Ansicht müssten Kommunen im Vorfeld formeller städtebaulicher Maßnahmen zum Beispiel ein Vorkaufrecht für Grundstücke auf eigenem Gebiet haben, um rechtzeitig Baugrund, Tausch- oder Ausgleichsflächen erwerben zu können.

Bei der Integration viel erreicht

Beim Thema Integration wiederum „gerät aus dem Blick, was trotz vieler Probleme alles in den letzten Jahren geleistet worden ist“, fuhr der Städtetagsvize fort. Gerade die Kommunen hätten sich angestrengt. Jung zufolge muss die Steuerungs- und Koordinierungsfunktion der Kommunen gestärkt werden. Die Kommunen müssten bei ihren Integrationsaufgaben stärker unterstützt werden. Benötigt werde ein Masterplan Integration. Auch müsse der Spracherwerb in allen Altersstufen gefördert und gefördert werden.

„Bayern wächst – die Folge sind wachsende Pendlerströme, mehr Wirtschaftsverkehr und Freizeitverkehr. Die Mobilitätsbedürfnisse wandeln sich mit dem Berufsleben und dem Wirtschaftsleben“, hob der 2. stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Dingolfings Bürgermeister Josef Pellkofer, hervor. Eine florierende Wirtschaft benötige verlässliche Verkehrswege, Unternehmen bräuchten ein dichtes Verkehrsnetz. Just-in-Time-Produktion bedeute mehr Güterverkehr auf großen LKWs, Dienstleistungen verursachten mehr Autoverkehr, Online-Handel bringe mehr Kurierdienste mit Kleintransportern.

Pellkofer zufolge liegt die Zukunft im effizienten Mix an Verkehrsmitteln. „Die Erfordernisse an Umwelt- und Lärmschutz, die Bedürfnisse von Pendlern und Wirtschaft müssen auf einen Nenner gebracht werden.“

An den Fortschritten im Nahverkehr müsse weiter gearbeitet werden: „Es braucht einen dichteren Takt bei Bahn und Buslinien in Verkehrsverbänden, engere Verknüpfungen zwischen Fern- und Nahverkehr. Verkehrsverbände müssen en-

ger zusammenwachsen.“ Auch sei die Gemeindeverkehrsfinanzierung zu verbessern. Der öffentliche Nahverkehr müsse mit Hilfe einer dauerhaften Fortführung der ÖPNV-Zuweisungen auf hohem Niveau gestärkt werden. Alternative Antriebstechniken seien zu intensivieren.

Nach Pellkofers Worten „kann Digitalisierung helfen bei multimodalen Verkehrsangeboten und vernetzter Mobilität, etwa für CarSharing oder effizientere Transportketten bei Güterverkehr und Kurierdiensten. Digitalisierung kann Umsteigen im Nahverkehr verbessern oder die einheitliche Abrechnung des Fahrscheins ermöglichen. Bei der Erarbeitung regionaler Mobilitätskonzepte müssen Bund und Freistaat mit ins Boot.“

Grundvoraussetzung für digitale Lösungen sei eine flächendeckende technische Infrastruktur und eine moderne Breitbandversorgung. Für autonomes Fahren oder für den Austausch riesiger Datenmengen brauche es schnelles leitungsgebundenes und mobiles Internet.

Söder: Schulerschluss mit den Städten suchen

Ministerpräsident Markus Söder unterstrich seinerseits, den Schulerschluss mit den Städten suchen zu wollen. Um mehr Betreuungsmöglichkeiten für Schüler nach dem Unterricht zu schaffen, plant er eine Arbeitsgruppe mit den Kommunen. Anfang Mai hatte das bayerische Kabinett entschieden, 10.000 neue Hortplätze zu schaffen. Die Große Koalition in Berlin plant zudem einen Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung von Schülern.

Pakt für Wohnungsbau

Ein weiterer dringender Wunsch Söders: ein Pakt für Wohnungsbau. Hierzu kündigte er massive Investitionen in den Wohnungsbau an. Bis 2025 sollen 500.000 neue Wohnungen im Freistaat entstehen. Hier leisteten auch die Kommunen ihren Anteil, zumal der Wohnungsbau laut Verfassung eine kommunale Aufgabe ist. Des Weiteren stellte der Ministerpräsident die Einführung einer bayerischen Eigenheimzulage von 10.000 Euro als einmaligen Festbetrag sowie ein bayerisches Baukindergeld Plus in Höhe von 1.500 Euro pro Kind und Jahr in Aussicht.

Positiv bewertete der Ministerpräsident die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, wonach das von Naturschützern beantragte und von den Grünen forcierte Volksbegehren „Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt“ aus formalen Gründen unzulässig ist. Das Grundanliegen, Flächen zu schonen, stelle ein gemeinschaftliches Anliegen dar. Aber der Ansatz der Grünen sei der falsche Weg, erklärte Söder. Verbote funktionierten nicht. Die Staatsregierung setze vielmehr darauf, finanzielle Anreize sowohl für die Finanzierung von Ortskernen als auch für die Entseigelung nicht mehr benötigter Flächen zu geben. „Sie als demokratisch gewählte Bürgermeister entscheiden, wie ihre Stadt aussehen soll“, meinte Söder.

Den Rathauschefs aus ganz Bayern sagte Söder zu, weiter für eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Kommunen zu sorgen. Wichtig sei es, „uns als Partner auf Augenhöhe zu verstehen“. Gerade die Stabilisierungshilfe für finanziell schlechter gestellte Kommunen habe sich bewährt und sei eine sehr gute Entscheidung der Staatsregierung gewesen. Das Geld habe vielen Städten bei der Entschuldung geholfen und die Eigenverantwortlichkeit des Stadtrats gestärkt. Die Unterstützungsleistung werde fortgesetzt.

Das Beste für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

talisierung meinte Rößle: „Eine belastbare Infrastruktur sichert den Erfolg unserer Wirtschaft. Deshalb brauchen wir flächendeckend Breitbandinternet über Glasfaser bis 2025 am besten in jedes Haus und schnellstmöglich eine flächendeckende 5G-Versorgung. Beim 5G-Mobilfunk ist vor allem der Bund gefragt – aber der Freistaat und die CSU müssen noch mehr Druck ausüben, damit die Mobilfunkanbieter zur Flächendeckung verpflichtet werden. Die Digitalisierung muss auch in der Verwaltung umgesetzt werden mit einmaliger elektronischer Identifikation und Online-Kfz-Anmeldung sowie Online-Wohnsitznahme in einer Gemeinde.“

Riesenthema Mobilität

Neben dem Bereich Bildung liegt das kommunale Augenmerk u.a. auf dem „Riesenthema“ Mobilität. Benötigt würden leistungsfähige Straßen auf allen Ebenen. Etlliche Staatsstraßen befinden sich Rößle zufolge in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Um eine flächendeckende funktionierende Infrastruktur aufrechtzuerhalten, müsse der Freistaat hier noch mehr finanzielle Mittel aufwenden.

Auch auf dem Sektor der öffentlichen Mobilität würden neue Impulse und flexible Angebote benötigt. „Nur, wenn bei der ‚Öffentlichen‘ Taktung, Komfort und Preis gleichzeitig passen, werden die Menschen vom Individualverkehr umsteigen. Deshalb müssen auch Carsharing, Rufbussysteme, Mitfahrzentralen und vieles mehr Teil eines bayernweiten Mobilitätspaktes werden – inklusive Förderung“, machte der KPV-Vorsitzende deutlich.

Stichwort Schwimm- und Hallenbäder stellen in vielfacher Hinsicht ein Stück Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger dar. Die KPV fordert deshalb deutlich bessere Förderbedingungen für die Sanierung (inklusive Ersatzneubau) von kommunalen Schwimm- und Hallenbädern im Sinne des Schüler- und Breitensports. Die bisherigen Fördervoraussetzungen für reine Schulsportanlagen seien insbesondere für kleine Kommunen in der Regel nicht zu erfüllen. Rößle: „Wir sehen es als klaren Erfolg der KPV, dass das Thema aufgegriffen und eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von Landtag, Staatsregierung und Spitzenverbänden eingerichtet wurde. Denn wir waren es, die diese Initiative als erste gefordert haben.“

Im Koalitionsvertrag auf Bun-

Plädoyer für fairen sprachlichen Umgang

Abschließend plädierte Söder für einen faireren sprachlichen Umgang der politischen Akteure untereinander – auch dann wenn man inhaltlich nicht übereinstimme. „Die Standards in Sprache und Umgang, die wir jetzt setzen, werden uns viele Jahre begleiten“, mahnte der Ministerpräsident.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion (Moderation: Stephanie Heinzler, Bayerischer Rundfunk) wurden einige politische Schlaglichter nochmals aufgegriffen, wobei das Thema Wohnungsbau klar dominierte. Es debattierten Markus Blume, Generalsekretär der CSU, Natascha Kohnen, Landesvorsitzende der BayernSPD, Ludwig Hartmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, und Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag. **DK**

desebene wurde festgesetzt, die Energiewende und den Ausbau von Erneuerbaren Energien deutlich voranzubringen. „Als KPV unterstützen wir dieses Vorhaben und fordern dahingehend die Fortschreibung des bayerischen Energieprogramms mit einer verbesserten Steuerungsfunktion der Partnerschaft im Zusammenhang mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien“, hob Rößle hervor.

Mit Blick auf die anstehende Landtagswahl forderte der Landesvorsitzende dazu auf, geschlossen für die Politik der CSU einzustehen und gemeinschaftlich auf die Wählerinnen und Wähler zuzugehen. Wahlstrategisch dürfe es nicht so enden, „dass wir letztendlich am rechten Rand wenig hinzugewinnen und wir gleichzeitig die Gemäßigten in der Mitte des Parteienspektrums durch weitere Drohgebärden und durch eine unglückliche Wortwahl massiv verschrecken“. In den verbleibenden Wochen vor der Landtagswahl gelte es, sich verstärkt auf die Vermittlung der hervorragenden Sachpolitik auf Landesebene zu konzentrieren. „Hier können wir am besten punkten“, unterstrich Rößle.

15.600 Mitglieder

Die KPV zählt derzeit 15.600 Mitglieder (Stand: Juni 2018). Darunter 7 Bezirkstagspräsidenten, 88 Bezirksräte, 52 Landräte, 25 Oberbürgermeister und 942 Bürgermeister, 2372 Stadträte, 1855 Kreisräte, 7438 Gemeinderäte. Sie ist somit nach der Jungen Union und der Frauen-Union die drittgrößte Arbeitsgemeinschaft innerhalb der CSU.

In Gastbeiträgen sagten Dr. Florian Herrmann, MdL, Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Dr. Hans Reichhart, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat der KPV ihre Unterstützung bei kommenden Herausforderungen zu, bedankten sich für die bisherige Arbeit und baten um Unterstützung für den Landtagswahlkampf.

Seismograph der Lebenswirklichkeit

Florian Herrmann zufolge sind die Kommunalpolitiker „der Seismograph der Lebenswirklichkeit“. Keine Partei sei so stark in den Kommunen verankert wie die CSU, dazu trage auch die KPV bei. Die anstehenden Herausforderungen wie Digitalisierung, Demografie, Klimawandel und Globalisierung müssten gemeinsam gelöst werden, stellte Herrmann fest.

Der Freistaat Bayern investiere in den nächsten Jahren 5,5 Milliarden Euro in die Digitalisierung, so viel wie kein anderes Bundesland. Bei der digitalen Bildung setze Bayern Maßstäbe: Fördermittel für 50.000 digitale Klassenzimmer, Aus- und Weiterbildung für die digitale Arbeitswelt, gigabitfähiger Glasfaserschluss.

Heimatstrategie

Als wirksames Mittel gegen eine alternde Bevölkerung dient laut Herrmann die Heimatstrategie. „Der Trend zeigt, dass wieder mehr junge Leute auf das Land ziehen“, so der Staatskanzleichef.

Der Freistaat fördere zudem bezahlbare Wohnungen und die ärztliche Versorgung auf dem Land. Ziel ist es, bis 2025 in Bayern insgesamt 500.000 Wohnungen zu errichten. „Bayern-Heim“ sei jüngst mit der Gesellschaftsgründung gestartet. Das Ziel: 10.000 Wohnungen in ganz

Der neue KPV-Landesvorstand

Vorsitzender: Stefan Rößle
Stellvertreter: Christine Borst, Christoph Göbel, Dr. Klemens Gsell
Repräsentant der Bezirke: Josef Mederer
Schriftführer: Hannelore Langwieser, Matthias Dießl
Zehn weitere Mitglieder (Beisitzer): Maximilian Böltl, Helmut Bucher, Anja Burkhardt, Michael Kießling, Siegfried Lösch, Hans Loy, Gerhard Preß, Dr. Ulrich Reuter, Alois Scherer, Johann Stadler
Zehn Mitglieder im Hauptausschuss: Josef Bauer, Christa Begert, Thomas Einwang, Heiko Hain, Horst Kratzer, Veronika Mirlach, Gerlinde Sigl, Cornelia Trinkl, Gerhard Weber, Andreas Zenglein. **DK**

Bayern bis 2025 für Menschen mit geringerem Einkommen.

Mit dem vom Ministerrat beschlossenen Förderprogramm unterstützt die Staatsregierung die Landkreise bei ihrer Aufgabe, die stationäre Versorgung in ihrem Gebiet sicherzustellen. Etlliche kleine Krankenhäuser müssen aufgrund der demografischen Entwicklung ihre Strukturen neu ausrichten, um ihr Versorgungsangebot zukunftsfit auszugestalten. Dieser Prozess stellt die Landkreise vor große finanzielle Herausforderungen.

Hilfe für die Landkreise

Der Freistaat Bayern greift den betroffenen Landkreisen daher unter die Arme und übernimmt während der Umsetzung eines Umstrukturierungskonzepts künftig 85 Prozent der Summe, mit der ein Landkreis die Betriebskostendefizite betroffener Krankenhäuser für die Jahre 2019, 2020 und/oder 2021 ausgleicht. Die Förderung ist auf 1 Mio. Euro pro Jahr bzw. 2 Mio. Euro pro Jahr bei trägerübergreifender Kooperation gedeckelt.

In punkto Klimaschutz unterstrich Herrmann: „Wir wollen bis 2050 die Treibhausgas (THG)-Emissionen pro Kopf und Jahr auf weniger als 2 Tonnen senken. Das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 fuße auf drei Säulen: THG-Minderung, Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie Forschung und Entwicklung. Die kommunale Ebene habe hier eine Vorbildfunktion, so Herrmann. Unterstützt werde sie u.a. bei der Teilnahme an Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsverfahren und dem „Klimacheck“ für Kommunen als Tool zur Unterstützung für Klimaanpassung vor Ort.“

Kooperation beim Flächensparen

Zum Thema Flächenverbrauch meinte der Staatskanzleichef: „Auch wir wollen die Heimat bewahren, aber nicht mit der üblichen Keule der Linken, Verbote und Gängelungen. Wir setzen lieber auf Kooperation und Anreize zur Flächenreduzierung, ohne die Entwicklungschancen der Kommunen zu beeinträchtigen.“ Auch bei den Straßenausbaubeiträgen habe die CSU die Nase vorn gehabt, weil die Freien Wähler „die Kommunen finanziell im Regen stehen lassen wollten“. Die Staatsregierung kompensiere dagegen nun die Einnahmeausfälle der Städte und Gemeinden.

Im Anschluss an die Landesversammlung fand der traditionelle KPV-Sommerempfang im Garten der CSU-Landesleitung statt. Mit dieser Veranstaltung bedankte sich die KPV erneut bei allen kommunalpolitischen Aktiven, die Tag für Tag Politik vor Ort in den Kommunen gestalten. **DK**

Klaus Stöttner und Klaus Holetschek:

Tourismus neu denken

Branche unterstützen und fit machen für die Herausforderungen Digitalisierung, Globalisierung und Mobilität

„Wir müssen den Tourismus neu denken“, forderte Klaus Holetschek in der Aktuellen Stunde im Namen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Digitalisierung, Globalisierung und veränderte Mobilität seien die Megatrends, die auch den Tourismus grundlegend verändern werden.

„Wie muss die Branche darauf reagieren und wo kann der Staat unterstützen, damit wir auch in zwanzig und dreißig Jahren einer der führenden Tourismusstandorte bleiben? Wie werden Reisen künftig gesucht und gebucht? Was kann ‚augmented reality‘ künftig leisten“, fragte Holetschek. Die Bedeutung der Branche sei enorm und biete wachsendes Potenzial. Immerhin sichert der Tourismus das Einkommen von 600.000 Menschen in Bayern. Die Touristen haben letztes Jahr 31 Milliarden Euro ausgegeben.

Klaus Stöttner, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus der CSU-Landtagsfraktion, nannte Nachhaltigkeit und Gesundheit als wichtige Ziele für einen zukunftsgerichteten Tourismus. Der Freistaat Bayern und seine Qualitätsbetriebe hätten dafür die besten Voraussetzungen. Stöttner verwies auf die neue Tourismusinitiative der Staatsregierung. Im nächsten Doppelhaushalt sollen die Mittel für die Tourismusförderung von 64 auf über 100 Mio. Euro jährlich angehoben werden.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung kleinerer Beherbergungsbetriebe, Gaststätten und Dorfwirtschaften, die die Hauptleistungsträger im Tourismus sind und die mit Förderprogrammen wie „Qualität und

Gastlichkeit“ oder „Barrierefreie Gastlichkeit“ unterstützt werden sollen. Zudem sollen neue Tourismusleuchttürme wie hochwertige Hotellerie im ganzen Land angesiedelt und unterstützt werden. Als wichtiges Projekt wird an der Hochschule Kempten ein Bayerisches Zentrum für Tourismus errichtet, das die vielfältigen Kompetenzen im Bayertourismus bündelt und neue Impulse setzen soll.

Holetschek verwies darauf, dass sich Tourismusförderung nicht auf staatliche Zuschüsse beschränke. „Wir müssen überlegen, wie wir unternehmerische Kräfte freisetzen, indem wir Hemmnisse beseitigen. Auf der Agenda stehen Flexibilisierungen bei den Arbeitszeiten und Entbürokratisierung.“ Es gebe dringend Handlungsbedarf vor allem im Bereich des Bundesarbeitsministeriums. Deshalb werde die bayerische Landespolitik in diesen Fragen auf die Bundespolitik einwirken.

„Bayern ist Tourismusland Nummer 1 in Deutschland und das soll es auch bleiben“, so Stöttner. Holetschek ergänzte abschließend: „Wir wollen einen Tourismus, der ganzheitlich denkt und im Einklang steht mit den Menschen, die in Bayern leben, und mit unseren Natur-schätzen, die wir bewahren wollen.“



50.000. Besucherin in Ettal geehrt: Verena Gulder aus Germering und Sabina Metz aus Bad Kissingen begleiten Daniela Holzmann aus Eppishausen, die von Landrat Anton Speer, Pater Johannes Bauer und Direktor Dr. Richard Loibl als 50.000ste Besucherin in der Landesausstellung begrüßt wurde.

© Haus der Bayerischen Geschichte, Foto: Michael Winter

Bayerische Landesausstellung 2018:

Mythos Bayern lockt nach Ettal

„Wald, Gebirg und Königstraum – Mythos Bayern“

Die Bayerische Landesausstellung 2018 „Wald, Gebirg und Königstraum – Mythos Bayern“ erfreut sich großer Beliebtheit. Nach gut einem Drittel der Laufzeit konnte kürzlich die 50.000ste Besucherin begrüßt werden.

Direktor Dr. Richard Loibl zeigt sich mit der bisherigen Besucherbilanz bis Mitte Juli sehr zufrieden: „Wir freuen uns, dass der Plan, die Anfänge des Mythos am Entstehungsort zu präsentieren, aufgeht. Die Zahl der Besuche zeigt steigende Tendenz. Auch die weiteren Angebote im Kloster werden gut angenommen. Insbesondere gilt das für das Klosterfest. Das beweist wieder einmal: ohne Schau kein Mythos!“

DiespektakuläreMedienschau zu den Bauvisionen von König Ludwig II. wurde noch einmal erweitert. Neben seinen rea-

lisierten Schlössern sind jetzt auch die ungebauten Träume des Königs zu erleben: Schloss Falkenstein, der chinesische und byzantinische Palast.

Kini lockt Besucher

Eine Einführung in die Schau bieten Gästeführer der Landesausstellung. An ausgewählten Tagen ist zudem König Ludwig II. höchstpersönlich präsent. Dann kann man den szenischen Geschichten aus des Königs Mund lauschen.

Noch bis 4. November ist die Ausstellung täglich geöffnet.

Volksbegehren zum Flächenverbrauch nicht zulässig

Landkreistagspräsident Bernreiter: Flächensparen im Einklang mit wirtschaftlicher Entwicklung im ländlichen Raum

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat mit seiner Entscheidung vom 17. Juli 2018 das Volksbegehren („Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen“) zur Einführung einer verbindlichen Höchstgrenze für den Flächenverbrauch in Bayern für unzulässig erklärt. Im Kern begründet das Gericht seine Entscheidung damit, dass das Ziel des Volksbegehrens die verfassungsrechtlich verankerte kommunale Planungshoheit unzulässig einträchtigt. Auch beachtet der Gesetzesentwurf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht.

Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, begrüßt die heutige Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes über die Unzulässigkeit des Volksbegehrens zum Flächenverbrauch: „Zweifelloos wird der Umgang mit der in Bayern vorhandenen Fläche immer wichtiger. Das Spannungsfeld aus wirtschaftlichen Interessen, Stadt/Land, Wohnungsmarkt, Kulturlandschaft und Landwirtschaft ist groß. Es kann aber nicht einseitig zu Lasten eines Akteurs beantwortet werden. Im kommunalen Bereich kommt es ganz besonders auf das „Miteinander“ an. Bei uns zählt nicht allein staatlicher Dirigismus, sondern Flexibilität, Subsidiarität und Regionalität. Schließlich geht es darum, den ländlichen Raum als attraktiven Arbeits- und Lebensraum zu erhalten und weiter zu stärken.“

Der Bayerische Landkreistag fordert, die Rahmenbedingungen für einen schonenden und sparsamen Flächenverbrauch in der Art zu gestalten, dass die wirtschaftliche Entwicklung des länd-

lichen Raums nicht zunichte gemacht wird. Das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu schaffen, darf nicht durch eine absolut wirkende Begrenzung des Flächenverbrauchs konterkariert werden. Aktuell bestehende Ungleichgewichte zwischen den Regionen müssen angegangen und dürfen nicht auf Dauer zementiert werden.

„Unsere Regionen sind vielfältig und die Ausgangsbedingungen vor Ort entsprechend verschieden. Jeder Einzelfall ist anders. In Zukunft sollten die Abwägungs- und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort deswegen noch weiter gestärkt werden. Neben Bürgermeistern sind die Landräte am nächsten an den Bedürfnissen vor Ort dran. Die kommunale Ebene weiß, womit sie die regionale Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze schaffen kann, ohne unverhältnismäßig in die Landschaft einzugreifen. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat heute die kommunale Selbstverwaltungsgarantie gestärkt“, so Bernreiter.

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



GEMEINSAM NAH AM KUNDEN: DG HYP UND WL BANK FUSIONIEREN ZUR DZ HYP.

Die DZ HYP bietet Ihnen als eine führende Immobilienbank in Deutschland umfassende Lösungen für gewerbliche, wohnwirtschaftliche, kommunale und private Finanzierungsvorhaben. Vertrauen, Kompetenz und Partnerschaft sind die Fundamente unseres Geschäfts. Deshalb setzen wir in enger Zusammenarbeit mit den Volksbanken Raiffeisenbanken auf unsere besondere Stärke: die fachliche, regionale und persönliche Nähe zu unseren Kunden.

dzhyp.de

DZ HYP

Neuer Planungsleitfaden für Städte und Gemeinden:

Öffentliche Räume barrierefrei gestalten

„Barrierefreiheit ist kein Extraservice, Barrierefreiheit ist ein Muss. Je weniger Barrieren im öffentlichen Raum sind, desto leichter haben es beispielsweise Menschen mit Gehhilfen, Rollstühlen oder mit schwerem Gepäck, Mütter mit Kinderwagen oder Bürgerinnen und Bürger, die schlecht sehen oder hören. Wir wollen Menschen mit Einschränkungen den Alltag erleichtern“, so Bauministerin Ilse Aigner.

Gemeinsam mit Sozialministerin Kerstin Schreyer sowie der Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Christine Degenhart, hat Aigner einen neuen Leitfaden mit Planungsgrundlagen zum barrierefreien Bauen im öffentlichen Verkehrs- und Freiraum vorgestellt, der Planern aber auch Kommunen das Bauen erleichtern soll. Ob es der abgesenkte Bordstein ist, Leitelemente für blinde und sehbehinderte Menschen oder klar verständliche Ansagen und Fahrgastinformationen am Buswartehäuschen. Aigner, Schreyer und Degenhart machen sich stark dafür, dass Straßen, Wege und Plätze für alle Bürgerinnen und Bürger als Begegnungsräume zur Verfügung stehen und das: sicher, selbstständig und selbstbestimmt benutzbar.

Technische Regelungen

Der Leitfaden, der von der Bayerischen Architektenkammer in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales entwickelt wurde, erläutert die einschlägigen technischen Regelungen für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Er komplettiert das mit Mitteln des Freistaats geförderte Beratungs-

angebot der Beratungsstellen Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer. Der Leitfaden informiert Kommunen darüber, was Planungen erfüllen müssen, um barrierefrei zu sein.

Hochwertige Lösungen finden

Die Umsetzung ist oft schwieriger als gedacht. Nicht selten bleibt die Gestaltung auf der Strecke und schreckt dann wiederum Bürgerinnen und Bürger ab. „Wir wollen Städten und Gemeinden helfen, die bestehenden Barrieren im öffentlichen Raum abzubauen, und die Planer unterstützen, zugleich qualitativ und gestalterisch hochwertige Lösungen zu finden. Vor allem in den Ortskernen und Altstädten ist das besonders wichtig. Alle Bürger, vor allem auch Menschen mit Behinderung sollen in die Planungen eingebunden werden, sie sind Experten in eigener Sache“, so Aigner.

Inklusion ernst nehmen

Sozialministerin Kerstin Schreyer betonte: „Wenn wir Inklusion ernst nehmen, dann muss es für jeden Menschen möglich sein, jedes Ziel zu erreichen. Egal, ob er eine Behinderung hat oder nicht. Und wenn Inklusion gelingen soll, dann ist Barrierefreiheit der erste gro-

Die Baupreise normalisieren sich

„Die Baupreise normalisieren sich derzeit. Sie sind in den vergangenen Jahren teilweise gefallen. Ihr Anstieg bleibt mittelfristig immer noch unter der Inflation“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, die Meldungen in der Presse über eine starke Erhöhung der Baupreise.

Die Baukonjunktur ist derzeit gut, so Schmid, aber das war sie nicht immer. „In schlechten Zeiten waren die Bauunternehmen gezwungen, Angebote unter ihren Kosten zu machen, sonst hätten sie keinen Auftrag bekommen“, erläutert Schmid. Dieses verzerrte Preisniveau könne man aber nicht als Basis für die Ermittlung eines aussagefähigen Preisanstiegs verwenden.

Man dürfe auch nicht den Schluss ziehen, für den Anstieg der Baupreise seien die Bauunternehmen verantwortlich, so Schmid, oder sie profitierten davon. Massive Antreiber der gestiegenen Baupreise seien vor allem die Materialkosten und auch die Löhne.

Kostensteigernd sind auch die staatlichen Regulierungen, wie die energetischen Anforderungen oder die stark gestiegenen Gebühren für die Deponierung des Erdaushubs oder des Bauabfalls.

Im Öffentlichen Bau habe es zwar durchaus Ausschreibungen gegeben, bei denen sich wenige oder in einigen Fällen überhaupt keine Bieter beteiligt hätten. „Kein Bieter weiß aber vorher, wer noch mitbietet. Jeder kalkuliert daher sein Angebot so knapp wie möglich, damit er den Auftrag bekommt.“

„Die Aufträge werden im Öffentlichen Bau fast immer an den billigsten Bieter vergeben, in guten wie in schlechten Zeiten. Kriterien wie Bauqualität, Zuverlässigkeit und Termintreue kommen da fast nie zum Zug“, so Schmid abschließend. □

ße Schritt, den wir auch brauchen. Dieser Leitfaden ist ein wichtiges Handwerkszeug auf dem Weg zur Barrierefreiheit. Und wenn wir alle miteinander helfen, Barrieren abzubauen, dann wird es ein besseres, gerechteres Bayern geben.“

Neue Wege gehen

Präsidentin Christine Degenhart ergänzt: „Der öffentliche Verkehrs- und Freiraum ist geprägt von vielen Akteuren. Barrierefreiheit stellt daher eine besondere gesellschaftliche Herausfor-

derung dar. Die zugehörige Norm DIN 18040-3 gibt mit konkreten Schutzziele vor, was erreicht werden soll. Doch in der Umsetzung kommt es auf das „Wie“ an. Oftmals braucht es maßgeschneiderte Lösungen, insbesondere beim Umgang mit dem Bestand. Für die optimale Umsetzung sind die Sensibilität und Innovationskraft von Planern gefragt und auch die Bereitschaft von Kommunen, neue Wege zu gehen. Dies unterstützen wir mit dem neuen Leitfaden und unserem kostenfreien Erstberatungsangebot.“ □

Neue Publikation:

Nachhaltigkeit gestalten

Nachhaltige Projekte schrecken manche Bauherren zunächst einmal ab, weil sie als komplex und zeitintensiv gelten, ein hohes Maß an Engagement und viel Know-how erfordern. Hinzu kommt, dass sich ihr Erfolg nicht allein anhand wirtschaftlicher Kriterien bemisst: Um im Sinne der Nachhaltigkeit gelungen zu sein, muss ein Projekt zudem eine Vielzahl baulicher, sozialer und umweltgerechter Anforderungen erfüllen. Der Aufwand aber lohnt in jedem Fall, denn nachhaltige Projekte schaffen für Nutzer, Baukultur und Umwelt langfristig einen großen Mehrwert.

Mit der von der Bayerischen Architektenkammer herausgegebenen und vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr unterstützten Publikation „Nachhaltigkeit gestalten“ gibt es nun eine konkrete und umfassende Unterlage für Bauherren und Planer, die Planungsthemen und -prozesse unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit praxisorientiert darstellt. Sie ergänzt etablierte Angebote der Architektenkammer wie das Beratungsangebot der „Beratungsstelle Energieeffizienz und Nachhaltigkeit – BEN“ und das ökologische Baustoffinformationssystem „WECOBIS“.

Unterstützt von ehrenamtlichen Experten und der Geschäftsstelle der Bayerischen Architektenkammer hat das Autorenteam von eeconcept aus Darmstadt wesentliche Themen und Prozesse evaluiert, bearbeitet und sich auf Optimierungspotenziale nachhaltiger Herangehens- und Realisierungsweisen konzentriert.

Orientierung an konkreten Fragestellungen

Dabei orientiert sich der Leitfaden an konkreten Fragestellungen von Architekten, Planern und Bauherren: Welche Maßnahmen sind für ein nachhaltiges Projekt relevant? Wann sollten im Planungsprozess bestimmte Entscheidungen getroffen und Planungspartner eingebunden werden? Welche Grundlagen sind notwendig, um optimal nachhaltig handeln zu können? Was muss man hierfür wissen? Welche Rahmenbedingungen und Hilfestellungen bieten Gesetze, Normen, Förderungen, Leitfäden, technische Programme, Online-Portale und Beratungsstellen?

Die Publikation beantwortet diese und weitere Fragen und hinterlegt sie mit weiterführenden Informationen und anschaulichen Grafiken. Entlang der Leistungsphasen der HOAI kann der Leser Planungsparameter und damit verbundene Nachhaltigkeitsaspekte ableiten. Fünf übergeordnete Nachhaltigkeitskriterien „Funktionalität und Komfort“, „Energie“, „Material“, „Schadstoff

fe“ und „Wirtschaftlichkeit“ bilden die Grundlage für die umfassenden Inhalte. Es wird aufgezeigt, welche Optionen und Potenziale bestehen und wie sich diese möglichst frühzeitig im Planungsprozess verankern lassen. Das Spektrum reicht von einfach umsetzbaren Maßnahmen bis hin zu komplexen Lösungen für Bauaufgaben kleinerer und mittlerer Größe. Infoboxen fassen Grundlageninformationen, etwa zu den Themen „Energistandards“, „Suffizienz“ oder „Materialkonzept“, kompakt zusammen. Darüber hinaus schärfen sie den Blick für weitere Nachhaltigkeitsaspekte (z. B. Barrierefreiheit, Schadstoffarmut) oder Berechnungsmethoden bzw. Nachweise (z. B. Ökobilanzierung, Raumluftmessung). Somit kann der Leitfaden „Nachhaltigkeit gestalten“ auch als Basis einer strukturierten Diskussion zwischen Bauherren und Planern genutzt werden.

Als maßgebliche Akteure des Baugebietens können Architekten die am Bau Beteiligten für Nachhaltigkeitsthemen sensibilisieren und den Planungs- und Bauprozess entsprechend steuern.

Kammerpräsidentin Christine Degenhart bringt dies in ihrem Vorwort auf den Punkt: „Ganzheitliche Betrachtung baulicher Strukturen im gesellschaftlichen Kontext ist eine Kompetenz, die Architekten zu Recht für sich beanspruchen. Sie verbinden ökologische, soziale, ökonomische, funktionale und gestalterische Aspekte und unterstützen die Abstimmung und Harmonisierung partikularer und öffentlicher Interessen.“

Dem Autorenteam von eeconcept, Matthias Fuchs, Armani Badr, Thomas Stark und Martin Zeumer ist ein hilfreicher Beitrag zum Nachhaltigen Bauen gelungen. Besonderer Dank gebührt den ehrenamtlichen Mitarbeitern der ByAK-Projektgruppe: Vorstandskoordinator Clemens Richarz, Petra Wurmer-Weiß, Thomas Strunz, Florian Lichtblau und Markus Mayer sowie allen weiteren Unterstützern des Projekts.

Weitere Infos: www.byak-ben.de
Kathrin Valvoda

Bayerischer Architekturpreis und Bayerischer Staatspreis für Architektur

Der diesjährige Bayerische Architekturpreis geht an Johannes Berschneider aus der Oberpfalz, Peter Haimerl aus Niederbayern sowie an die beiden Professoren Donata und Christoph Valentini aus Coburg und Stuttgart für ihr Lebenswerk. Mit den Preisen werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um die Baukultur in Bayern verdient gemacht haben.

Die höchste Auszeichnung im Freistaat Bayern für gute Architektur, den „Bayerischen Staatspreis für Architektur“, erhält zusätzlich der Architekt Peter Haimerl.

„Gute Architektur ist kein Luxus! Gute Architektur ist ein klares Bekenntnis zur Baukultur und im Kulturstaat Bayern ein Muss! Mit Ihren Projekten überschreiten Sie auf ganz wunderbare Weise die Grenzen konventioneller Architektur und das von München bis Blaibach!“ Mit diesen Worten hat Bauministerin Ilse Aigner Peter Haimerl in der Münchner Freizeithalle bei der Preisverleihung gewürdigt.

„Das baukulturelle Geschehen in Bayern findet auf hohem Niveau statt. Dies zu würdigen und zu befördern ist Aufgabe des Bayerischen Architekturpreises und des Bayerischen Staatspreises für Architektur“, beton-

te Kammerpräsidentin Christine Degenhart bei der Ehrung der Preisträger und Ausgezeichneten.

Eine Anerkennung erhielt die Architektin Susanne Flynn aus Düsseldorf, die in München lebt. Sie engagierte und engagiert sich nach wie vor für die „KunstWohnWerke“ in München. „KunstWohnWerke“ ist eine Genossenschaft von und für Architekten und Künstler, die sich für Wohnraum und Ateliers einsetzt. Flynn ist auch Mitglied im Aufsichtsrat der Genossenschaft.

Eine weitere Anerkennung ging an den Münchner Journalisten und Essayisten Wilhelm Warning. Er wurde für seinen unermüdbaren Einsatz ausgezeichnet, mit dem er der Gesellschaft das baukulturelle Verständnis näher bringt.

Die Preisträger erhalten jeweils 10.000 Euro. □

Jetzt anmelden!

18. Oktober 2018

Nockherberg · München

3. AKDB Kommunalforum 2018

Willkommen (in der) Digitalisierung!

mehr als 50 Referenten

großer Ausstellungsbereich

5 Praxis-Workshops

rund 1.000 Teilnehmer

Podiumsdiskussion mit Experten

www.akdb.de/kommunalforum

AKDB
Kommunalforum

Digitalisierung in der Bauwirtschaft forcieren

Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Planen und Bauen schließt die digitale Lücke

Für kleine und mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe bietet das Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Planen und Bauen Testfelder für die praxiserprobte Erprobung digitaler Techniken und Methoden für die gesamte Wertschöpfungskette Bau an. So kann die Lücke zwischen digitalen Möglichkeiten und dem praktischen Einsatz geschlossen werden. „Wir möchten gemeinsam mit innovativen Unternehmen belegen, welcher Mehrwert und Wettbewerbsvorteil aus der Digitalisierung entsteht und damit die anderen zur Nachahmung motivieren“, sagt Thomas Kirmayr, Generalleiter des Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrums Planen und Bauen.

Es mag paradox klingen, doch die Übernahme von modernen digitalen Methoden und Werkzeugen durch das deutsche Baugewerbe stockt aufgrund der aktuellen Hochkonjunktur. Kaum ein Bauherr ist bereit, sein Bauprojekt baubegleitend als ein mögliches Anwendungs- und Übungsfeld für neue digitale Anwendungen und Prozessketten anzubieten. Zu groß ist schlicht der Bedarf, Bauvorhaben so schnell wie möglich abzuschließen und das nächste Projekt starten zu können.

Die Bereitschaft, neue Technologien, neue Methoden und neue Prozesse einem praxiserprobten Test zu unterziehen ist gering. Die Folge ist, dass das enorme Wertschöpfungspotential von digitalen Methoden und Techniken ungenutzt bleibt und die mittelständisch geprägte Bauwirtschaft in Deutschland weiter an Wettbewerbskraft verliert. Viele Hersteller und Unternehmer sehen die Gefahr, auch und besonders im internationalen Wettbewerb weiter ins Hintertreffen zu geraten. Jetzt, da man bereit ist, die Digitalisierung aktiv anzugehen, scheitert es an den Möglichkeiten, dies zu tun. Es fehlen in großem Umfang die notwendigen Umsetzungs- und Übungsfelder.

Praxisgerechtes Testfeld

Genau hier hilft das neue Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Planen und Bauen mit seinen fünf regionalen Standorten und Forschungseinrichtungen. Um die Hürden beim Auftraggeber zu nehmen, werden von den Partnern des Kompetenzzentrums Planen und Bauen Zwischenschritte mit zielgruppenspezifischen Demonstratoren, generischen Bauanwendungsfeldern und ersten Umsetzungsprojekten initiiert.

Im geschützten, aber praxiserprobten Testfeld können gemeinsam mit kleinen und mittelständischen Unternehmen neue digitale Lösungen und Prozessketten aufgebaut, erprobt, optimiert und der erzielbare Mehrwert nachgewiesen werden. Damit

wird der Bauherr nicht zum Erstanwender neuer digitaler Techniken und Methoden, sondern erhält durch die praxiserprobte Anwendung im Testfeld einen nachvollziehbaren Nachweis der Funktions- und Leistungsfähigkeit der neuen Lösungen.

Prove of Concept

Damit steigen die Chancen, einen Erstanwender für neue Lösungen am freien Markt zu finden deutlich. Hierfür hat das Kompetenzzentrum bereits eine Reihe von Bauherren an sich gebunden, die bereit sind, neue Lösungen nach einem entsprechenden „Prove of Concept“ durch das Kompetenzzentrum Planen und Bauen in ihre Bauvorhaben einzubinden.

Erste Umsetzungsprojekte wurden gestartet und es sollen noch viele weitere folgen. Auf der Webseite des Kompetenzzentrums wird man in Kürze die Möglichkeit haben, eigene Umsetzungs- und Anwendungsprojekte zu vernetzen, so dass der Austausch an Erfahrung und Anwendung beschleunigt und intensiviert wird.

„Die Digitalisierung des Mittelstandes und des Handwerks wird scheitern oder zumindest massiv verzögert werden, wenn wir nicht für das notwendige Anwendungsfeld sorgen“, ist Thomas Kirmayr, Leiter des Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrums Planen und Bauen, überzeugt.

Neue Prozessketten nötig

„Neue digitale Geschäftsmodelle erfordern neue funktionsfähige Prozessketten, bevor sie am Markt erfolgreich platziert werden können.“ Hiervon sind vor allem mittelständische Bauproduktionshersteller, das Handwerk und Start-Ups betroffen.

„Es müssen digitale Prozessketten zwischen mehreren Prozessbeteiligten geschlossen werden und das kann nicht in realen Bauprojekten erprobt werden. Die Partner des Kompetenzzentrums Planen und Bauen werden den Zielgruppen Lösungen, Anwendungsprojekte und De-



Alle Informationen zum Stufenlos-Programm von Lindner gibt es auf der Galabau 2018 in Nürnberg. Mit dem Unitrac 112 LDrive und der Lintrac-Serie bietet Lindner stufenlose Fahrzeuge, die im Ganzjahreseinsatz punkten.

Stufenlos auf der Galabau 2018

Von 12. bis 15. September wird das Messezentrum Nürnberg wieder zum Nabel der Garten- und Landschaftsbaubranche. Der Tiroler Traktoren- und Transporterhersteller Lindner wird auf der Galabau 2018 sein Stufenlosprogramm präsentieren.

Vom Lintrac 90 – dem ersten stufenlosen Standardtraktor mit 4-Rad-Lenkung – hat Lindner bereits mehr als 700 Stück ausgeliefert. Technische Highlights sind die Hochleistungs-Arbeitshydraulik von Bosch und die besonders einfache LDrive-Bedienung. Die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein. Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Lintrac zum variablen Geräteträger – und das 365 Tage im Jahr.

Stufenloser Lintrac 110

Mit dem stufenlosen Lintrac 110 erweitert Lindner die Lintrac-Serie. Das höchstzulässige Gesamtgewicht liegt bei acht Tonnen, die Nutzlast bei rund 3,5 Tonnen. Herzstück des neuen Traktors ist das stufenlose Getriebe TMT11 von ZF. Im Vergleich zum TMT09 aus dem Lintrac 90 ist es mit einer größeren Hinterachse ausgerüstet. Das Getriebe punktet mit seiner kompakten Bauweise und maximaler Zugkraft. Besonders einfach ist die Bedienung über den LDrive-Drehregler. Weitere Highlights sind die Arbeitshydraulik mit 88-Liter-Axialkolbenpumpe, die verstärkte 4-Rad-Lenkung und das verbesserte Lichtsystem für lange Nachteinsätze.

Die ideale Ergänzung zum Lintrac ist Unitrac 112 LDrive – der erste Lindner-Transporter mit Stufenlosttechnologie und besonders einfacher LDrive-Bedienung. Der Motor erfüllt die Kriterien von EURO 6c. Die Nutzlast des Transpor-

monstrators beträgt sechs Tonnen. Das TraLink-System enthält ein digitales Fahrtenbuch und erkennt Anbaugeräte automatisch. Außerdem erinnert TraLink an wichtige Prüfungen oder Servicearbeiten wie einen Ölwechsel. Ein weiterer Pluspunkt ist die geringe Lautstärke in der Fahrerkabine – diese erreicht maximal 74 dB. Lindner produziert die Unitrac 112 LDrive seit Sommer 2017. Mittlerweile wurden bereits mehr als 20.000 Einsatzstunden mit dem Fahrzeug absolviert.

„Wir wollen zeigen was geht, und davon kontinuierlich mehr“, lautet das einfache Credo. □

Das gibt's nur einmal – aber alle Jahre!

Das Karpfhamer Fest mit Rottal-Schau

„Oans wia koans.“ Der Slogan des Karpfhamer Festes mit Rottal-Schau ist bestes bayerisches Superlativ: So ein einmaliges Fest mit Riesenschau gibt's nur einmal! Denn es gibt nur noch „das“ Karpfhamer Fest des Karpfhamer Festvereins, das größte aller Zeiten mit der größten Rottal-Schau auf insgesamt 170.000 qm Fläche für über 400.000 Besucher.

Das schönste bayerisch-österreichische Familien- und Landwirtschaftsfest findet vom 30. August bis 4. September 2018 statt. Die Fachbesucher der Rottal-Schau kommen aus ganz Deutschland, Österreich, Tschechien, Südtirol, Schweiz und Ungarn. Karpfham ist bei Landtechnik-Ausstellern wie auch Besuchern einer der wichtigsten Orte für Präsentation und Information in Mitteleuropa.

Auf nunmehr über 70.000 m² Freigelände und 6.000 m² Hallen zeigen 600 Firmen aus der gesam-

ten Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland ein breites Warenangebot. Nach wie vor liegt der Schwerpunkt auf allen Bereichen der Landwirtschaft. Jedoch findet der Besucher auch unter anderem eine klassische Verbrauchermesse und eine Energiemesse auf dem neuen Gelände direkt an der B388. Außerdem werden Kraftfahrzeuge, Kommunaltechnik und jede Menge interessanter Neuheiten präsentiert.

Weitere Info: www.karpfhamer-fest.de □

Ernst Weidenbusch zum GBW-Verkauf:

Vorwürfe der Opposition brechen in sich zusammen

Auch die neuesten Zeugenaussagen im Untersuchungsausschuss belegen, dass der Verkauf der GBW-Anteile durch die Bayerische Landesbank an einen privaten Bieter unausweichlich war.

Der zuständige Ministerialbeamte im Bayerischen Innenministerium erklärte im Landtag: „Die Oberbürgermeister Ude, Maly und Balleis haben uns mitgeteilt, dass die EU-Kommission einen exklusiven Verkauf der GBW an das kommunale Konsortium nicht akzeptiert.“

Dazu sagt Ernst Weidenbusch, Abgeordneter der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und Mitglied des Untersuchungsausschusses:

„Nachdem alle bisherigen Zeugen im Untersuchungsausschuss die Unvermeidbarkeit des Verkaufs der GBW bestätigt haben, ist damit auch die Behauptung widerlegt, die GBW hätte exklusiv an das kommunale Konsortium verkaufen können.“

Es bleibe dabei, dass der Verkauf der Anteile faktisch verboten war. „Die Vorwürfe der Opposition brechen damit endgültig in sich zusammen“, so Weidenbusch. □

**DAS STUFENLOS
PROGRAMM VON
LINDNER**

3 JAHRE
GARANTIE
TRAC-Link



* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 90 & Unitrac 112 LDrive) in Verbindung mit dem TraLink-System 3 Jahre Garantie

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4
6250 Kundl/Tirol
lindner-traktoren.at

Lindner 
Der Beste am Berg

**VORBILDLICH PLANEN.
EINZIGARTIG BAUEN.**



SEHLHOFF GMBH
INGENIEURE + ARCHITEKTEN



GESCHÄFTSBEREICHE

- HOCH-/INDUSTRIEBAU
- INFRASTRUKTUR
- TECHNISCHE AUSRÜSTUNG
- UMWELT



www.sehlhoff.eu

Bauinnung Landshut und Bayerischer Ziegelindustrie-Verband:

Kommunaler Wohnungsbau im Fokus

Die Bauinnung Landshut und der Bayerische Ziegelindustrie-Verband (BZV) haben im Zeughaus in Landshut das Kommunale Wohnungsbaugespräch 2018 veranstaltet. Unter dem Motto „Bezahlbarer Wohnungsbau – nachhaltig, wohngesund und kosteneffizient“ diskutierten Claudia Zehentbauer, Obermeisterin der Bauinnung Landshut, BZV-Vorstand Thomas Bader, Oberbürgermeister Alexander Putz und Landrat Peter Dreier mit Vertretern aus Kommunen, Politik und Wirtschaft über die Lage auf dem Wohnungsmarkt und in der Bauwirtschaft. Zusätzlich informierten Bauexperten in kurzen Vorträgen darüber, wie Kommunen günstigen Wohnraum mit hoher Qualität schaffen können.

„Wir haben in Landshut viele erfolgreiche Wohnbaugenossenschaften, die jederzeit bereit sind, weitere Wohnungen zu errichten, wenn die Stadt dafür Grundstücke zur Verfügung stellt“, sagte Bauinnungs-Obermeisterin Zehentbauer. Eine städtische Wohnbaugesellschaft sei keine Lösung. Denn obwohl es viele solche Gesellschaften in Deutschland gebe, sinke die Zahl der Sozialwohnungen bundesweit immer schneller – allein von 2010 bis 2016 sei sie von fast 1,7 Millionen auf nur noch 1,3 Millionen Wohnungen zurückgegangen.

„Dem Sozialwohnungsbau in Landshut ist mit privaten Investoren und den hervorragend arbeitenden Wohnbaugenossenschaften mehr geholfen, als mit der teuren Gründung einer städtischen Gesellschaft.“ Die Stadt müsse vielmehr massiv Bauland ausweisen und versuchen, diese Flächen selbst in die Hand zu bekommen, um die extremen Preisspekulationen einzudämmen. „Nur so können Investoren dazu gebracht werden, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.“ Laut Zehentbauer müssten in Landshut pro Jahr rund 200 Wohnungen mehr gebaut werden, als aktuell entstehen, um die Nachfrage trotz des hohen Zuzugs auf gleichem Niveau zu halten.

BZV-Vorstand Bader nannte den politischen Einfluss auf

das Bauen immens. Die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus 2001 und der Eigenheimzulage 2006 hätten wesentlich zur aktuellen Krise auf dem Wohnungsmarkt beigetragen. „Darum sind wir froh, dass die Staats- und die Bundesregierung nun erkannt haben, dass das gesellschaftliche Megathema Bauen nur mit Unterstützung der Politik gemeistert werden kann.“ Vor allem aus dem neu geschaffenen bayerischen Bauministerium erhoffe man sich neue Impulse.

Erhoffte neue Impulse

Mehr Stabilität für die Bauwirtschaft brächten zum Beispiel steuerliche Regelungen, die den Verkauf von Baugrund für Landwirte attraktiver machen. Außerdem solle den Bauherren die Entscheidung überlassen werden, mit welchen Technologien und Baustoffen die Energieeinsparvorgaben erreicht werden. „Das würde Genehmigungsverfahren beschleunigen, das Bauen günstiger machen und damit den angespannten Wohnungsmarkt zügiger entlasten.“

Oberbürgermeister Putz betonte, dass die Stadt auf die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt reagiert und vor wenigen Monaten im Baureferat ein neues Sachgebiet für Wohnungsbau und Wohnungs-

wesen eingerichtet habe. „Dort sollen sämtliche strategische Fragen des Wohnbaus erörtert und die Kräfte in diesem Bereich gebündelt werden. Einige große Projekte, zum Beispiel der Neubau von 107 Sozialwohnungen an der Breslauer Straße und am Isarweg für rund 18 Millionen Euro, sind bereits angelaufen.“

Den stetig steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum werden die Stadt Landshut – wie andere Wachstumsregionen auch – aber nicht alleine lösen können. Dazu sei einerseits die Mitwirkung privater Investoren und Genossenschaften nötig. „Andererseits sehe ich auch den Freistaat und den Bund in der Pflicht, sich stärker als in den vergangenen Jahren im Wohnungsbau zu engagieren.“ Ermutigende Signale dazu gebe es schon. „Jetzt müssen die Ankündigungen aber auch nachhaltig umgesetzt werden, damit diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe gemeinsam gelöst werden kann.“

Zuzugsregion Landshut

Landrat Dreier zufolge ist in der Zuzugsregion Landshut der Wohnungsmarkt schon seit längerem äußerst angespannt. „Darum brauchen wir vor allem neue Lösungen für das Bauen im Außenbereich, damit zum Beispiel nicht mehr genutzte Bauernhöfe in Wohnraum umgewandelt werden können.“ Der große Nachholbedarf bei der Schaffung von Wohnraum stelle auch die Bauwirtschaft vor Herausforderungen. „Darum können wir uns glücklich schätzen, vor Ort weltweit bekannte Unternehmen dieser Branche zu haben, deren vielseitige Innovationen und Ideen ein Segen für die Bauherren sind.“ Außerdem



Diskutierten politische, planerische und bautechnische Ansätze, wie zügig bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann (von links): Landrat Peter Dreier, Claudia Zehentbauer, Obermeisterin der Bauinnung Landshut, Dr. Heike Piasecki vom Bauwirtschaftsanalysten bulwiengesa, Oberbürgermeister Alexander Putz, Stefan Feigel, Inhaber des Architekturbüros Feigel Dumps, Helmut Spillmann, Geschäftsführender Gesellschafter des Bauunternehmens Kellhuber, Thomas Bader, Vorstand des Bayerischen Ziegelindustrie-Verbands, und Moderator Michael Bragulla.

seien sie als verlässliche Arbeitgeber eine bedeutende Stütze für die wirtschaftliche Stärke des Landkreises.

Um den Kommunen Ansätze für eine Entspannung des Wohnungsmarktes aufzuzeigen, informierten drei Bauexperten über kommunales Bauen. Dr. Heike Piasecki, Leiterin der Münchner Niederlassung des Bauwirtschaftsanalysten bulwiengesa, sprach zum Thema „Kostentreiber im Wohnungsbau in Bayern und was Kommunen selbst dagegen tun können“. Der größte Kostentreiber aus Sicht der Bauherren sind laut Piasecki die Verzögerungen in den Genehmigungsverfahren bis zur Erteilung des Baurechts.

Zeit und Geld sparen

„Investoren würden sich wünschen, dass die Behörden frühzeitig kommunizieren, wie die Chancen oder Risiken für ihre Projekte stehen“, sagte Piasecki. Es könne viel Zeit und Geld gespart werden, wenn schon in der Ideenphase klare Antworten kommen würden und nicht erst bei einer Bauvoranfrage. „Die Kommunen müssen aber personell, fachlich und auch finanziell in die Lage versetzt werden, diesem Anspruch gerecht zu werden.“ Es reiche nicht, wenn die Politik Wohnbaufördermaßnahmen beschließe, wenn die Genehmigungsbehörden sie nicht umsetzen könnten.

Beispiele aus der Praxis

Stefan Feigel vom Landshuter Architekturbüro Feigel-Dumps stellte anhand von Praxisbeispielen über Genossenschaftswohnungen in Landshut und Ingolstadt vor, wie anspruchsvoll und dennoch günstig gebaut werden kann: Die Gebäude müssten einfach strukturiert sein, in allen Geschossen die gleichen Grundrisse und Konstruktionen aufweisen und glatte Fassaden mit einheitlichen Fenstertypen haben. Außerdem sollten Balkone mit dem Rohbau verbunden werden. „Um das einzuhalten, müssen aber auch wir Planer uns stets kritisch hinterfragen.“

Helmut Spillmann, Geschäftsführender Gesellschafter des Bauunternehmens Kellhuber, zeigte Wege zum günstigen Wohnungsbau mit öffentlicher Förderung auf. „Nur durch steuerliche Anreize für Grundstückseigentümer wird es möglich sein, dass Bauherren und Kommunen künftig an bezahlbaren Baugrund kommen.“ Wenn Grundstücke zur Verfügung stehen, sollten Kommunen von Bauherren in Wettbewerben Bebauungspläne entwickeln lassen. „Das ist eine gute Basis für kommunale Entscheidungen und kostenbewusstes Bauen.“

Michael Bragulla

Abensberg:

Neue Wohnanlage im preisgünstigen Segment

Im niederbayerischen Abensberg ist Wohnraum für mehr als 70 Einheimische mit niedrigem Einkommen und anerkannte Flüchtlinge entstanden. Die Wohnanlage mit insgesamt 13 Wohneinheiten im preisgünstigen Segment hat das Staatliche Bauamt Landshut in nur neun Monaten mit Mitteln aus dem Sofortprogramm errichtet.

Kurzpass-Spiel zwischen Stadt und Freistaat

Nach den Worten von Bayerns Baustaatssekretär Josef Zellmeier eine rundum gelungene Sache. „Das Projekt in Abensberg ist ein hervorragendes Kurzpass-Spiel zwischen Stadt und Freistaat. Der Baugrund ist kommunal, im Gegenzug haben wir auf der Fläche der Stadt die staatliche Wohnanlage für drei Millionen Euro Baukosten finanziert und gebaut. Abensberg kann nun dort rund 30 Prozent der neuen Wohnplätze selbst verwenden, um Einheimischen mit niedrigem Einkommen ein neues Zuhause zu bieten“, so Zellmeier.

Leergefegter Markt

Die Nachfrage nach preisgünstigem Mietwohnraum ist groß, der Markt ist entsprechend leergefegt. Der Freistaat hat mit dem ‚Wohnungspakt Bayern‘ ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, damit schnell mehr preisgünstiger Wohnraum entsteht. Dabei ist der Freistaat nicht nur Fördermittelgeber, sondern auch selbst Bauherr. Die staatlichen Bauämter in Bayern errichten mit Mitteln aus dem Sofortprogramm des Wohnungspakts Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge und Einheimische mit niedrigem Einkommen.

„Insgesamt 40 Projekte sind seit 2016 mit Geldern des Sofortprogramms bereits entstanden. Das Budget von 140 Millionen Euro ist bereits vollständig verplant“, so Zellmeier. Mit dem neuen Bauministerium haben Bauministerin Aigner und Baustaatssekretär Zellmeier dem Wohnungsbau eine klare Priorität eingeräumt.

Eigenplanung des Staatlichen Bauamts Landshut

Das Projekt in Abensberg ist eine Eigenplanung des Staatlichen Bauamts Landshut. Errichtet ist die Wohnanlage in Holzsystembauweise. Das langgestreckte Grundstück zwischen Traubenstraße und Bahnanlage stellte die Planer und Bauunternehmen vor große Herausforderungen. Herzstück der Wohn-

anlage ist laut Baustaatssekretär die „Wohnstraße“ zwischen den Gebäuden, die Raum für Spiele, Gespräche und ein angenehmes Miteinander bietet. Zellmeier: „Mit dieser offenen und zugleich gemeinschaftlichen Situation hoffe ich, dass die Bewohner hier bald ein echtes Zuhause finden.“

Brandls Appell

Zuvor hatte der Behördenleiter des Staatlichen Bauamts Landshut, Reinhard Piper, alle Anwesenden im Innenhof der Wohnanlage begrüßt. Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl dankte dem Staatlichen Bauamt mit einem „herzlichen vergelt's Gott“ für die Leistung auf diesem „schwierigen Grundstück: Wer könnte besser demonstrieren, hier so etwas Schönes entstehen zu lassen?“

Brandl erinnerte daran, dass es nicht nur in Ballungsräumen immer schwieriger werde, günstigen Wohnraum zu schaffen. Er appellierte auch an umliegende Kommunen, sich Anfragen der Regierung nach bebaubaren Grundstücken nicht zu verschließen. Dem Abensberger Helferkreis dankte er ausdrücklich für die intensive Betreuungsarbeit.

Der Staat als Vermieter

Regierungspräsident Rainer Haselbeck zollte der Leistung ebenfalls seinen Tribut: „Eine exzellente Arbeit, vor der ich meinen Hut ziehe!“ Er erinnerte daran, dass der Freistaat Bayern schon 2015 auf die Wohnungsnot reagiert habe – seither ist der Wohnungspakt in Kraft; am Standort Abensberg werde nun mit diesem Projekt nochmals eine neue Seite aufgeschlagen: „Der Staat als Vermieter; wir werden schnell lernen und gut mit der Kommune zurechtkommen.“

An Dr. Brandl gerichtet, sagte Haselbeck: „Es hätte mich gewundert, wenn Sie heute nur die Eröffnung genießen.“ Brandl hatte zuvor gesagt, er habe ein weiteres Grundstück in der Hinterhand, auf dem er sich staatliches Engagement vorstellen könnte.

TV BAYERN ★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region



* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Chancen für mehr Wohnraum für alle:

„Nur was sich rentiert, wird realisiert“

Von Dr. Lore Mühlbauer, Sachgebiet Wohnungswesen an der Regierung von Oberbayern

Mehr bezahlbarer Wohnraum für alle wird allein durch die Diskussion darüber nicht geschaffen. Nur wenn für Entscheidungsträger und Betroffene die Vorteile auf der Hand liegen, wird ein Bauprojekt realisiert. Können wir das Wohnungsproblem lösen?

Der Mangel an Wohnraum ist regional unterschiedlich und nicht nur in Ballungsräumen eklatant. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner stieg in Deutschland von 34 m² 1991 auf 47 m² 2017 (www.deutschlandin zahlen.de). Dies führt selbst bei stagnierenden Einwohnerzahlen zu einem steigenden Bedarf an Wohnfläche.

Bauland ist knapp

Im gleichen Zeitraum hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von 40.000 km² auf 47.000 km² erhöht. In Bayern werden täglich 9,8 Hektar Fläche verbraucht, 14 Fußballfelder täglich (www.stmu.v.de). Um diesen Flächenverbrauch den Wohnungssuchenden zuzuführen, wurde in Städten wie München und Freising versucht, den Baugrund sozialgerecht zu nutzen: Baurecht wird nur erteilt, wenn ein Teil der Flächen für sozialgerechten Wohnungsbau verwendet wird.

Kommunale Potenziale

Kommunen kennen den örtlichen Bedarf am besten und sollten durch den Bau von eigenen Wohnungen steuernd in die Entwicklung vor Ort eingreifen. Dies erfordert Eigeninitiative und eine gut ausgestattete Verwaltung. Im Ergebnis zeigen gute Beispiele vor Ort, dass sich diese Mühen langfristig auszahlen. Hier unterstützt staatliche Förderung fachlich und finanziell, muss aber aktiv angefordert werden. Gefördert wer-

Herausragende Verdienste bei Denkmalschutz und Denkmalpflege:

Medaillenvergabe in München

30 Persönlichkeiten und Einrichtungen aus ganz Bayern sind wegen ihres Engagements und ihrer leidenschaftlichen Arbeit für alte Gemäuer im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege in München geehrt worden. Wie Kunstministerin Prof. Dr. med. Marion Kiechle feststellte, „gibt Denkmalpflege unserer Vergangenheit eine Zukunft“.

„Denkmäler sind Geschichtsquellen, die uns viel über die Vergangenheit verraten können; anders als schriftliche Quellen tun sie dies unkommentiert – sie transportieren Fakten, nicht Meinungen. Die Träger der Denkmalschutzmedaille bewahren mit ihrem Engagement das kulturelle Erbe Bayerns, so dass auch nachfolgende Generationen aus diesen Quellen schöpfen können“, betonte Kiechle.

Fit für die Zukunft

Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil ergänzte: „Seit mittlerweile 40 Jahren zeichnen wir in Bayern mit der Denkmalschutzmedaille Menschen für ihre herausragenden Verdienste um die Denkmalpflege aus. Die diesjährigen Preisträger haben sich mit größtem Engagement um ihre Denkmäler verdient gemacht. Sie haben sie mit viel Leidenschaft, Ausdauer und Verständnis fit für die Zukunft gemacht.“

Folgende Kommunalvertreter wurden heuer mit der Denkmalschutzmedaille geehrt: Die Gemeinde Strullendorf, vertreten durch 1. Bürgermeister Wolfgang Desel, und der Heimatkundliche Verein Zeegenbachtal e.V., vertreten durch Karl Körner für den Kulturbauernhof Strullendorf in Strullendorf, Landkreis Bamberg.

den zudem Architekturwettbewerbe und alternative Planungen, die die Qualität der Architektur sichern und die Möglichkeit bieten, lokale Akteure bereits im Vorfeld einzubeziehen.

Standards und Baupreise

Höhere Energiekosten aber auch Komfortansprüche im Elektro- und Sanitärbereich verteuern das Bauen. Demgegenüber stehen die Einsparpotentiale, die durch serielle Produktionsbauweisen auch im Wohnungsbau möglich sind. Aufwendige Vergabeverfahren für Planungen und Baumaßnahmen schrecken ab, sind aber für öffentliche Auftraggeber insbesondere bei Überschreiten der EU-Schwellenwerte verpflichtend. Bewährt hat sich die Trennung von Planung und Bauausführung, eine professionelle Bauherrenbetreuung und von Anfang an eine gute Planung qualifizierter Architekten.

Wohnungsstandards

Das Rad muss insbesondere im Wohnungsbau nicht neu erfunden werden. Erprobte Standards wie übereinanderliegende Grundrisse, gute Orientierung der Aufenthaltsräume und sparsame Erschließung ergänzen sich mit neuen Anforderungen wie eine durchgängige Barrierefreiheit und dem der Wohnung zugeordnete Freibereich / Balkon. Gesunde und recycelbare Baumaterialien sind in der Anschaffung vielleicht etwas teurer, zahlen sich aber aus. Es gilt ei-

Für die Instandsetzung einer steinernen Bogenbrücke in Markt Luppburg-Eggenthal (Landkreis Neumarkt i.d.OPf) wurde der Markt Luppburg, vertreten durch 1. Bürgermeister Manfred Hauser, ausgezeichnet.

Altbürgermeister Karl-Heinz Keller wurde seinerseits gewürdigt für seine Verdienste um die Sanierung der historischen Altstadt Karlstadt in Karlstadt am Main (Landkreis Main-Spessart), während Altoberbürgermeister Josef Kellerer für seine Verdienste um den Denkmalschutz im oberbayerischen Fürstendfeldbruck die Denkmalschutzmedaille überreicht bekam.

Auszeichnung für Maitenbeth und Feldafing

Die oberbayerische Gemeinde Maitenbeth (Landkreis Mühldorf am Inn), vertreten durch 1. Bürgermeister Josef Kirchmaier, wurde für die Instandsetzung der „Alten Post“ ebenso geehrt wie die Gemeinde Feldafing (Landkreis Starnberg), vertreten durch 1. Bürgermeister Bernhard Sontheim, für den Umbau des ehemaligen Bahnhofs zum Rathaus mit Bürgersaal.

Die Broschüre „Denkmalschutzmedaille 2018“, downloadbar unter www.blfd.bayern.de, stellt alle Preisträger und ihre Projekte ausführlich vor. **DK**

nen guten Mix aus Qualität im Entwurf, konstruktiv sinnvollen und bewährten Details und eine angenehme Gestaltung des Wohnumfelds zu finden.

Wohnen für alle

Gut durchdachte und flexibel nutzbare Grundrisse eignen sich für viele unterschiedliche und wechselnde Bewohner. Barriere- und Schwellenfreiheit innerhalb der Wohnung erleichtert das Leben für alle. Durch die Anhebung der Einkommensgrenzen zum 1. Mai 2018 erhalten nun 60% der Bevölkerung in Bayern Zugang zu öffentlich gefördertem Wohnraum. Kommunen sind bei der Belegung ihrer Wohnungen frei und entscheiden selbst. Dennoch ist die Mischung aus frei finanzierten und staatlich oder kommunal geförderten Wohnungen in Hinblick auf die Stabilität im Quartier empfehlenswert.

Attraktive Förderung

Zur besseren Versorgung mit Wohnraum baut der Freistaat Bayern zukünftig mit seiner eigenen Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim selbst. Mit dem kommunalen Wohnraumförderprogramm unterstützt er Städte und Gemein-

Ein großer Schritt auf dem Weg zu ligninbasierten Aerogelen

Forscher der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TU HH) haben erfolgreich überwiegend ligninbasierte Aerogele hergestellt und unter anderem zu Dämmstoffplatten verarbeitet. Zwei Ausgründungen der TU HH treiben die Markteinführung des Werkstoffs nach Projektende weiter voran, sie stellen interessiertere Firmen Lignin und Aerogele im Pilotmaßstab zur Verfügung.

Als Aerogele bezeichnet man feste, hochporöse Materialien mit geringer Dichte und geringer Wärmeleitfähigkeit. Noch ist die Herstellung reiner Lignin-Aerogele nicht möglich. Ein Team um die Professorin Irina Smirnova von der TU HH ist diesem Ziel jedoch ein großes Stück nähergekommen.

Die Wissenschaftler nutzten das Lignin aus Buchenrestholz und Weizenstroh, das im Konsortium mit Hilfe zweier umweltfreundlicher Aufschlussverfahren – dem Organosolv- und dem Aquasolv-Verfahren – gewonnen wurde. Mittels fünf unterschiedlicher Gelierungsstrategien wandelten sie die Lignine dann in Aerogele um. Einer der erfolgreichsten Ansätze führte zu hybriden Lignin-Polyurethan-Aerogelen mit einer einstellbaren Dichte zwischen 50 und 250 kg/m³. Der massebezogene Lignin-gehalt liegt bei 78 Prozent, das Verfahren wurde bis in den Technikmaßstab skaliert.

Dämmplatten aus diesem Aerogeltyp erreichen eine Wärmeleitfähigkeit von 24 mW/m·K und übertreffen damit die Isolierereigenschaften von Polystyrol oder Steinwolle deutlich. Aussichtsreich sind auch ligninbasierte Resorcin-Formaldehyd-Aerogele mit Oberflächen von 500 m²/g und einem sehr breiten Spektrum einstellbarer Eigenschaften. Sie sind bis zu 70 Prozent ligninbasiert.

Zwei Ausgründungen widmen sich künftig dem Thema ligninbasierter Aerogele: BioMP (www.thebiomp.de) bündelt Kompetenzen im Bereich der Heißwasserhydrolyse und Herstellung von Lignin zur Bemusterung und Weiterverarbeitung. Aerogellex (www.aerogellex.com) stellt verschiedene Arten organischer Aerogele her und bietet u. a. Lignin-PU-Aerogelplatten für industrielle Tests an.

den beim Bau eigener kommunaler Wohnungen (KommWFP). Während der Laufzeit finanzieren die Mieteinnahmen die Kredite, danach kann die Kommune Gewinn verbuchen.

Private Investoren, Stiftungen oder Genossenschaften kommen in den Genuss der einkommensorientierten Förderung (EOF). Diese besteht aus zwei Darlehensanteilen und einem ergänzenden Zuschuss von 300 Euro/m² Wohnfläche. Das objektabhängige Darlehen wird in Form eines Festbetrags je m² geförderter Wohnfläche vergeben. Das belegungsabhängige Darlehen ist abhängig von den Einkommensstufen der Mieterhaushalte bei Erstbezug.

Den Berechtigten kann der geförderte Wohnraum mietpreisvergünstigt zur Verfügung gestellt werden (zwischen 4 und 6 Euro/m²). Durch die Zusatzförderung, welche die Mieter vom Landratsamt erhalten, kann der Vermieter dennoch eine ortsübliche Miethöhe erzielen. Verbesserte Zinskonditionen machen die Kredite der Landesbank seit dem 1.7.2018 noch attraktiver.

Fazit: Der Wohnungsbau kommt in Fahrt. Auch wenn aktuell alle Baufirmen ausgelastet scheinen, mit der Fertigstellung eines Gebäudes kann ein neues begonnen werden. Das Sachgebiet Wohnungswesen der Regierung von Oberbayern hat 2017 ca. 210 Mio. Euro für 1.500 Wohnungen ausgegeben, im ersten Halbjahr 2018 waren es 56 Mio Euro für 400 Wohnungen. Die Verstärkung und Fortführung dieser Entwicklung bedarf der Anstrengung aller Beteiligten. **□**

Vorbildhafte Holzbauten gesucht

Vorbildlich konstruierte, umweltfreundliche und kostengünstige Bauten aus Holz werden beim Wettbewerb um den „Holzbaupreis Bayern 2018“ ausgezeichnet. Wie Forstministerin Michaela Kaniber in München mitteilte, können dazu Architekten, Bauingenieure und Bauherren noch bis zum 20. August außergewöhnliche Holzbauprojekte einreichen, die seit 2014 im Freistaat fertiggestellt worden sind.

„Wir suchen beispielhafte Projekte, die Bauherren und Architekten überzeugen und den Holzbau in Bayern voranbringen“, so Kaniber. Für die Ministerin liegen die Vorteile von Holz auf der Hand: Es ist ein lebendiger Baustoff mit hervorragenden baubiologischen und technischen Eigenschaften, leicht zu bearbeiten, schall- und wärmedämmend und als nachwachsender Rohstoff in großen Mengen vor der Haustüre verfügbar. Außerdem hat Holz eine unschlagbare Ökobilanz: Ein Kubikmeter entzieht der Atmosphäre während seines Wachstums eine Tonne Kohlendioxid.

„Wer in Holz baut, leistet einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz“, so Kaniber. Bestechende Vorteile bietet der Universalbaustoff zudem bei der Aufstockung

bestehender Gebäude in engen urbanen Räumen. Denn das geringe Gewicht und die Möglichkeit zur Vorfertigung der Einzelmodule sorgen der Ministerin zufolge für kurze Bauzeiten und verringern die Lärm- und Staubbelastung.

Gemeinschaftsprojekt

Der mit 10.000 Euro dotierte Holzbaupreis Bayern ist ein Gemeinschaftsprojekt von Forstministerium, Landesbeirat Holz Bayern und proHolz Bayern, das auch von der Bayerischen Architektenkammer und der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau unterstützt wird.

Die Preise wird Ministerin Kaniber voraussichtlich auf der Messe BAU 2019 im Januar verleihen. **□**



V. l.: Christian Rank (Fa. Robert Decker), Dr. Ernst Böhm (Sachverständiger im Verwaltungsrat), Firmeninhaber Robert Decker, Bürgermeisterin Angelika Obermayr, Landrat Robert Niedergesäß, Alexander Müller (Sachverständiger im Verwaltungsrat), Brigitte Keller (Kaufmännischer Vorstand), Klaus Besmüller (Technischer Vorstand), Bürgermeister Eugen Gillhuber. **□**

KommWFP-gefördertes Mehrfamilienhaus:

Einweihung in Grafing

Kürzlich wurden feierlich die insgesamt 21 Wohnungen der neu gegründeten Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU eingeweiht. Landrat Robert Niedergesäß und Erste Bürgermeisterin Angelika Obermayr nahmen gemeinsam mit den beiden Vorständen Brigitte Keller und Klaus Besmüller den „Schlüssel“ von Generalunternehmer Robert Decker entgegen.

Von der Idee bis zum Einzug der Mieter vergingen weniger als zwei Jahre. Stefan Detig: „Das Ziel, schnell und günstig zu Bauen wurde in beeindruckender Geschwindigkeit erreicht.“ DETIG: RSW gratuliert sehr herzlich und freut sich laufend recht-

liche, steuerliche sowie betriebswirtschaftliche Begleitung geleistet zu haben!

Die nächsten Objekte in Moosach und Anzing werden bereits geplant. Weiterhin viel Erfolg dem jungen Wohnungsbauunternehmen! **□**

120 JAHRE

HALDER

GalLaBau
12.-15.09.18
MESSE NÜRNBERG
HALLE 9,
STAND 107

HALDER

KEIN SCHNEE ZU TIEF, KEIN BERG ZU HOCH

Die brandneue Holder S-Reihe überzeugt mit bis zu 130 PS (95 kW) und Topausstattung für Heavy-Duty-Anwendungen im Schmalspursegment. Alle starken Fakten unter www.max-holder.com.

Beschluss der Staatsregierung:

Meilensteine für die medizinische und pflegerische Versorgung

Söder: Landespflegegeld für die Pflege daheim kommt

Mit Gesundheit und Pflege befasste sich die Staatsregierung bei ihrer jüngsten Sitzung. In ganz Bayern soll bestmögliche medizinische und pflegerische Versorgung sichergestellt werden. „Mit dem Förderprogramm für kleinere Krankenhäuser sorgen wir für eine breite medizinische Versorgung insbesondere im ländlichen Raum. Dafür investiert der Freistaat 3 Mrd. Euro in den nächsten Jahren“, so Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

„Bayern ist Gesundheitsland. Für die Staatsregierung bedeutet das: Den ländlichen Raum stärken und neue Spitzentechnik. Das heißt: gezielte Strukturförderung zur Zukunftssicherung für kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum, Rekord-Investitionen in den Krankenhausbau, Schaffung neuer Einrichtungen für die Hochleistungsmedizin und gezielte Maßnahmen wie der Hebammen-Bonus“, verspricht der Ministerpräsident.

Landespflegegeld kommt

„Die Pflege ist eine Frage der sozialen Sicherheit. Mit unserem Landespflegegeld in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr stärken wir die Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen in Bayern und unterstützen sie schnell und unbürokratisch“, betont Söder. Das Landespflegegeld steht jedem zu, der in Bayern seinen Hauptwohnsitz hat und mindestens von Pflegegrad 2 betroffen ist. Die Auszahlung erfolgt erstmalig im September 2018. „Die Resonanz ist mit bereits mehr als 136.000 Anträgen überwältigend“, so Söder.

Pflegeministerin Melanie Huml stellt zudem heraus: „Mit dem Landespflegegeld bekommen Pflegebedürftige mehr finanziellen Spielraum. Die Pflegebedürftigen können selbst entscheiden, wofür sie das Geld verwenden – und ob sie mit dem Geld zum Beispiel pflegenden Angehörigen oder anderen Menschen, die sie in ihrem Alltag unterstützen, eine finanzielle Anerkennung zukommen lassen.“

Beste medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Ziel ist, eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung in allen Regierungsbezirken.

• **Verbesserung für Kliniken im ländlichen Raum:** Bayern unterstützt die aufgrund des demographischen Wandels nötig gewordene Umstrukturierung der ländlichen Krankenhäuser mit einem Förderprogramm. Versorgungsangebote sollen zukunftsfest sein. Der Freistaat trägt 85 Prozent der Kosten, die der zuständige Landkreis für die Betriebskostendefizite betroffener Krankenhäuser in den kommenden drei Jahren ausgleichen muss.

• **Einführung einer Landarztquote:** Bayern hat eine Landarztquote beschlossen, um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu sichern. Künftig sollen bis zu 5 % aller Medizinstudienplätze für Studenten vorgehalten werden, die sich bereit erklären später in unterversorgten Regionen als Hausarzt zu praktizieren.

• **Ausbau der Telemedizin:** Der Zugang zu ärztlicher Betreuung soll ohne weiten Anfahrtsweg möglich sein. Gesundheitsministerium und Landesärztekammer gründen gemeinsam ein Fachforum „Online Arzt“. Zudem wird ein Forschungsprojekt „Digitales Dorf—Medizin Digital zur Verbesserung der Versorgung auf dem Land“, kurz MeDiLand ins Leben gerufen. Ziele sind u.a. die Vernetzung von Intensivpflegediensten mit Hausärzten sowie die Entlastung von Ärzten durch Fachangestellte, wel-

che digital direkt mit den Ärzten kommunizieren.

Krankenhäuser stärken

Bayerns Krankenhäuser erhalten einen kräftigen Investitionsschub. Die Staatsregierung hat den Startschuss für 26 neue Krankenhausbauvorhaben in Bayern mit Schwerpunkt im ländlichen Raum gegeben. Die neuen Bauvorhaben verteilen sich auf alle Regierungsbezirke. So wird die qualitativ hochwertige flächendeckende stationäre Versorgung mit leistungsfähigen Kliniken weiter für die Zukunft gesichert.

Offensive für Spitzenmedizin

Die Offensive für Spitzenmedizin, die Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, nimmt Gestalt an:

• Das **Bayerische Krebsforschungszentrum** soll ab 2019 an den Start gehen.

• Mit der Entwicklung des **weltweit modernsten digitalen OP-Saals** setzt das Deutsche Herzzentrum München einen Meilenstein in der Spitzenmedizin und trägt zur Verbesserung von Herzoperationen in Bayern bei.

• Das **Forschungsinstitut für neue Immun- und Infektionskrankheiten** in Regensburg (RCI) soll ein außeruniversitäres Forschungsinstitut der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) werden.

• Am **Helmholtz Zentrum für Gesundheit und Umwelt (HMGU)** in München-Neuherberg soll ein Zentrum für Hochleistungssequenzierung zur besseren Früherkennung und Diagnose von Krankheiten angesiedelt werden.

Gesundheitsministerin Huml und Finanzminister Füracker:

681 Millionen Euro für 26 Krankenhaus-Baumaßnahmen

Kabinetts beschließt neue Projekte für Krankenhausbauprogramme 2019 bis 2022

Der Ministerrat hat den Startschuss für 26 neue Krankenhausbauvorhaben in Bayern gegeben. Das Gesamtfördervolumen dieser Maßnahmen beläuft sich auf rund 681 Millionen Euro.

Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte: „Die Bayerische Staatsregierung setzt sich nachhaltig und mit hoher Intensität für eine qualitativ hochwertige flächendeckende stationäre Versorgung und leistungsfähige Kliniken in Stadt und Land ein. Deshalb investieren wir kräftig in unsere Krankenhäuser. Das tun wir zum Wohle der Menschen in unserem Land! Das vom Kabinetts freigegebene Investitionsvolumen erreicht Rekordniveau und trägt wesentlich dazu bei, die Qualität der stationären Versorgung im Freistaat weiter zu verbessern.“

Ein Plus von 140 Mio. Euro

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker unterstrich: „Der Freistaat Bayern kommt damit seiner Finanzierungsverantwortung im Bereich der Krankenhausinvestitionsförderung vorbildlich nach. Aktuell wurde der Krankenhausförderetat um 140 Millionen Euro auf jährlich 643 Millionen Euro kräf-

1.000 € Hebammen-Bonus

Ab 1. September können Hebammen, die in der Geburtshilfe arbeiten, den Hebammen-Bonus von 1.000 Euro pro Jahr beantragen. Er wird ab Oktober jährlich ausgezahlt. „Damit verbessern wir auf unbürokratische Weise die Arbeitsbedingungen für Hebammen und schaffen einen finanziellen Anreiz, sich in der Geburtshilfe zu engagieren. Mir ist wichtig, dass alle Mütter in Bayern die Betreuung durch Hebammen bekommen, die sie brauchen“, so Ministerpräsident Söder.

Parallel geht das **Zukunftsprogramm Geburtshilfe** an den Start, mit dem Kommunen in Bayern unterstützt werden, die wohnortnahe Geburtshilfe zu erhalten.

Bessere Förderung für Kinder

Einführung einer erweiterten Schuleingangsuntersuchung

Derzeit sind in Bayern alle Kinder verpflichtet, im Jahr vor Aufnahme in die 1. Klasse an der Schuleingangsuntersuchung teilzunehmen. Im Mittelpunkt steht bisher die Beurteilung der Schulfähigkeit. Künftig sind Kinder in Bayern ein Jahr früher bei der neu konzipierten Schuleingangsuntersuchung. Ziel der 2019 greifenden Reform ist es, mit modernen Testmethoden frühzeitig mögliche Entwicklungsdefizite festzustellen. Kinder mit einem auffälligen Ergebnis beim Entwicklungsscreening werden künftig schulärztlich untersucht und die Eltern ausführlich über mögliche Fördermaßnahmen beraten.

Söder dazu: „Wir wollen, dass jedes Kind in Bayern bestmögliche Entwicklungschancen bekommt. Mit der neuen Schuleingangsuntersuchung wollen wir frühzeitig den möglichen Förderbedarf zu erkennen. Damit helfen wir jedem Kind und sorgen zugleich auch für mehr Chancengerechtigkeit.“ □



Inspizierte auch den Hubschrauberlandeplatz auf dem Dach des neuen Klinikums: Gesundheitsministerin Melanie Huml (4. v. l.) mit (v. l.) Drittem Lichtenfels Bürgermeister Winfried Weinbeer, Landrat Christian Meißner und Gattin Daniela, Leitendem Verwaltungsdirektor Günter Ebert (Landratsamt Lichtenfels), Krankenhausdirektorin Eva Gill (Mitte), RegiomedHauptgeschäftsführer Joachim Bovelet (vorne), Projektleiter Tristan Rinker (hinten), technischem Leiter Markus Semmelroch, Kreisrätin Monika Faber (weitere Stellvertreterin des Landrats) und Pflegedirektorin Anja Schönheit-Müller.

Foto: Landratsamt Lichtenfels/Heidi Bauer

Gesundheitsministerin Huml lobt Klinikneubau als Leuchtturmprojekt:

„Green Hospital Lichtenfels“ punktet mit Nachhaltigkeit und Patientenfreundlichkeit

„Das Green Hospital in Lichtenfels wird nach Deutschland ausstrahlen“, da ist sich die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, sicher. Mit dem Pilotprojekt „Green Hospital Lichtenfels“ wurde erstmals in Bayern ein Krankenhausneubau durch ein planerisches, bauliches und betriebliches Gesamtkonzept umfassend nachhaltig ausgerichtet.

„Dieses hochmoderne Jahrhundertbauwerk setzt weltweit neue Maßstäbe“, stellte Landrat Christian Meißner fest. „Es ist ein Großprojekt aus der Region für die Region. Die Fertigstellung ist ein Meilenstein für den Landkreis, zumal das Klinikum der größte Arbeitgeber in der Stadt und einer der größten im Landkreis ist.“

Sicherung der medizinischen Versorgung

Mit dem Beschluss zum Klinikneubau im Jahr 2009 für aktuell 116 Millionen Euro (inklusive Parkhaus) habe der Kreistag von Lichtenfels ein wichtiges Zeichen gesetzt: zur Sicherung der medizinischen Versorgung der Bürger, zur Sicherung des Krankenhausstandortes, zur Sicherung und zum Ausbau von hochqualifizierten Arbeitsplätzen, zur Stärkung des Standortes Lichtenfels als Medizin-, Arbeits- und Wohnstandort.

Neben der klassischen Kran-

kenhaus-Förderung, die sich bei dem Projekt auf rund 71,83 Millionen Euro belief, hat der Freistaat Bayern im Zuge des Programms „Aufbruch Bayern“ weitere acht Millionen Euro für den Neubau in die Hand genommen, um den neuen Krankenhaustyp „Green Hospital“ zu realisieren.

Energetisch und ökologisch neuer Standard

Das „Green Hospital Lichtenfels“ setzt energetisch und ökologisch einen neuen Standard. 39 Einzelmaßnahmen sind in diesem Green Hospital-Konzept enthalten. Damit soll künftig der Energieverbrauch um 32 % unter der Energieeinsparverordnung von 2009 liegen. Durch den Einsatz innovativer Techniken und Materialien wird annähernd Passivhausstandard erreicht. LED-, Hybrid- sowie neuentwickelte OLED-Leuchten werden den Beleuchtungsstromverbrauch im Vergleich zum Altbau des Klinikums um zirka 60 Prozent verringern.

Der Wärmebedarf wird halbiert. Regenerative Energien werden zwölf Prozent des Strombedarfs und 26 Prozent des Wärme-Dampf-Bedarfs decken. Das

Energieeinsparpotential wird auf 1.400 Euro pro Jahr und Bett beziffert. Die Photovoltaikanlagen erzeugen die Energie, die 30 Vier-Personen-Haushalte pro Jahr verbrauchen. Die Patientenzimmer verfügen über eine Fußbodenheizung, die aus Geothermie gespeist wird.

Insgesamt verfügt das neue Klinikum über die Fachabteilungen Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe, Radiologie/Nuklearmedizin, Anästhesie, Neurochirurgie, Neuroradiologie, Schmerzmedizin und Nephrologie. Es zählt 276 Betten, davon zehn im Bereich ITS und zwölf im IMC. Es gibt ausschließlich Doppel- und Einbettzimmer, die mit modernem Bad ausgestattet sind. Alle Betten sind mit Bildschirmen zur Fernseh- und Internetnutzung ausgestattet. Fünf Operationssäle stehen zur Verfügung, aus einem ist eine Live-Übertragung während der Operation möglich.

Der Landkreis Lichtenfels, der das Haus für den Klinikverbund REGIOMED baute, stand mit diesem Bauprojekt vor einer enormen Herausforderung, die er mit Bravour meisterte: „Mit den Bauausgaben liegen wir innerhalb des vorgegebenen Budgets“, freut sich Landrat Christian Meißner. Allerdings sei dies auch manchmal eine Gratwanderung zwischen den Wünschen und dem finanziellen Rahmen gewesen. □

Raum.Perspektive.Würzburg

Bürger arbeiten am Flächennutzungsplan mit

Die Stadt Würzburg stellt in den kommenden Jahren ihren Flächennutzungsplan neu auf. Im Zuge dieses Neuaufstellungsverfahrens werden unter breiter Öffentlichkeitsbeteiligung Entwicklungsziele mit dem Titel **Raum.Perspektive.Würzburg** erarbeitet.

Schon bei der öffentlichen Informationsveranstaltung brachten die Würzburger ihre Ideen ein. An der künftigen Stadtentwicklung werden alle Bürger beteiligt. Am Ende des Prozesses steht die räumliche Perspektive, die strategische Entwicklungsziele integriert. Diese dient als Grundlage für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans.

Es wird um die verschiedensten Felder der Flächennutzung gehen: Wo können Flächen für neuen Wohnraum geschaffen werden? Wie gelangt genügend Frischluft in die Stadt? Welche Freiräume müssen freigehalten werden? Wie und wo können Produktionsflächen Raum finden? Wie lassen sich verschiedene Nutzungen kombinieren, um Quartiere und Stadtteile attraktiv und lebendig zu halten?

Der Platz in Würzburg ist begrenzt. Die Stadt braucht also neue Ideen und Ansätze, die als roter Faden für die Stadtentwicklung der nächsten 15 bis 20 Jahre dienen können.

Nach dem Auftakt im Juli wird es im Herbst eine Konzeptionswerkstatt geben und Ende des Jahres ist geplant, mehrere Veranstaltungen auf Stadtebene durchzuführen, so dass die erarbeiteten Handlungsansätze auf der lokalen Ebene geprüft und überarbeitet werden können. Im Frühjahr 2019 soll dann die gemeinsam erarbeitete Raumperspektive öffentlich vorgestellt und diskutiert werden.

Das Projekt **Raum.Perspektive.Würzburg** schafft einen Rahmen für diese Diskussionen und kombiniert das Expertenwissen der Würzburger mit dem frischen Blick von außen: Die Stadt Würzburg hat ein externes Team aus Bürgerbeteiligten und Planern beauftragt, diesen stadtweiten Dialogprozess zu gestalten

Informationen
Alle Veranstaltungen im Rahmen des Projektes **Raum.Perspektive.Würzburg**, wie auch Protokolle und andere Unterlagen finden Sie auf www.raum-perspektive-wuerzburg.de

Dichtheitsprüfung von Freispiegelleitungen und Schächten, Teil 3:

Eigenüberwachung und Gütesicherung

Zum Nachweis der Dichtheit von Abwassersystemen werden unterschiedliche Verfahren mit den Prüfmedien Wasser (Verfahren „W“) und Luft (Verfahren „L“) angewendet. Geprüft werden kann dabei entweder eine gesamte Haltung, ein einzelner Haltungsabschnitt oder auch eine einzelne Rohrverbindung. Bei allen Prüfungen wird zunächst ein zulässiger Prüfmedienverlust definiert und mit den Prüfergebnissen abgeglichen. Ist der gemessene Prüfmedienverlust geringer als der nach Regelwerk zulässige bzw. im Einzelfall zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbarte Wert gilt die Dichtheitsprüfung als bestanden.

Nachdem sich die Teile 1 und 2 der Fachartikel-Reihe zur Dichtheitsprüfung mit den Voraussetzungen bzw. der Prüfung an sich beschäftigt haben, geht es im Teil 3 um die Dichtheitsprüfung einzelner Rohrverbindungen sowie deren Protokollierung.

Allgemeine Bestimmungen

Ist die haltungsweise oder abschnittsweise Prüfung aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen schwierig oder aufwändig kann alternativ das Verfahren der Einzelverbindungsprüfungen, auch Muffenprüfung genannt, angewendet werden. In DIN EN 1610, Abschnitt 13.4 heißt es hierzu: „Falls nicht anders angegeben, kann die Prüfung ein-

zelner Verbindungen anstatt der Prüfung der gesamten Rohrleitung, üblicherweise größer als DN 1000, anerkannt werden. Für die Prüfung von einzelnen Rohrverbindungen ist die Oberfläche für die Prüfung „W“ entsprechend der Oberfläche eines 1 m langen Rohrabchnitts zu wählen, falls nicht anders gefordert. Die Prüfungsanforderungen entsprechen denen nach 13.3.4 (Verfahren „W“) mit einem Prüfdruck von 50 kPa am Rohrscheitel. Die Bedingungen der Prüfung „L“ entsprechen den Grundsätzen in 13.2 (Verfahren „L“) und sind im Einzelfall festzulegen.“

Die hier geforderten, im Einzelfall festzulegenden Bedingungen für die Prüfungen mit dem Prüf-

medium Luft werden in der Praxis leider zu selten vor der Prüfung getroffen. Dabei wäre dies nicht nur sinnvoll sondern auch notwendig, da die Prüfgeräte unterschiedliche Prüfvolumina aufweisen und das Prüfvolumen bei der Einzelverbindungsprüfung erheblichen Einfluss auf das Prüfergebnis hat. Eine Abstimmung der Kriterien vor der Prüfung vermeidet nachträgliche Diskussionen zum Thema. Da DIN EN 1610 keine weiteren Vorgaben und Anforderungen zur Prüfung einzelner Verbindungen enthält, ist es empfehlenswert, diesbezüglich ergänzend die Vorgaben des DWA-Arbeitsblattes 139 vertraglich zu vereinbaren.

Einzelverbindungsprüfung nach DWA-A 139

DWA-A 139 gibt im Abschnitt 13 „Verfahren und Anforderungen für Dichtheitsprüfungen von Freispiegelleitungen“ wichtige allgemeine Hinweise für die Durchführung der Dichtheitsprüfungen. Dabei sind u. a. folgende Festlegungen hinsichtlich der einzusetzenden Geräte be-

schrieben, die auch für die Einzelverbindungsprüfung einzuhalten sind:

- Mindestanforderungen an die Prüfausrüstung
- Kennzeichnung der Absperr-elemente
- Nachweis einer durchgeführten Kalibrierung
- Nachweis der Dichtheit der Prüfeinrichtung
- Vorgaben zur Befülleinrichtung für Verfahren „L“

Darüber hinaus enthält Abschnitt 13.4.1 weitere Angaben, die im Falle einer Prüfung einzelner Rohrverbindungen einzuhalten sind. Dies betrifft unter anderem die exakte Positionierung der Absperr-elemente, die Einsehbarkeit des Prüfraumes sowie die Verwendung von Doppelpack-systemen.

Die Prüfung einzelner Rohrverbindungen stellt höhere Anforderungen an die Dichtheit des Systems als die haltungsweise Dichtheitsprüfung. Um die Anforderungen exakter aufeinander abzustimmen, sollten die Ergebnisse der Einzelverbindungsprüfung im Rahmen einer sogenannten Abweichungsbetrachtung bezogen auf die Haltungsgröße bewertet werden. Hierzu gibt das DWA Arbeitsblatt 139 im Anhang H entsprechende Hinweise.

Eine Einzelverbindungsprüfung ist verglichen mit der haltungsweise Prüfung fehleranfälliger; insbesondere dann, wenn bei der Prüfung mit Luftüberdruck das Prüfvolumen zugunsten einer kurzen Prüfzeit minimiert wird. Daher ist in der Regel die haltungsweise oder abschnittsweise Prüfung – wo technisch möglich – einer Einzelverbindungsprüfung vorzuziehen.

Prüfung, Verfahren „L“

Die Prüfzeit bei der Prüfung mit Luft ist abhängig von der Art des eingesetzten Prüfgerätes. Bei Prüfgeräten, deren Prüfraum über den gesamten Rohrquerschnitt uneingeschränkt ist, können die Prüfzeiten der Tabelle für die haltungsweise Dichtheitsprüfung entnommen oder nach den zugehörigen Gleichungen berechnet werden. Bei Prüfgeräten mit ringförmigen Prüfraum, berechnet sich die Prüfzeit in Abhängigkeit des ringförmigen Prüfraumvolumens (V) und der Wandfläche des Prüfraumes (A).

Während der Prüfung ist der Prüfraum wasserfrei zu halten. Über eine Referenzmessung an einem „optisch dichten“ Rohrstück neben der zu prüfenden Rohrverbindung ist im Vorfeld sicherzustellen, dass die Prüfpaparatur einerseits und die Kontaktfläche zwischen Absperr-element und Rohrwand andererseits dicht ist. Nach Aufbringen des Prüfdruckes ist eine Beruhigungszeit von mindestens 30 Se-



Im Rahmen der Baustellen- und Firmenbesuche bewerten die Prüfingenieure der Gütegemeinschaft Kanalbau die unterschiedlichen Arbeits- und Verfahrensweisen der Gütezeicheninhaber bei der Dichtheitsprüfung von Einzelrohrverbindungen sowie deren Dokumentation.

Bild: Güteschutz Kanalbau

kunden abzuwarten, in der sich die Luft- der Rohrwandungstemperatur angleicht. Die Prüfung sollte folgendermaßen durchgeführt werden:

- Reinigung des Prüfabschnittes und ggf. Absperrungen möglicher Zuflüsse (Wasserfreiheit)
- Testen des Prüfgerätes auf Funktionsfähigkeit
- Durchführung der Referenzmessung
- Positionierung des Prüfgerätes
- Aufbringung des Prüfdruckes und Abwarten der Beruhigungszeit
- Messung des Druckverlustes
- ggf. bei nicht bestandener Prüfung: Abweichungsbetrachtung nach Anhang H.

Prüfung, Verfahren „W“

Für die Prüfung mit Wasser gelten für den Wasserzugabewert, den Prüfdruck und die Ersatzrohrlänge (1,0 m) die Vorgaben der DIN EN 1610 bzw. Abschnitt 13.3 des DWA-A 139 für die haltungsweise Dichtheitsprüfung. Bei Rohren mit DN größer 1000 kann die Prüfzeit in Abstimmung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer von 30 auf 10 Minuten verkürzt werden. Die Wasserzugabemenge beträgt bei Rohren (außer Beton) in diesem Fall dann 0,035 l/m² und bei zementgebundenen oder zementausgekleideten Rohrleitungen 0,05 l/m². Bei kleineren Durchmessern würde eine Verkürzung der Prüfzeiten schnell zu Prüfkriterien führen, die für die Baustellenpraxis ungeeignet sind.

Protokollierung

Nach Abschnitt 13.5 des DWA-A 139 ist für jede einzelne Prüfung einer Rohrverbindung unmittelbar nach Beendigung der Prüfung von dem Aufsicht Führenden ein Prüfprotokoll anzufertigen und dieses durch Unterschrift zu bestätigen. Dies gilt auch im Falle einer nichtbestanden Prüfung. Im Einzelnen muss

das Protokoll Angaben zu den folgenden Punkten enthalten:

- Objektbezogene Daten (u. a. Prüfort, Straßenname, Auftraggeber, Auftragnehmer etc.)
- Bestandsdaten des zu prüfenden Objektes (u. a. Prüfabschnitt, Nennweite, Werkstoff, Kanalart etc.)
- Prüfbezogene Daten (u. a. Angaben über die Prüfvorschrift, Prüfdruck, Datum, Uhrzeit, Prüfzeit etc.)
- Darstellung des Messergebnisses (u. a. grafische Darstellung des Druckverlaufes, Angaben über die gemessene Druckdifferenz bzw. zulässige Wasserzugabe etc.).

Fazit: Undichtheiten in Leitungen und Kanälen können – über die Verunreinigung von Boden und Grundwasser hinaus – auch deren Nutzungsdauer verkürzen bzw. Standsicherheit gefährden. Daher ist deren Dichtheit über eine entsprechende Prüfung mit dem Medium Wasser oder Luft nachzuweisen. Die Dichtheitsprüfung einzelner Rohrverbindungen stellt im Vergleich zur haltungsweise Prüfung andere und in der Regel weitergehende Anforderungen an Qualifikation und Ausstattung eines Unternehmens.

Im Rahmen der Baustellen- und Firmenbesuche bewerten die Prüfingenieure der Gütegemeinschaft Kanalbau die unterschiedlichen Arbeits- und Verfahrensweisen der Gütezeicheninhaber bei der Dichtheitsprüfung von Einzelrohrverbindungen sowie deren Dokumentation. Derzeit führen die beauftragten Prüfingenieure jährlich fast 4.000 unangekündigte Baustellenbesuche im Rahmen der Gütesicherung Kanalbau durch.

Die Gütesicherung RAL-GZ 961 bietet dem Auftraggeber somit Orientierung bei der Bewertung der fachlichen Eignung von ausführenden Unternehmen, auch in Bezug auf die vergleichsweise komplexe Prüfung einzelner Rohrverbindungen. □

Kurz gebaut – lange sicher

Neubau eines Regenwasserkanals in Mosbach mit HS®-Rohren von Funke

Zeit war der wichtigste Faktor und gleichzeitig das knappste Gut auf der Baustelle „Eisenbahnstraße“ im baden-württembergischen Mosbach. Gerade einmal vier Monate waren für den Bau eines Regenwasserkanals, die teilweise Erneuerung der Straßeneinläufe und Hausanschlüsse sowie die Aufbringung einer neuen Asphaltbetondecke veranschlagt worden. Die vielbefahrene Eisenbahnstraße mit ca. 15.000 Fahrzeugen pro Tag in der fast 25.000-Einwohner-Stadt durfte nach dem Willen des Bauherrn, der Stadt Mosbach, nicht für längere Zeit für den Durchgangsverkehr gesperrt werden. Zudem sollte der Anwohnerverkehr – unter den Anliegern befinden sich auch mehrgeschossige Wohngebäude – aufrechterhalten bleiben.

Um zu einem schnellen Baufortschritt beizutragen, entschieden sich die Verantwortlichen für den Einsatz von HS®-Regenwasserrohren im Nennweitenbereich von DN/OD 315 bis DN/OD 630 der Funke Kunststoff GmbH, die mit Hilfe der Funke-Auftriebssicherung auf einer Länge von knapp 100 m von der HLT Baugesellschaft mbH aus Neckargemach verlegt wurden.

Als in den Jahren 2007/2008 das Majolika-Einkaufs- und Dienstleistungszentrum an der Eisenbahnstraße gebaut wurde, hatten die Verantwortlichen in Zusammenarbeit mit der Stadt Mosbach eine Regenwasserbehandlung vorgesehen. Dabei wird das gesammelte Oberflächenwasser aus einer Fläche über 14.000 m² in einer zentralen Regenwasserzisterne gespeichert. Dieses Wasser nutzt ein Gartenmarkt zu Bewässerung der Pflanzen; der Überlauf der Zisterne wurde provisorisch an einen Mischwasserkanal angeschlossen.

Rund zehn Jahre später sollte dies anders werden: Im Rahmen der Baumaßnahme „Eisenbahnstraße“ wurde eine getrennte Regenwasserableitung zum bestehenden Entlastungskanal des Regenüberlaufes RÜ 7 in der Eisenbahnstraße erstellt, der schließlich in den nahegelegenen Fluss Elz mündet. Aufgrund der durch die Bestände vorgegebenen Zwangspunkte und der Tieflage des Mischwasserkanals musste zudem entlang der Trasse des Regenwasserkanals ein separater Schmutzwasserkanal im Gehweg neu verlegt werden. Darüber hinaus wurden die Hausanschlüsse für Wasser und Gas in diesem Bereich tiefer gelegt. Die Schwierigkeit: Im Gehweg befindet sich ein Leerrohrpaket eines Telekommunikationsanbieters, das aufgrund seiner Größe nicht verlegt werden konnte. Was wiederum bedeutete, dass zwischen dem bestehenden Mischwasserkanal und dem Leerrohrpaket ä-

berst wenig Platz war, wodurch die Regelbreite des zwischen 1,60 und 2,00 m tiefen Grabens nicht eingehalten werden konnte. Hinzu kam, dass die Beteiligten aufgrund der herausfordernden Verkehrsverhältnisse vor Ort unter besonderem Zeitdruck standen.

„Geht nicht, gibt's nicht“

Vor diesem Hintergrund fiel die Wahl auf das einfache und schnell zu verlegende HS®-Kanalrohrsystem (16 kN/m² nach ISO 9969). „Bauen im Bestand ist immer eine Herausforderung; daher musste es schnell gehen, damit die Beeinträchtigungen so gering wie möglich gehalten werden können“, erklärt Dipl.-Ing. (FH) Dirk Johann, Bauleiter bei HLT. Die im Vergleich zu anderen Rohrbaustoffen deutlich leichteren PVC-U-Rohre sind für Tiefbauarbeiten entwickelt worden, bei denen es einerseits auf eine hohe Ring- und Längsbiegesteifigkeit ankommt, die andererseits aber auch einfach auf der Baustelle zu handhaben und sicher zu verlegen sind.

Aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Material setzt der Mosbacher Leiter der Tiefbauabteilung Nanke Grifstede seit Jahren auf die Kunststoffrohre und macht auch kein Hehl daraus, dass dies so bleiben soll. Nicht zuletzt auch aufgrund des breiten Sortiments von Funke, das für jede Herausforderung die passende Lösung bietet. „Geht nicht, gibt's nicht“, so Funke-Fachberater Ralph Mayer. Das bestätigt auch Grifstede: „Selbst bei Sonderwünschen können wir uns auf eine schnelle Lieferung an die Baustelle innerhalb von nur wenigen Arbeitstagen verlassen.“

Verfüllt wurde der Leitungsgraben mit selbstverdichtendem Flüssigboden, was angesichts der reduzierten Grabenbreite zahlreiche Vorteile mit sich brachte: „Der Boden musste nicht verdichtet wer-

den, was aufgrund der engen Platzverhältnisse auch kaum möglich gewesen wäre“, erklärt Jan Thomas von der IFK Ingenieure Partnerschaftsgesellschaft mbH aus Mosbach. Der Bautechniker weiter: „Auf diese Weise konnten wir auf den Einsatz von Verdichtungs-maschinen verzichten.“

Ein weiterer entscheidender Vorteil: Der Einsatz des Flüssigbodens spart Zeit. So dauerte der Einbau an der Eisenbahnstraße nur rund vier Stunden. Johann: „Sonst hätten wir drei bis vier Tage gebraucht.“ Beim Einbau des zeitweise fließfähigen Verfüllbaustoffes kam die Funke-Auftriebssicherung zum Einsatz.

Zunächst wurde hierzu die Sohle begradigt und dann die Auftriebssicherung über die gesamte Länge der Haltung mit einem Abstand von jeweils 2 m aufgestellt. Die Sicherung besteht aus einer Bodenplatte und einer senkrecht angebrachten Halbschale, deren Abmessung sich an den Durchmesser der in Mosbach verlegten Rohre anpassen lässt. Nachdem die zur besseren Unterscheidung blau eingefärbten Regenwasserrohre aufgelegt und mit den mitgelieferten Spanngurten fixiert waren, konnte der Flüssigboden zunächst bis zur Unterkante der Rohre verfüllt werden. Nachdem diese erste Schicht nach rund zwei Stunden abgeunden hatte, erfolgte die komplette Verfüllung des Grabens. „Rohrverlegehilfen oder Beschwerungsgewichte, wie sie in anderen Fällen eingesetzt werden müssen, sind hier nicht nötig“, erläutert Mayer.

Eine detaillierte Baustellenplanung, die gute Baustellenkoordination und Abstimmung der Beteiligten untereinander sowie auch der Einsatz Zeit und damit Aufwand sparender Produkte trugen dazu bei, dass die im Juli 2017 begonnene Baumaßnahme an der Eisenbahnstraße in Mosbach nach nur vier Monaten im Oktober erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Monate, die dafür gesorgt haben, dass das Regenwasser nun bis zu 80 Jahre lang sicher über die HS®-Rohre abgeleitet werden kann. Denn so lange ist nach Herstellerangaben die durchschnittliche Nutzungsdauer der HS®-Kunststoffrohre, was von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft-Wasser/LAWA bestätigt wird. □

Eine Investition in bleibende Werte



Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam für Qualität

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

Was der elektronische Wasserzähler wirklich weiß

Die Metapher „Big Brother is watching you“, auch bekannt aus George Orwells Roman „1984“ wird immer wieder im Kontext mit elektronischen Wasserzählern genannt. Doch wofür wird diese neue Technologie in der Wassermessung benötigt und wie steht es um den Datenschutz wirklich?

Wasser ist ein kostbares Gut – daher gehen die Aufgaben eines Wasserversorgers heutzutage weit über die Abrechnung der Gebühren hinaus. An oberster Stelle steht die Gewährleistung einer sicheren Versorgung mit Trinkwasser, dazu ist eine Umstellung auf neue Technologien erforderlich.

Ein elektronischer Wasserzähler unterstützt dabei, Prozesse zu optimieren und Wasserverluste zu analysieren, um zeitliche sowie personelle Ressourcen zu sparen. Diese freien Kapazitäten können für andere Aufgaben, die für eine zukunftsfähige Wasserversorgung erforderlich sind, genutzt wer-

den. Dem Kunden wird bei gleichbleibender Qualität eine sichere Trinkwasserversorgung zu einem fairen Preis garantiert. Der Endverbraucher erhält nicht nur exakte Abrechnungsdaten, sondern auch Information über bisher oft jahrelang unentdeckte Leckagen.

Datenschutz ist das A und O

Seit 25. Mai 2018 ist europaweit die neue DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) in Kraft und damit müssen noch mehr als zuvor Datenschutz sowie –sicherheit von Anfang an in der Zählerlösung integriert sein. Die DSGVO

beinhaltet Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Verkehr dieser Daten. Sie dient der Wahrung der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen und insbesondere deren Recht auf Schutz personenbezogener Daten. Zusätzlich dazu gibt es in den einzelnen Bundesländern in Deutschland spezifische Anforderungen, wie beispielsweise in Bayern die Bayerische Gemeindeverordnung, worin der Einsatz elektronischer Wasserzähler rechtssicher geregelt ist (Artikel 24, Satz 5-7). Somit dürfen die gespeicherten Daten zur periodischen Abrechnung, zur Zwischenabrechnung des Wasserverbrauchs oder anlassbezogen, sofern es zur Betriebssicherheit und Hygiene im Wasserversor-

gungsnetz erforderlich ist, verwendet werden (<http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayGO-24>).

Mehrstufiges Sicherheitskonzept

Der dänische Zählerhersteller Kamstrup hat ein mehrstufiges Sicherheitskonzept entwickelt, das unter anderem aus Datenverschlüsselung, rollenbasierten Zugängen, Aktivitätsprotokollen und einem Notfallplan besteht. Der Haushaltswasserzähler MULTICAL® 21 von Kamstrup entspricht zu 100 % den datenschutzrechtlichen Bestimmungen der EU bis hin zu allen bundeslandspezifischen Datenschutzgesetzen.

Jeder Zähler ist individuell verschlüsselt und kann ausschließlich mit einer speziellen Software des autorisierten Versorgers entschlüsselt werden. Die Sendeeinheit ist unidirektional, daher nicht von außen beeinflussbar und übermittle immerzu dasselbe Funkprotokoll mit folgenden Inhalten: Zählernummer, tagesaktueller Verbrauchsstand, Verbrauchsstand des Vormonats, evtl. Fehlermeldungen (Leckagen, Rohrbrüche, Rückwärtsvolumen, Trockenlauf oder Manipulation), die durchschnittliche Wasser- und Umgebungstemperatur des Vormonats.

Endverbraucher profitieren

Wird mittels eines elektronischen Zählers nur der tagesaktuelle Verbrauchsstand nach jeweils 24 Stunden übertragen, kann auf kein Bade- bzw. Duscherhalten oder sonstige Verbrauchsgewohnheiten geschlossen werden.

Im Vergleich dazu sind deutschlandweit ca. 30 Millionen Wasser-/Wärme- und Kältezähler sowie Heizkostenverteiler mit Funk und Datenlogger in der Wohnungswirtschaft im Einsatz. Diese sind zum größten Teil unverschlüsselt und durch die Energieeffizienzrichtlinie erlaubt.

„Unsere langjährigen Erfahrungen zeigen, dass Endverbraucher durch das Erkennen von Leckagen in Hausinstallationen und Wasserversorger durch Prozessoptimierung vom Einsatz elektronischer Zähler profitieren. Wir nehmen den Datenschutz sehr ernst und haben mit unserem Haushaltswasserzähler eine zukunftsfähige und sichere Lösung“, so Gerald Landrock, Niederlassungsleiter Kamstrup Deutschland.

Zwei Leuchttürme für herausragende Projekte

Augsburg. Innovationen müssen sichtbar gemacht werden und unternehmerischer Mut und visionäres Denken gefördert werden. Deshalb zeichnet der Umweltcluster Bayern Projekte aus, die einen vorbildlichen Beitrag zur Entwicklung der Umwelttechnologie leisten. In diesem Jahr wurden zwei Leuchttürme vergeben: Die Kelheim Fibres GmbH wurde für das Projekt „Biologisch abbaubares feuchtes Toilettenpapier mit der Viskose-Spezialfaser VILOFT®“ ausgezeichnet. Die Schraml GmbH erhielt den Leuchtturm für das Projekt „Kanalnetzbewirtschaftung 4.0 bei der Stadtentwässerung Nürnberg (SUN)“. Die Preisverleihung fand thematisch passend im Augsburger Maximilianmuseum statt, in dem aktuell die Ausstellung „Wasser Kunst Augsburg“ zu sehen ist.

„Es freut mich, dass ich in diesem Jahr im Namen des Umweltclusters zwei Leuchttürme vergeben darf. Beide Projekte leisten einen herausragenden Beitrag zur Entwicklung der Wasserwirtschaft in Bayern und setzen sowohl national, als auch international ein Zeichen“, freut sich Professor Reinhard Büchl, Sprecher des Umweltcluster Bayern.

Toilettengängige Feuchttücher

Das Projekt „Biologisch abbaubares feuchtes Toilettenpapier mit der Viskose-Spezialfaser VILOFT®“ ist auf Grund der zunehmenden Verwendung von Feuchttüchern und deren negativen Auswirkungen auf Abwasserbehandlungsanlagen und Kanalsysteme entstanden. Mit der Entwicklung von Feuchttüchern auf Cellulosebasis ist eine erhebliche Entlastung der Abwasserbehandlung zu erwarten. Tücher mit der VILOFT®-Faser dispergieren schnell und stellen so für die Aggregate im Abwassersystem kein Problem dar. Und da sie zu 100 % aus Cellulose bestehen, hinterlassen sie nach dem natürlichen Zersetzungsprozess keine Reste. Die innovativen VILOFT®-Kurzschnittfasern auf celluloser Basis mit speziellem Querschnitt sind ein zukunftsweisendes Produkt und wurden daher mit dem Leuchtturm 2018 ausgezeichnet.

Bewusstseinsbildung

„Wir beschäftigen uns seit mehr als zehn Jahren mit dem Thema „toilettengängige Feuchttücher“. Inzwischen gibt es gute Lösungen und wir sind stolz, dass wir mit unseren Fasern helfen können, Abwassersysteme und Umwelt zu entlasten. Neben der technischen Lösung ist aber auch die Bewusstseinsbildung bei den Verbrauchern eine der großen Herausforderungen bei diesem Thema – die Auszeichnung als Leuchtturmprojekt leistet dazu einen wertvollen Beitrag und wir freuen uns sehr darüber“, so Matthew North, Commercial Director.

Kanalnetzbewirtschaftung 4.0 bei der SUN

Das Projekt „Kanalnetzbewirtschaftung 4.0 bei der Stadtentwässerung Nürnberg (SUN)“ umfasst eine kanalnetzweite, modulare Abflusssteuerung basierend auf Fernwerkstation übergreifenden Niveau-/Beckenflusswerten und permanenter Überwachung der Ist/Soll-Werte im System. Abwasserbehandlungsanlagen müssen aufgrund der stark schwankenden Zuflüsse (hydraulische Belastung) mit großen Pufferkapazitäten ausgeführt werden.

Durch den Einsatz digitaler Sensorik und Steuerung kann der Zufluss zur Kläranlage geregelt werden und die Bauwerke (Becken) und Aggregate der Kläranlage innerhalb einer engen Bandbreite dimensioniert werden. Abgesehen von einer Optimierung des Betriebs wird dadurch eine erhebliche Reduktion von Investitionskosten erreicht. Das Projekt setzt Zeichen für eine standortspezifische, nachhaltige Lösung durch Digitalisierung im Bereich der Abwasserwirtschaft und wurde dafür mit dem Leuchtturm 2018 prämiert.

Optimierte Prozesse

„Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung als Leuchtturmprojekt 2018. Sie bestätigt, dass unsere Lösungen viel mehr leisten können als die reine Überwachung des Kanalnetzes. Unsere Prozessleit- und Fernwerktechnik ermöglicht die Vernetzung und intelligente Steuerung der Stationen und Komponenten im Nürnberger Kanalnetz. Damit konnten die Prozesse zur Kanalnetzbewirtschaftung deutlich optimiert werden.“

Mensch und Technik

Die Auszeichnung ist aber auch Beweis für das erfolgreiche Zusammenspiel von Technik und Mensch. Denn nur mit der großen Kompetenz und Erfahrung der SUN-Verantwortlichen in Nürnberg

konnte das Projekt so erfolgreich umgesetzt werden. Für die Stadt Nürnberg heißt das: erfreuliche wirtschaftliche Vorteile, Vermeidung von Schäden und Risiken bei Starkregen und vor allem ein messbarer Beitrag zum Gewässerschutz“, erläutert Dr. Stephanie Kauf-Schraml, Mitglied der Geschäftsleitung der Schraml GmbH.

Jährliche Auszeichnung

Die Auszeichnung Leuchtturmprojekt wird jährlich vom Umweltcluster Bayern an besonders herausragende Umwelttechnologie-Projekte mit Signalwirkung verliehen. Bewerbungen können sich Projektträger aus Bayern mit einem konkreten Produkt, einem Verfahren, einer Anlage, einem Konzept oder einer Entwicklung, welche bereits erfolgreich umgesetzt wurden und wirtschaftlich arbeiten. „Wir sind stolz darauf, Vorzeigeprojekte aus Bayern mit unserem Umweltcluster-Leuchtturm auszuzeichnen. Auch für den Leuchtturm 2019 freuen wir uns auf Bewerbungen mit zahlreichen, innovativen Projekten“, erklärte Professor Reinhard Büchl.

Wegen Legionellen-Gefahr:

Klimaanlagen müssen künftig gemeldet werden

Weil von Verdunstungskühlanlagen, Kühltürmen und Nassabscheidern Gesundheitsgefahren ausgehen können, sind diese Anlagen seit 20. Juli 2018 anzeigepflichtig. Das hat der Bundesgesetzgeber mit der 42. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (42. BImSchV) vorgeschrieben, die – mit Ausnahme der Bestimmungen zur Anzeigepflicht – bereits am 19. August 2017 in Kraft getreten ist.

Hintergrund dieser neuen Regelung ist unter anderem ein tödliches Unglück, das sich im Winter 2009/10 in Ulm und Neu-Ulm ereignete. Damals löste ein großes Rückkühlwerk, das auf dem Dach eines Firmengebäudes in der Ulmer Innenstadt betrieben wurde, eine Infektionswelle aus: 64 Menschen erkrankten an Legionellose, fünf starben. Durch die Verdunstung des kontaminierten Wassers gelangten die Legionellen in die Luft und infizierten viele Menschen, die sich im näheren Umkreis aufgehalten hatten.

Auf dieses dramatische Ereignis und ähnliche Vorfälle in anderen Städten hat die Politik reagiert und verfügt, dass entsprechende Anlagen nun gegenüber der zuständigen Behörde anzuzeigen sind. Für den Landkreis Neu-Ulm ist dies das Landratsamt.

Sicherheitstag im Ergomar

Wasserwacht schult Kinder für ungefährdeten Badespaß

Kürzlich haben das Ergomar in Ergolding und die Wasserwacht Landshut 13 Kinder in der Ergoldinger Badewelt fit für das Thema Sicherheit im und am Wasser gemacht. Die Teilnehmer des ERGOMAR-Sicherheitstags im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren legten verschiedene Schwimmabzeichen ab und lernten die Hilfsmittel für Rettungseinsätze der Wasserwacht kennen. Außerdem erfuhren sie von den Profis, welche Verhaltensregeln für Schwimmer gelten.

„Nur wer selbst sicher schwimmt, kann anderen bei einem Notfall im Wasser helfen“, sagte Christian Riedel, Vorsitzender der Wasserwacht Landshut. Darum begann der Tag für die jungen Teilnehmer, die sich im Vorfeld dafür angemeldet hatten, mit der Abnahme verschiedener Schwimmabzeichen – vom Seepferdchen bis zum Silberabzeichen, bei dem man unter anderem 400 Meter schwimmen, zwei Meter tief sowie zehn Meter weit tauchen muss.

Danach zeigten die Experten von der Wasserwacht, wie und mit welcher Ausrüstung sie Menschenleben retten. Riedel demonstrierte unter anderem, wie man den Rettungsring richtig wirft und wieder einholt. Daneben ging es um Rettungsgurt, Wurf sack, Rettungsboje und das Wasserwacht-Fahrzeug mit Tauchausrüstung. Außerdem brachten die Vertreter der Wasserwacht den Jungs und Mädchen in einer The-

oriestunde die wichtigsten Verhaltensregeln bei – dazu gehört zum Beispiel, nicht zu weit alleine zu schwimmen und immer darauf zu achten, was um einen herum gerade passiert. Die Kinder übten auch, einen Notruf abzusetzen und Grundlagen der Ersten Hilfe. „Die Gefahren am und im Wasser werden oft unterschätzt“, sagte ERGOMAR-Verwaltungsleiterin Jutta Pappler. „Darum wollen wir als Badbetreiber Verantwortung übernehmen und die Kinder sensibilisieren, damit sie noch lange ungetriebenen Badespaß genießen können.“

Für die Teilnehmer gab es freien Eintritt, eine Urkunde, eine Brotzeit mit Getränk und zum Abschluss ein Eis. Die Wasserwachtler spendierten die Schwimmabzeichen und bekamen zum Dank für ihren Einsatz ERGOMAR-Gutscheine überreicht – schließlich geht auch ein Retter gerne mal zum Spaß in die Badewelt. □

Bayerischer Biodiversitätspreis 2018:

Stehende Kleingewässer als (H)orte der Artenvielfalt

Zahlreiche Arten finden in Teichen, Tümpeln und Weihern wertvollen Lebensraum. Die Teilnehmer des mit insgesamt 15.000 Euro dotierten diesjährigen Bayerischen Biodiversitätspreises „Naturvielfalt Bayern“ haben mit ihren Projekten ganz wesentlich zum Erhalt der Rückzugsorte für bedrohte Arten beigetragen. Umweltminister Dr. Marcel Huber übergab nun im Schlosspark von Schloss Blutenburg in München die Urkunden an die fünf Preisträger.

Mit dem 1. Preis bzw. Hauptpreis (7.500 Euro) und der Siegerskulptur wurde die Stiftung Kulturlandschaft Günztal ausgezeichnet. Ihr Projekt „Tümpelkampagne“ hat einen hohen naturfachlichen Anspruch und ist auch für gefährdete Arten wie die Gelbbauchunke von großer Bedeutung. Seit Beginn der Kampagne wurden auf 30 Maßnahmeflächen insgesamt 88 Tümpel und Weiher in der Günzau neu gestaltet. Die umfangreiche Informations- und Bildungsarbeit mit Wanderausstellung, Bestimmungshilfen, Exkursionen, Projekttagen und Amphibienkoffer ist ebenso vorbildlich wie die Einbindung zahlreicher Akteure in einem großen Projekt-Netzwerk.

Der zweite Preis (3.500 Euro) ging an den Bund Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Mühldorf am Inn. Sein Projekt „Büffel als Biobagger – Anlage und Erhalt von Kleingewässern ohne Maschineneinsatz im Rahmen landwirtschaftlicher Tierhaltung“ zeichnet sich durch seinen besonderen Ansatz zur Lebensraumerhaltung aus: Im Verband mit Landwirten werden Schutz und Nutzung eng verbunden. Die Qualität der durchgeführten Maßnahmen geht weit über vergleichbare Projekte hinaus und hat Vorbildcharakter. Darüber hinaus dokumentiert der Bund Naturschutz seit Projektbeginn die Auswirkungen der Beweidung auf Flora, Fauna und Lebensräume und liefert damit umfangreiches Datenmaterial zur Evaluierung.

Vier private Teichbesitzer in der Aischgründer Teichlandschaft – die Familien Geier, Hollmann, Schuhmann und Sponsel – errangen den dritten Preis in Höhe von 2.000 Euro. Ihnen gehören sogenannte Himmelsweiher, die nur von Oberflächenwasser der Umgebung und Regenwasser gespeist werden. Als nährstoffarme Teiche sind sie besonders interessant für den Naturschutz. Die Familien engagieren sich seit vielen Jahren mit teils mühevoller Arbeit für den Erhalt dieser Klein-

odien der Biologischen Vielfalt. Mit Ihrem Verständnis und ihrer Bereitschaft zur Extensivierung ist es gelungen, vom Aussterben bedrohte Arten zu erhalten, darunter bundesweit einzigartige Laichkrautbestände, mehrere Wasserseesilber- und Moorlibellenarten sowie die besten Bestände des Moorfrosches in Mittelfranken.

Über einen ebenfalls dritten Preis durfte sich Dr. Ernst Krach mit seinem Projekt „Flächendeckende Gewässeruntersuchungen in den Landkreisen Eichstätt, Ingolstadt, Neuburg a.d. Donau, Pfaffenhofen a.d. Ilm und Weißenburg-Gunzenhausen“ freuen. Dr. Krach, seines Zeichens Botaniker und ein anerkannter Experte für Amphibien, Reptilien und Libellen, hat seit 1980 in vier Landkreisen um Ingolstadt mit großem ehrenamtlichen Engagement in knapp 7.000 Gewässern von der Wildschweinsuhle bis zum Kiesweiher über 13.000 Amphibienlaichpopulationen nachgewiesen. Seine Untersuchungen finden sich in zahlreichen Veröffentlichungen.

Grünes Klassenzimmer

Mit dem Sonderpreis 2018 (1.000 Euro) wurde schließlich das Gymnasium Steigerwald-Landschulheim Wiesentheid mit dem Projekt „Werdsee im Erlbruchwald in Wiesentheid“ bedacht. Der Werdsee ist ein wichtiges Amphibiengewässer, in dem vorwiegend Seefrosch und Erdkröte heimisch sind. Der See und der angrenzende Erlbruchwald dienen dem Gymnasium als Schulbiotop und „grünes Klassenzimmer“. Dort lernen die Schüler Wissenswerte über Gewässerbiologie und erwerben bzw. vertiefen ihre Artenkenntnisse.

Die Schüler entwickeln ein Gespür für die komplexen Zusammenhänge zwischen See und Wald. Herauszuheben ist auch die hervorragende Zusammenarbeit des Gymnasiums mit der BN-Ortsgruppe und der Gemeinde, um das Biotop ökologisch aufzuwerten. **DK**



V. l.: Uwe Fritsch, Leiter des Staatlichen Bauamts Weilheim; Michael Kießling, CSU-Bundestagsabgeordneter; CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, MdB; Vize-Bürgermeister Dr. Klaus Rieskamp; Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer; Bayerns Verkehrsministerin Ilse Aigner sowie Landrat Karl Roth
Bild: Regina Welk

Und er kommt doch – der Tunnel in Starnberg!

Der erste Spatenstich für den Starnberger Tunnel ist geschafft. Nach rund 30 Jahren Diskussionen und Vorplanungen soll der 1,9 km lange Tunnel nun gebaut werden und die Durchfahrung Richtung Weilheim entlasten.

Die Festveranstaltung auf dem Gelände des Landratsamtes, zu der Bayerns Bauministerin Ilse Aigner, ihr Kollege aus dem Bund, Andreas Scheuer sowie dessen Vorgänger Alexander Dobrindt angeeignet waren, wurde nicht nur von Musik und Beifall begleitet; vielmehr waren die Tunnelgegner mit zahllosen Plakaten angerückt, auf denen sie ihre Meinung klar bekundeten. Sie veranstalteten zudem ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Für ihre Anhängerschaft hatten Demonstrations-Veranstalter vorsorglich vorher Ohrenstöpsel verteilt.

Blaskapelle und ...

Bevor der Leiter des Staatlichen Bauamtes Weilheim, Uwe Fritsch, die Konzeption des Großprojektes erläuterte, spielte zur Eröffnung der festlichen Veranstaltung die Stadtkapelle Starnberg.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer zeigte sich erstaunt über die Agitationen der Gegner. Immerhin brachte der

Bergheinfeld:

350 Jahre altes Rathaus generalsaniert

Nach fast dreijähriger Bauzeit ist in Bergheinfeld (Landkreis Schweinfurt) das 1666 erbaute und unter Denkmalschutz stehende generalsanierte Rathaus mit Anbau und neugestaltetem Zehnthof im Rahmen des jährlich stattfindenden Brunnenfestes eingeweiht worden. Es wurde energetisch modernisiert und barrierefrei gestaltet. Die Gemeinde investierte knapp 5,3 Millionen Euro. Nach dem Festakt zur Einweihung lud sie zu einem „Tag der offenen Tür“.

Laut 1. Bürgermeister Ulrich Werner „spiegelt das neugestaltete Rathaus den Charakter unserer Gemeinde wider, in der es keinen Stillstand gibt, sondern eine stetige Weiterentwicklung; auf festen Fundamenten basierend, erweitert mit neuen Strukturen, ohne die zentrale Mitte aufzugeben zu haben“.

Neue Technik ...

Mit neuer Haustechnik, Energieeffizienz und Barrierefreiheit ausgestattet sowie mit modernen, zweckdienlichen Büromöbeln eingerichtet, könnten die Mitarbeiter der Verwaltung die anstehenden aktuellen und zukünftigen beruflichen Anforderungen in den neuen Büro- und Besprechungsräumen gut bewältigen. „Die Bürgerinnen und Bürger werden beim Besuch des Rathauses spüren, dass unse-

Minister aus Berlin 200 Millionen Euro für den Tunnel mit. Er hält diesen Betrag des Bundes für den Tunnel für „gut investiertes Geld in eine Stadt mit einer immensen Verkehrsbelastung. Es ist völlig unverständlich, dafür auch noch ausgepfiffen zu werden“.

... Trillerpfeifen

Auch die anschließenden Reden von Vize-Ministerpräsidentin Ilse Aigner, Landrat Karl Roth und Zweitem Bürgermeister Klaus Rieskamp wurden von lautstarkem Dauer-Pfeifkonzert der Gegner und gleichzeitigem lautem Klatschen der Befürworter begleitet.

Lediglich Eva John, Erste Bürgermeisterin der Stadt Starnberg, durfte als Tunnelgegnerin ohne Radau-Übertönung sprechen. Sie interpretierte den lautstarken Auftritt ihrer politischen Freunde als Artikulation ihrer Angst und warb dafür, ihnen trotz aller Gegensätze mit Anstand und Respekt zu begegnen. Im Starnberger Stadtrat hatten die Tunnelbefürworter

... im alten Vogteigebäude

Das alte Vogteigebäude von 1677 wurde im Laufe der letzten Jahrhunderte immer wieder renoviert, liebevoll gepflegt und umgebaut; seine Funktion als Rathaus für alle Bürger hat es bis heute behalten. Auch bei dieser jüngsten Renovierung haben alle Beteiligten gemeinsam versucht, möglichst viel aus der Geschichte in die Neuzeit herüber zu retten. Ein Beispiel sind die Stuckdecken, die mit hohem Aufwand und viel handwerklichem Können erhalten wurden. Die Denkmaleigenschaft des Hauses und seines Ensembles

jedoch eine deutliche Mehrheit.

Landrat Roth: Gräben zuschütten!

Landrat Roth hingegen fand versöhnliche Worte: „Es wäre schön, wenn die Bezeichnungen „Tunnelgegner“ und „Tunnelbefürworter“ bald der Vergangenheit angehören würden. Möge der Aushub ausreichen, die Gräben in der Starnberger Bevölkerung zuzuschütten!“

Unter den Ehrengästen befanden sich auch der frühere Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, der in seiner Amtszeit den Tunnel begleitet hatte, der CSU-Bundestagsabgeordnete Michael Kießling und die Landtagsabgeordnete Dr. Ute Eilling-Hütig, zahlreiche Stadträte u. v. a.

Alle Gäste hatten Gelegenheit, sich die genauen Pläne für den Tunnel sowie die Reihenfolge der Baumaßnahmen anzusehen. Auch ein Modell des „Tunnelbohrers“ konnte bestaunt werden. Einen Informationscontainer gibt es in Kürze ebenfalls. Nach dem Festakt waren die Gäste in weißen Zelten zu einem Imbiss geladen – anfangs ebenfalls noch unter lautstarkem Pfeifkonzert. **Regina Welk**

zu wahren, wurde im ersten Gespräch mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege zur Maxime erklärt. Diesen Charakter sollte auch der Erweiterungsbau nicht schmälern. Aufgabe des Anbaus war es, neben einer gemeinsamen Treppe mit Aufzug, neue Ämter sowie einen großen, abtrennbaren Versammlungsraum aufzunehmen. Zudem sollten die Haustechnik und das Archiv hier untergebracht werden, da im Altbau keine Räumlichkeiten vorhanden waren.

Im historischen Rathaus war die vornehmliche Aufgabe, die vorhandene Bausubstanz zu wahren. Reparaturen und Ergänzungen wurden mit Materialien (Lehm, Vollziegel, Kalk, Holz) und Arbeitstechniken hergestellt, wie es der Bestand vorgab. Dabei mussten die zeitgemäßen Anforderungen wie Barrierefreiheit, Haustechnik, Arbeitsstättenrichtlinie, EnEV, etc. mit denen des Denkmals synchronisiert werden. Ein Anspruch, der auch für versierte Haustechniker eine Herausforderung darstellte.

Das neue Rathaus in Bergheinfeld gibt sich zudem vorbildlich nachhaltig. An sonnigen Tagen kann es sich bis zu 70 % selbst mit Strom versorgen. Der Einbau einer Pelletheizung war der richtige Schritt in Richtung Verminderung der CO₂-Emis-

Odenwald-Allianzkommunen ziehen positive Bilanz

Strategieseminar zum Prozess der ländlichen Entwicklung und Daseinsvorsorge der Städte Amorbach und Miltenberg, der Marktgemeinden Kirchzell, Schneeberg und Weilbach sowie der Gemeinden Laudendach und Rüdenu

Veränderte Bevölkerungsstrukturen, knappe Finanzen und wachsende Anforderungen: Wie können Kommunen ihren Bürgern auch zukünftig modernen Service und ortsnahe Leistungen in bezahlbarer Weise bieten? Interkommunale Zusammenarbeit ist hier ein Lösungsansatz, den bereits viele Kommunen verfolgen. Arbeiten mehrere Gemeinden zusammen, so können sie vorhandene Kompetenzen und Einrichtungen gemeinsam kostensparend nutzen und zugleich das Selbstverwaltungsrecht stärken.

Dessen waren und sind sich auch die Kommunen des Bayerischen Odenwaldes bewusst und gründeten am 26.09.2013 mit der Unterzeichnung einer Arbeitsgemeinschaft die „Odenwald-Allianz“. Nach der offiziellen Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft folgten zahlreiche Workshops unterschiedlicher Fachrichtungen, Arbeitskreis- und Lenkungsgruppensitzungen. Als interkommunaler Leitfadener wurde ein umfangreiches Integriertes Ländli-

„Schule der Dorf- und Flurwicklung“ in Klosterlangheim, bilanzierten und evaluierten ihre Arbeit und justierten ihre Handlungsfelder, an denen sie in den nächsten Jahren für die Region arbeiten möchten, neu.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die Teilnehmer waren sich bewusst, dass interkommunale Zusammenarbeit für eine moder-

dass man die Weichen im „Bayerischen Odenwald“ für die Region richtig gestellt, vieles auf den Weg und auch teils schon verwirklicht hat. Bei allen Beteiligten war ein verstärkter Trend zur Suche nach weiteren sinnvollen Kooperationsmöglichkeiten in den verschiedensten Bereichen festzustellen.

Prioritätenliste

Unter fachkundiger Anleitung von Manfred Stardler vom Amt für Ländliche Entwicklung in Unterfranken und dem Architekten Bernd Müller wurde folgende Prioritätenliste erarbeitet:

- Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im gesamten Allianzgebiet hat oberste



Teilnehmer des Strategieseminars aus den beteiligten Kommunen der Odenwald-Allianz.

ches Entwicklungskonzept (ILEK) in Kombination mit einem Daseinsvorsorgekonzept (DV) und einer Konzeption zum Flächenmanagement (FM) erstellt.

Kümmerer-Stelle

Für die Umsetzung und vielseitigen Aufgaben war eine „Kümmerer-Stelle“ notwendig, die mit der Einrichtung eines Allianzmanagements besetzt wurde. Am Ende des Prozesses trafen sich im Juli 2015 die Verantwortlichen der beteiligten Kommunen zu einem Abschluss- bzw. Umsetzungseminar, um Resümee zu ziehen und priorisierten die Handlungsfelder.

Strategieseminar

In den vergangenen Jahren wurde nun intensiv an den verschiedenen Handlungsfeldern gearbeitet. Anfang Juni 2018 trafen sich die Verantwortlichen der beteiligten Kommunen zu einem Strategieseminar in der

sion. Dem erklärten Klimaziel kommt Bergheinfeld damit einen großen Schritt näher. Die moderne Pelletheizung hat man zentral im Schulgebäude untergebracht, ebenfalls die Warmwasserversorgung durch dezentrale Warmwassererzeuger.

Auch im Altbau wurden viele gute Ideen dazu verwendet, die Transmissionsverluste merklich zu verringern. Neue Fenster, innenliegende Dämmung der Außenwände und der Bodenplatte, sowie die Dachdeckendämmung haben die Mindestanforderung der EnEV im modernisierten Altbau weit unterboten.

Im Neubau hat man die Außenwände mit Mineralfaserdämmstoffen gedämmt. Die Fenster wurden 3-fach verglast und mit Sonnenschutzglas ausgerüstet. Die moderne Photovoltaikanlage auf dem Dach ist für den Eigenstromverbrauch ausgerüstet und die schicke Textilfassade sorgt für eine Reduzierung der Kühllast im Sommer. □

ne Verwaltung selbstverständlich ist und auch weiter ausgebaut werden muss.

Zufriedenstellend blickte man zurück und zog eine sehr positive Bilanz, wenn auch nicht alle vorgenommenen Handlungsfelder des ILEK umgesetzt werden konnten. Schwerpunktthema der zurückliegenden Jahre war die Bearbeitung der medizinischen Versorgung im gesamten Allianzgebiet. Man einigte sich auf zentrale Standorte für ambulante ärztliche Versorgung, die Gesundheitszentren Odenwald-Allianz („GO“). Es handelt sich i.d.R. um die Verlagerung und Zusammenlegung von ärztlichen und therapeutischen Bestandspraxen, damit verbunden um neue Kooperationsformen (Praxisgemeinschaft, Gemeinschaftspraxen, Filialpraxen und MVZ sowie Mischformen). Die Vernetzung durch digitale Technologien (Telemedizin und digitale Akten) ist konstitutives Element des Gesamtprojekts von „Campus GO“. Die Teilnehmer des Seminars waren sich einig,

Priorität. (Pilotprojekt „Campus GO – smarte Gesundheitsregion Bayerischer Odenwald“).

- Es ist wichtig, dass die unbefriedigende verkehrliche Situation zwischen den beiden Metropolen Rhein-Main und Rhein-Neckar im Verkehrsverbund verbessert wird.
- Mit Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung (ALE) Unterfranken und der Regierung von Unterfranken SG 34 (Städtebauförderung) Erarbeitung eines gemeindeübergreifenden innovativen Konzepts zur Stärkung der Altortbereiche (Innenentwicklung, Flächenmanagement, Förderfibel).
- Eine intensivere interkommunale Kooperation im kommunalen Pflichtaufgabenbereich ist uns sehr wichtig.
- Verstärkte regionale Vermarktung „Echt Odenwälder“.
- Stärkung der Tourismusregion „Bayerischer Odenwald“.
- Gemeinsame Gestaltung der regionalen „Energiewende“ (Regenerative Energie).

(Fortsetzung auf Seite 14)

Identitätsstiftende Videoclips:

Hier kannst Du ECHT sein

Neue Imagekampagne des Landkreises Cham

Mit einer Filmpremiere im Hollywood-Stil hat sich der Landkreis Cham wieder einmal in Szene gesetzt. Drei kurze Videoclips zu den Themen „Heimkommen“ (Wohnen und Leben), „Vorankommen“ (Arbeit und Bildung) und „Zusammenkommen“ (Kultur und Freizeit) zeigen den Landkreis Cham von zwei Seiten: Erfolgreich und innovativ, aber auch humorvoll-selbstironisch und sogar provozierend.

„Zusammen gibt das einen menschlichen und sympathischen Auftritt des Landkreises Cham als Region zum Leben und Arbeiten, als Region, wo man ECHT sein kann“, meint Landrat Franz Löffler, der auf zahlreiche Fans und Unterstützer der Imagekampagne hofft. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig: Teilen in den sozialen Medien, Verteilen von Postkarten bei Veranstaltungen oder Einbinden der Clips auf den Internetseiten von Unternehmen oder Institutionen und anderes mehr.

Auf der Internetseite www.hier-kannst-du-echt-sein.de und der Facebookseite <https://de-de.facebook.com/LandkreisCham> können die Videoclips angesehen, heruntergeladen und verbreitet werden. □



Stv. Landrat Tim Weidner und Gastgeberin Barbara Frey (1. und 2. v.l.) inmitten der Expertenrunde. Die neue VdK Präsidentin Verena Bentele steht links neben dem Laptop. Bild: Regina Welk

„Bayern barrierefrei 2023:

Inklusion – wo stehen wir heute?

Eine Podiumsdiskussion zum Thema „Inklusion – wo stehen wir heute?“ veranstalteten die Arbeitsgemeinschaft für Behindertenfragen (ARGE) Inklusionsbeirat für den Landkreis Starnberg und der VdK Kreisverband Starnberg im Landratsamt Starnberg. Trotz des herrlichen Sommerwetters war der große Sitzungssaal fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Das lag zum einen am interessanten Thema aber sicher andererseits auch am hochrangig besetzten Podium und der neuen VdK-Präsidentin, Verena Bentele.

Nach den Grußworten des Stellvertretenden Landrats Tim Weidner diskutierten zusammen mit Moderatorin Sylvia Böhm-Haimerl auf dem Podium Nicole Bannert (Bay. Lehrer und Lehrerinnenverband Starnberg), Elisabeth Hirschnagel-Pöllmann (Staatliches Schulamt Landkreis Starnberg), Maximilian Mayer (Behindertenbeauftragter des Landkreises Starnberg), Christian Münzel (Lebenshilfe Starnberg gGmbH), Gudrun Preß (Integrationsfachdienst ifD Starnberg), Petra Veronika Seidl (Arbeitsgemeinschaft für Behindertenfragen – ARGE – Inklusionsbeirat für den Landkreis Starnberg), Michael Vossen (Verband Wohnen im Kreis Starnberg).

Achtsamkeit beim Bauen

Verena Bentele betonte in ihrem Referat, dass das „Thema Inklusion alle angeht und für alle nützlich ist, nicht nur für die Behinderten“. „Menschenrechte werden missachtet“, warnte die Referentin, wenn weiter so

wenig achtsam gebaut werde, wie bisher. Zudem sei es ohne großen Mehraufwand möglich, zahlreiche Gebäude barrierefrei zu gestalten. Deshalb müssten Politik und Gesetzgeber die Rahmenbedingungen für Inklusion schaffen.

Barrierefreiheit bis 2023

Die Referentin verwies auf Horst Seehofer, der vorgegeben hatte, dass bis zum Jahr 2023 überall Barrierefreiheit hergestellt sein soll.

Einheitlichkeit herrschte in der Auffassung, dass im Landkreis Starnberg schon vielerorts Barrierefreiheit verwirklicht sei. Der Bahnhof See besitze zwar weder Rolltreppe noch Fahrstuhl, doch hierfür sei die Bahn zuständig. Im Wohnungsbau würden schon viele Wohnanlagen barrierefrei gebaut und auch Mehrgenerationenhäuser werden in Angriff genommen.

Theater, Kinos, Praxen müssen barrierefrei erreichbar sein. Vor allem im Bildungsbereich sei das Thema Barrierefreiheit

wichtig und vielschichtig. Auch „leichte Sprache“, die jeder versteht wurde als Form der Inklusion definiert.

Gewünscht wird eine Welt, in der alle Menschen ihren Platz haben und willkommen sind und nicht wegen eines Handicaps ausgegliedert werden.

Viele Wünsche wurden während der Veranstaltung geäußert – auch aus dem Publikum. Verena Bentele rief dazu auf, Forderungen zu stellen anstatt nur Wünsche zu formulieren.

Trotz vieler aktueller Probleme, nicht nur finanzieller Art, sei man doch schon auf einem guten Weg, so Barbara Frey, die abschließend eine zusammen mit der ARGE verfasste Resolution vorstellte, in der die Lebensbereiche Wohnen, Arbeit, (frühkindliche) Förderung, Information und Kommunikation in Bezug auf Barrierefreiheit definiert sind.

https://webcache.googleusercontent.com/search?q=cache:_gnJBctVe0IJ:https://www.vdk.de/ov-tutzing/downloadmime/108391/Resolution%2B12.07.2018_2.pdf+&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de&client=firefox-b

Regina Welk

Aktion Mensch: Gemeinsam verschieden sein

„Inklusion“ will die gesellschaftlichen Strukturen so weit verändern, dass alle Menschen – behindert oder nicht – am gemeinsamen Leben teilhaben können. Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch ganz natürlich dazu gehört. Egal wie er aussieht, welche Sprache er spricht oder ob er eine Behinderung hat. Jede/r kann mitmachen.

Integration: Integriert ist, wer an den gesellschaftlichen Prozessen teilhat und sich einfügt in soziale Strukturen.

Odenwald-Allianzabkommen ...

(Fortsetzung von Seite 13)

• Öffentlichkeitsarbeit ist uns dabei sehr wichtig.

In der Bemühung der Sicherstellung der medizinischen Versorgung ist es wichtig, auch einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller in den Gesundheitsberufen Beschäftigten, die Minderung von deren Arbeitsbelastung, Steigerung von Effizienz und Sicherung der Qualität durch systematische und digital unterstützte Kooperation auch mit Pflegediensten und -heimen zu setzen.

Ergänzend zu den GKV-Leistungen sollen Leistungen aus dem Bereich der Prävention, der Sportmedizin und der Arbeitsmedizin (die betriebsärztliche Versorgung der öffentlichen Verwaltungen und der KMU der Region) angeboten werden, was die Attraktivität der entsprechenden Praxen fördert. Erfreulicherweise konnte die Odenwald-Allianz mit ihrem Konzept auf Landes- und Bundesebene Netzwerke gründen und interessierte neue Mediziner für die Region gewinnen. Die medizinische Versorgung wird auch eines der wichtigsten Themen sein, mit

welchem sich die Odenwald-Allianz auch in den nächsten Jahren beschäftigen wird.

Energiekonzept

Unabhängig davon, dass es sich im Rahmen der Energieerzeugung sehr problematisch gestaltet, auch im Odenwald Energie durch Wind zu erzeugen, möchte die Odenwald-Allianz dennoch mit einem zu erstellenden Energiekonzept in Kooperation mit den Unternehmen ihre Möglichkeiten und Chancen untersuchen und nutzen. Neben der Energieeinsparung ist auch die Energieerzeugung der zweite wichtige Bereich in der notwendigen Energieerzeugung.

Die Region „Bayrischer Odenwald“ ist ein bedeutender Produktionsstandort mit einem sehr hohen Energieverbrauch. Bayern wird wieder zum Importland für Strom, was aufgrund der diskutierten Netzgebühren (2 Preiszonen für Deutschland) zu deutlich höheren Preisen besonders für Industrie und Gewerbe führen kann. Durch die zukünftige Sektorenkopplung von Mobilität, Wärme und Strom ist es für jeden Betrieb

und jeden Haushalt wichtig, bei Investitionen im Energiesektor nicht nur sein eignes Gelände und Grundstück zu betrachten, sondern sich auch in der Region zu vernetzen.

Eigenes Regionalprofil

Der Bayerische Odenwald kann mit seiner Natur- und Kulturraumgeschichte sowie der Lage am Main ein eigenes, ergänzendes Regionalprofil sowie eine eigene Regionalmarke „Echt Odenwälder“ in die vorhandenen Tourismusorganisationen Odenwald und Geo-Naturpark Odenwald einbringen. Durch die Gründung der Touristischen Arbeitsgemeinschaft „Bayerischer Odenwald“ und die Kooperation mit anderen Destinationen wurden die Weichen richtig gestellt. Spannende Urlaubsangebote, herausragende regionale Gastronomie, hochwertige regionale Produkte, über die Grenzen des Odenwalds hinaus bekannte Festivals, hochinnovative Unternehmen und unzählige Sport- und Freizeitmöglichkeiten paaren sich mit Lebensfreude und gesunder Luft im Odenwald. Ein idealer Erholungs- und Lebensraum mit direkter Anbindung an die Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar.

Ortskerne beleben

Ein weiteres Ziel wird es sein, darauf zu achten, die Ortskerne als Wohn- und Arbeitsraum attraktiv zu halten und den Leerstandstendenzen interkommunal abgestimmt entgegenzuwirken. Dazu sollen verstärkt Bauinteressenten, Sanierungs-

Landkreis München:

...und wenn das Heim auf einmal zusperrt?

Leiter von Pflegeeinrichtungen und Landratsamt beschäftigen sich mit Problemen in der stationären Altenpflege

Pflegemängel, personelle Unterversorgung, lange Wartelisten – Woche für Woche kann man in der Presse in allen Teilen Deutschlands von schlecht versorgten oder vernachlässigten alten Menschen und anderen Missständen in Senioren- und Pflegeeinrichtungen lesen. Das ist schlimm. Doch immer noch wird wenig über die Hintergründe gesprochen, warum solche Dinge passieren und was sich dringend ändern muss, um eine professionelle und menschenwürdige Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen zu jeder Zeit sicherzustellen.

Im Landkreis München ist die Situation vergleichsweise gut. Doch vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Bevölkerung sehen sich die Heime vor Probleme gestellt, die nur mit einer umfassenden Reform des Pflegewesens zu lösen sind.

Der Markt ist leergefegt

Schwarze Schafe gibt es überall. Am Pflegenotstand sind aber nicht diejenigen schuld, die Tag für Tag auf den Wohnbereichen von Senioren- und Pflegeeinrichtungen Dienst tun und oft selbst „auf dem Zahnfleisch“ daherkommen. Der Markt an Pflegekräften ist leergefegt, und manche gesetzliche Bestimmung, die es einzuhalten gilt, trägt zu der verfahrenen Situation bei.

„Pflair“, eine Initiative von Leitern stationärer Pflegeeinrichtungen im südöstlichen Landkreis München, die sich seit langem für mehr Fairness in der professionellen Altenpflege einsetzt, und das Landratsamt München „schlagen gemeinsam Alarm“, um auf die Situation aufmerksam zu machen und an den Stellen Gehör zu finden, die zu einer Verbesserung der Situation beitragen können. In der vergangenen Woche haben sie Vertreter aus Politik und Praxis zu einem Dialogforum eingeladen, um konkrete Probleme zu identifizieren und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

willige und Erwerber von Immobilien unterstützt werden, um der Abwanderung aus den Kernorten zu begegnen und deren Verdünnung zu verhindern.

Das Erfolgsmodell der interkommunalen Zusammenarbeit ist aber längst noch nicht ausgeschöpft. Im Mittelpunkt der aktuellen Entwicklung steht in der Praxis eine verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen bei den internen Servicebereichen im kommunalen Pflichtaufgabenbereich. Ziel ist neben dem bereits errichteten gemeinsamen Ständesamt „Bayerischer Odenwald“ auch andere Verwaltungsbereiche zu analysieren und wo immer es möglich ist, sollen Kooperationen angestrebt werden.

Nutzung von Synergieeffekten

Die Nutzung von Synergieeffekten ohne die eigene Identität zu verlieren, ist Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung und verantwortungsbewussten Umgangs mit personellen und finanziellen Ressourcen. Es gibt viele gute Gründe, gemeinsam und partnerschaftlich die vorhandenen Aufgaben zu erfüllen und den erwünschten oder erforderlichen Standard zu halten oder zu erhöhen. Die Kommunen der Odenwald-Allianz stärken sich gegenseitig, ohne die eigenen Charakteristika, Selbstständigkeits- und Entscheidungsmöglichkeiten abzugeben. Zukunft ist, was man d’raus macht!

Die Odenwald-Allianz ist sich dessen bewusst und gestaltet Zukunft gemeinsam für die Region.

Peter Schmitt, Allianzsprecher

An drei Thementischen diskutierten im Oberhachinger Altenheim St. Rita u. a. Einrichtungs- und Pflegedienstleiter, Kreis- und Gemeindevertreter und Mitglieder sozialer Organisationen. Auch der Mediziner und Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Andrew Ullmann ist eigens nach Oberhaching gekommen, um sich ein Bild von den Herausforderungen an der Basis zu machen. Dabei ging es um Fragen des Berufsbildes, des Personals sowie zu den sozialen und politischen Rahmenbedingungen.

Der Pflegeberuf hat ein schlechtes Image

Personalmangel und die Qualität der Arbeitskräfte, das sind die größten und wohl bekanntesten Probleme. Wo aber liegen die Ursachen? Kleine Gehälter und teurer Wohnraum auf der einen Seite, unregelmäßige Arbeitszeiten und – vor allem auch wegen des chronischen Personalmangels – Berge von Überstunden und keine verlässlichen Dienstpläne auf der anderen. Oft fehlt es aber auch an Wertschätzung – sowohl durch den Arbeitgeber als auch durch die Kontrollbehörden. Ausländische Fachkräfte sind heute ein unverzichtbarer Bestandteil der Pflegeteams, bis jedoch Arbeitserlaubnis, Anerkennung der Ausbildung etc. vorliegen, die nötigen Sprachkenntnisse vorhanden sind und ein Mitarbeiter endlich eingesetzt werden kann, vergehen oft Monate.

„Früher sind die Leute vom Fließband in den Pflegeberuf gewechselt, weil sie etwas Sinnvolles tun und sich für ihre Mitmenschen engagieren wollten. Heute überlegen viele Pflegekräfte angesichts der Arbeitsbedingungen, ihren Arbeitsplatz in der Pflegeeinrichtung mit dem Fließband zu tauschen.“ [Teilnehmerstimme]

Das Image speziell des Altenpflegeberufes ist immer noch extrem schlecht, so die einhellige Meinung. Viel zu wenige junge Menschen entscheiden sich für eine Ausbildung. Darüber hinaus wurde Quer- und Spätereinstieg ein Riegel vorgeschoben. Eine berufsbegleitende Ausbildung ist heute nicht mehr möglich. Und drei Jahre Vollzeitausbildung kann sich jemand, der mitten im Leben steht und für sich selbst und vielleicht noch eine Familie sorgen muss, nicht leisten.

„Wieviel Regelung muss, wieviel Kreativität darf sein?“

Auch die Sinnhaftigkeit der Fachkraftquote wurde in Frage gestellt. Denn an vielen Stellen wären gut ausgebildete Hilfskräfte viel sinnvoller eingesetzt, als eine Pflegefachkraft, die dann im Zweifel drei Stunden ihrer täglichen Arbeitszeit „Butterbrote schmieren“ muss. Gleichzeitig lässt der geltende Personalschlüssel kaum individuelle Betreuung zu. An ein Vieraugenprinzip bei schwierigen Fällen ist unter diesen Bedingungen nicht zu denken. Dabei könnten gerade damit viele Pflegemängel vermieden werden. Viele Einrichtungen müs-

sen angesichts der Personalsituation immer wieder einen Aufnahmestopp verhängen. Dies wiederum macht einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung nahezu unmöglich, so dass im schlimmsten Fall die Schließung droht. Damit aber wäre weder den Bewohnern noch den Angehörigen und Pflegekräften geholfen.

Die rund 30 Teilnehmer diskutierten mehr als zwei Stunden intensiv miteinander und gaben der Initiative viele Impulse. Jetzt werden die Ergebnisse aus den Workshops ausgewertet und zusammengefasst. Gemeinsam mit Landrat Christoph Göbel wird dann überlegt, an welchen Stellen man die Themen platziert, um Änderungen anzustoßen.

„Ich begrüße die Initiative sehr“, so Landrat Christoph Göbel. „Auch wenn die Situation in den Heimen unseres Landkreises noch lang nicht so bedenklich ist wie anderenorts, steuern wir sehenden Auges auf einen dramatischen Pflegenotstand schon in naher Zukunft zu. Der Landkreis versucht, seine Möglichkeiten auszuschöpfen und arbeitet intensiv an der Fortschreibung und Umsetzung seines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts. Doch ist er nicht in der Lage, die eigentlichen Wurzeln des Pflegenotstands zu bekämpfen. Ich werde mich jedoch dafür stark machen, dass unsere Initiative dort Gehör findet, wo die Weichen gestellt werden.“ □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Neue Brauerei-Genossenschaften in Ismaning und Schleißheim:

Engpässe, weil das Leergut ausging

Im Zentrum von Ismaning liegt ein Duft von Steckerlfisch und Bratwurst in der Luft. Schon aus der Ferne ist Blasmusik zu hören. Zahlreiche Menschen strömen zusammen, viele tragen Tracht. Ihr Ziel ist an diesem früh sommerlichen Christi-Himmelfahrtstag der Hainplatz. Dort präsentiert die Brauereigenossenschaft Ismaning zum ersten Mal ihr neues Weißbier.

Beim Ausschank bildet sich eine lange Schlange. 9.000 Liter haben die Genossen in der Schloßbrauerei Au-Hallertau brauen lassen. „Wenn es so weitergeht, hoffe ich, dass es noch bis nächste Woche reicht“, sagt

Thema sofort gefunden: Ein eigenes Bier in Schleißheim brauen, das wär's doch“, erinnert sich Sandra Kunstwadl. Rund elf Monate später ist aus der Idee Realität geworden: Im April 2018 haben 23 Bürger die Brauereige-



Voller Enthusiasmus: Die 23 Gründungsmitglieder der Remonte-Bräu Schleißheim um Vorständin Sandra Kunstwadl (4. v. re.).

Bild: Peter Buck/Remonte-Bräu Schleißheim

Vorstand Günter Glasner bereits eine Stunde nach Veranstaltungsbeginn. „Süffig“, „wohlbekömmlich“ und „verdammt gut“, sind nur einige der positiven Attribute, die die Besucher dem neuen Weißbier zuschreiben. Man merkt: Viele Ismaninger sind stolz darauf, dass ihnen die Brauerei gehört.

Die Brauereigenossenschaft Ismaning existiert seit rund einem Jahr. Ihre Feuerprobe bestand sie Ende Juni 2017, als sie ihr Helles bei der Gründungsveranstaltung präsentierte. Glasner erinnert sich gut an die Anfangstage: „Wir waren aufgeregt, ob sich genug Menschen für das Projekt interessieren.“ Er und die anderen Mitglieder der ersten Stunde hatten gehofft, bis zum Ende des vergangenen Jahres 20.000 Liter Bier zu verkaufen. Es wurden 50.000 Liter – und es hätten noch mehr sein können: „Wir hatten Lieferengpässe, weil uns das Leergut ausging“, sagt der Vorstandsvorsitzende Christian Dobmaier.

650 neue Genossen

Mittlerweile hat die Brauereigenossenschaft investiert. Nun verfügt sie über 4.700 Bierträger für Halbliter-Flaschen sowie 3.000 für 0,33-Liter-Flaschen. Dazu kooperiert sie mit einem lokalen Getränkehändler. Das Interesse an Ismaninger Bier zeigt sich aber nicht nur am Absatz, sondern auch am Zulauf der Mitglieder: 650 Genossen halten mittlerweile rund 1.250 Anteile à 250 Euro, das am weitesten entfernt lebende Mitglied wohnt in Australien.

Je mehr Bier die Ismaninger trinken, desto näher kommt die Genossenschaft ihrem Fernziel. „Irgendwann einmal wollen wir eine eigene Brauerei besitzen“, sagt Dobmaier. Bis dahin ist es, Stand heute, aber noch ein weiter Weg. Denn eine passende Immobilie und die Ausrüstung würden mehrere 100.000 Euro kosten.

Anknüpfen an Jahrhunderte alte Brautradition

Auch die Idee zu einer Brauerei kann aus einer Bierlaune entstehen. So zum Beispiel bei der Sonnwendfeier Ende 2017 in Lustheim, einem Ortsteil von Oberschleißheim. Beim Fest gingen die Getränke aus. Doch einer der Gäste half mit selbstgebrautem Bier aus. „Da war das

nossenschaft „Remonte-Bräu Schleißheim“ gegründet.

Die Genossen knüpfen an eine jahrhundertalte Brautradition an. In Oberschleißheim wurde über 300 Jahre – von 1598 bis 1912 – ein eigenes Bier hergestellt. Die Produktion fand im zum Schlossgehörigen Wilhelms Hof statt. Selbst als das königlich-bayerische Kriegsministerium das Gut im Jahr 1840 erwarb, wurde die Braukunst fortgeführt. Da das Militär in der Schlossanlage Pferde aufzog und trainierte – der französische Fachausschuss hierfür lautete Remonte – hieß der Betrieb fortan „Königliche Remonte-Depot-Brauerei Schleißheim“. Der Name „Remonte-Bräu“ greift die Geschichte bewusst auf.

Bürgerprojekt von Schleißheimern für Schleißheimer

Bis zur Gründung mussten die Initiatoren einige Hürden überspringen. „Wir sind eine bunte Gruppe mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen. Deswegen haben wir zunächst Werte gesucht, mit denen sich jeder identifizieren kann“, sagt Vorständin Kunstwadl. Aus den Diskussionen entstanden die Prinzipien Geselligkeit, Tradition, Qualität und Genuss, für die alle Mitglieder einstehen wollen.

Die Entscheidung für die Rechtsform Genossenschaft fiel, weil sie mit den selbst gesteckten Werten perfekt vereinbar ist. „Wir wollen ein Bier von Schleißheimern für Schleißheimer machen, ein Bürgerprojekt eben. Und da passt die Genossenschaft einfach am besten“, sagt Kunstwadl. Hinzu kamen die positiven Erfahrungen der anderen jüngst gegründeten Brauereigenossenschaften. Beispielsweise tauschten sich die Schleißheimer Gründer mit den Ismaninger Vorständen aus. „Dort herrscht eine enorme Euphorie, die uns angesteckt hat“, sagt Kunstwadl. Die Begeisterung hat sich nun auch auf Schleißheim übertragen: Binnen einer Woche nach der Gründung haben zahlreiche Menschen nachgefragt, wie sie das Projekt unterstützen können.

Für die Bierproduktion greift die Remonte-Bräu ebenfalls auf genossenschaftliche Erfahrung zurück. Da sie noch keine eigene Braustätte besitzt, lässt sie das Bier bei der Privat-Brauerei Gut Forsting eG östlich von

München produzieren. Das Rezept ist angelehnt an das historische Vorbild: Früher wurde in Schleißheim das sogenannte Braunbier hergestellt, ein unfiltriertes Kellerbier. Mit der Produktion soll es im Sommer losgehen. Derzeit kümmern sich die Mitstreiter der Remonte-Bräu darum, Flaschen, Gläser, Kästen und Kronkorken anzuschaffen.

Bis Ende des Jahres wollen die 23 Gründer rund 100 Mitglieder gewinnen. Mit 11.000 Einwohnern in Oberschleißheim und 29.000 Einwohnern in Unterschleißheim klingt das machbar. Weit in der Ferne liegt dafür ein anderer Wunsch: Die Genossen träumen davon, irgendwann einmal das Bier wieder in Schleißheim zu brauen – am besten natürlich in der historischen Schlossbrauerei. „Wir sind total davon überzeugt, dass unser Projekt zu einem Erfolg wird“, sagt Kunstwadl.

Rechtsform Genossenschaft

Bier brauen in der Rechtsform Genossenschaft: Seit 2016 hat sich in jedem Jahr eine neue Brauereigenossenschaft gegründet. Den Anfang machte die Brauereigenossenschaft Oberhaching. Sie hat mittlerweile 500 Mitglieder und setzte 2017 rund 60.000 Flaschen Bier ab. Die 2017 eingetragene Brauereigenossenschaft Ismaning hat mittlerweile 650 Mitglieder. Und die in diesem Jahr an den Start gegangene Remonte-Bräu Schleißheim bereitet aktuell ihren ersten Ausschank vor. Die Entwicklung ist damit übrigens nicht zu Ende: Auch in Nürnberg und Regensburg wollen sich engagierte Bürger in einer Genossenschaft zusammenschließen, um gemeinsam Bier zu produzieren. Die Gründungsprozesse laufen und werden vom Genossenschaftsverband Bayern (GVB) begleitet. **C. Spöckner**



V. r.: Landrat Franz Meyer, die Leitung der Fa. Kusser bestehend aus Josef Kusser sen. und den beiden Söhnen Josef und Georg, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, die Bezirksräte Cornelia Wasser-Sommer und Josef Heisl sowie der Bürgermeister von Aicha v. Wald, Georg Hatzesberger. Bild: Bezirk Niederbayern, Manuela Lang

Bayerwald-Granit im öffentlichen Raum:

Politik in der Pflicht

Landrat und Bezirkstagspräsident fordern ökologische Komponenten in Ausschreibungen zu stärken

Aicha vorm Wald. Die heimische Wirtschaft stärken, das wollen alle Politiker. Doch am Beispiel von Granit aus dem Bayerischen Wald zeigt sich, dass es von Seiten des Staates noch konkrete Handlungsoptionen gäbe, die bisher zu wenig berücksichtigt werden. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich besichtigte gemeinsam mit dem Passauer Landrat Franz Meyer sowie den beiden Bezirksräten Cornelia Wasner-Sommer und Josef Heisl die Firma Kusser Granitwerke an ihrem Hauptsitz in Aicha vorm Wald.

Im Laufe von fast 100 Jahren hat man sich von einem kleinen Granitabbaubetrieb zum 120-Mitarbeiter-starken, international agierenden Unternehmen entwickelt, das längst viel mehr anbietet als Steine und Schotter für den Straßenbau. Bei „Schwimmenden Kugeln“ ist man Weltmarktführer, Brunnen aus dem Hause Kusser werden in aller Welt aufgestellt, Granitbrücken aus einem Stück werden bis in die USA exportiert

und nun kommt eine innovative Klimaanlage in Form einer Wasser-Stein-Wand neu ins Sortiment – die ersten Planungen im arabischen Raum laufen.

Doch wie sieht es mit Aufträgen in der Heimat aus? „Welche Erfahrungen machen Sie bei öffentlichen Ausschreibungen?“, wollte der Bezirkstagspräsident von den Geschäftsführern Georg und Josef Kusser, die das Familienunternehmen nun in die nächste Generation führen, wis-

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„36 Grad und es wird noch heißer...“ Mein Chef, der Bürgermeister, trällerte einen Song von 2raumwohnung vor sich hin, dessen Refrain wie für den Sommer 2018 geschrieben erscheint.

Auch eine andere Textzeile des melancholisch-groovigen Lieds passt auf die Situation heuer wie die Eiskugel in die Waffel: „36 Grad – kein Ventilator“. Respektive Ventilatoren haben wir schon, die helfen nur nix bei der Hitze. Ewig wird nur die warme Luft umgewälzt, aber der kühlende Effekt will sich nicht einstellen. Und so kann ich jedenfalls nicht unterschreiben, was 2raumwohnung weiter textet: „Das Leben kommt mir gar nicht hart vor“.

Doch definitiv: Dieser Sommer im Büro ist hart. Auch wenn mein Sommerkleid nur knapp vor der Grenze zur Bademode Halt macht, Kra-

Wie wär's mit hitzefrei!

watten bei den Männern nur ferne Erinnerung an kältere Tage sind und der erste schweißige Socken in den Schuhen gesehen wurde – unsere Büros sind nicht für die Hitze gemacht.

Damit meine ich im Übrigen nicht nur, dass in den wenigsten Büros der öffentlichen Verwaltung Klimaanlage eingebaut sind. Vor allem haben wir nicht den richtigen Rhythmus für Büroarbeit bei heißen Temperaturen. So wäre es etwa vernünftig, früher anzufangen und dafür auch früher aufzuhören. Stattdessen wird erwartet, dass die einzelnen Arbeitsplätze immer gleich lange erreichbar sind – winters wie sommers. Wir haben auch nicht den Schneid, den Spaniern zu folgen und eine längere Ruhepause am Mittag einzulegen. Stattdessen nur eine halbe Stunde, schön den Magen in der Kantine vollgeschlagen und weiter geht's. Kein Wunder, dass wir noch fertiger und noch kaputter nach Hause kommen, als schon zu normalen Zeiten.

Meiner Meinung nach müssen sich die Personalstellen mit Arbeitsmedizinern kurzschließen, um eine Strategie im Umgang mit steigenden Temperaturen, längeren Wärmeperioden und ausgesprochenen Hitzewellen zu

entwickeln. Denn ob es sich um den berüchtigten menschengemachten Klimawandel handelt oder ob sich die Erde nur wieder den Klimaverhältnissen früherer Zeiten annähert: Es wird einfach immer heißer.

Dieses Jahr hat es die ganze nördliche Halbkugel erwischt, samt Waldbränden am schwedischen Polarkreis und tauen des Permafrostes in Sibirien. In anderen Bereichen werden schon weit-

sichtig Konsequenzen gezogen. So wird die Europäische Union wohl eine Flotte von Lösflugzeugen zur großflächigen Brandbekämpfung anschaffen, da kein Land in Europa mehr vor riesigen Waldbränden sicher ist, auch Deutschland nicht, das bisher nur mit ein paar wackligen Hubschraubern mit überdimensionalen Wassereimern aufwarten kann.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass es mehr Jahre mit extremer Dürre geben wird, aber auch mehr Jahre mit ungewöhnlich viel Niederschlag. Wir werden Jahre mit Wasserknappheit sehen und denjenigen nachträglich auf die Schulter klopfen, die uns frühzeitig das Wassersparen beigebracht haben. Wir werden Weißwein aus Schlesien trinken und uns an dem kräftigen Roten laben, der künftig in Franken und der Pfalz wachsen wird.

Mein Chef, der Bürgermeister, schaut mich etwas amüsiert, aber auch nachdenklich an. Kann man bloß wegen einer Hitzewelle in einem Jahr solche Prognosen abgeben? Hatten wir nicht auch 1994 und 1995, 2003 und 2006 tolle Sommer? Aber vor 1983 wurden noch nie über 40 Grad an einem Ort in Deutschland gemessen und seither gehen die Durchschnittstemperaturen nach oben. Ob es sich nicht doch lohnt, nach Anpassungsstrategien zu suchen? Der Chef ordnet jedenfalls an, dass jeder, der will, das Rathaus ab 14 Uhr räumen darf, um das Büro mit dem Badensee zu tauschen. Denn er kennt und schätzt die Sentenz von Ingeborg Bachmann: „Nichts Schöneres unter der Sonne, als unter der Sonne zu sein“.

Ihre Sabina

sen. „Wenn der Kunde das wirklich will, haben wir bisher noch keine Ausschreibung verloren“, so Georg Kusser, der darauf hinweist, dass es diverse Möglichkeiten gäbe – etwa sich vorab aus optischen Gründen auf das Material festzulegen, so dass die Ausschreibung nur mehr die restlichen Leistungen beinhaltet.

Ökobilanz mehr gewichten

Landrat Franz Meyer wiederholte in diesem Zusammenhang seine Forderung an die Staatsregierung, dass die Ökobilanz stärker in den Richtlinien für öffentliche Ausschreibungen zum Ausdruck kommen müsse. „So kann der Bayerwald-Granit nämlich mithalten.“ Denn häufig komme es vor, dass sich Kommunen aus Kostengründen für den günstigeren Granit aus China entscheiden würden, teils auch gegenwärtigen Maßnahmen, wenn dieser im günstigsten Angebot enthalten ist. Ganz abgesehen von erheblichen Qualitätsunterschieden müsse aber der Politik das Verwenden regionaler Baustoffe und damit die Stärkung regionaler Kreisläufe am Herzen liegen – zumal Granit auch ein ökologischer Baustoff ist. Er weist eine überaus günstige CO2 Bilanz aus.

Dr. Olaf Heinrich brachte noch einen weiteren Gesichtspunkt in die Diskussion mit ein, als er von den Steinbrücken erfuhre, die die Kusserwerke seit rund zehn Jahren bauen. Sie sind vom Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt) bauaufsichtlich zugelassen. Dank ihrer Bauweise sind sie gegen Eindringen von Streusalz oder sauren Regen gesichert und damit wesentlich

langlebiger als Brücken aus anderen Materialien. „Wenn man berücksichtigt, welche hohen Kosten die regelmäßigen Sanierungen verursachen, ist solch eine Granitbrücke eine interessante Option“, so Heinrich.

„Wir spannen den Granit mit spezieller Technik vor, sodass er extrem widerstandsfähig wird. Spannweiten von sieben Metern können mit einer nur 15 Zentimeter starken Granitplatte realisiert werden. Selbst bei größeren Spannweiten sind die Brücken mehr als doppelt so schlank wie Brücken konventioneller Bauweise“, erklärte Georg Kusser, der zudem betonte: „Granit ist der einzige Baustoff, der ohne zusätzlichen Korrosionsschutz auskommt.“ Bis zu 20 Meter lang kann eine Granitbrücke am Stück sein; ist die Distanz größer, wie beispielsweise in Neuhaus am Inn, werden mehrere Teile aneinandergesetzt.

„Der Schritt in die Nische“ ist das Erfolgsgeheimnis der Kusser Werke, die eines der letzten Granitunternehmen in der vormals vom Granitabbau geprägten Region sind. Die „Schwimmenden Kugeln“, die sich fast magisch nur auf einem dünnen Wasserfilm drehen, verkaufte Kusser in alle Welt, während daheim der Markt für Pflastersteine einbrach. Dank ihrer eigenen Steinbrüche und der daraus folgenden Rohstoffunabhängigkeit steht die Firma gut da. Doch angesichts der Tatsache, dass sie 95 Prozent ihrer Aufträge von der öffentlichen Hand bekommt, sollte sich auch die heimische Politik in der Verantwortung sehen, waren sich Landrat, Bezirkstagspräsident und Bezirksräte einig. **- ml -**

Euregio Inntal-Generalversammlung in Kufstein:

Grenzenlos fruchtbare Zusammenarbeit

Seit nunmehr 20 Jahren setzt sich die Euregio Inntal für die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Tirol und Bayern ein. Als Verein mit über 80 Mitgliedern aus dem Tiroler Unterland, dem Landkreis Rosenheim, der kreisfreien Stadt Rosenheim und dem Landkreis Traunstein dient die Organisation als Plattform und Drehscheibe für grenzüberschreitende Belange und interregionale Zusammenarbeit. Über den aktuellen Stand der Euregio Inntal-Aktivitäten informierten sich kürzlich zahlreiche Mitglieder in der Wirtschaftskammer Kufstein.

Von 15 laufenden Interreg-Projekten sowie zahlreichen Informations- und Vernetzungsveranstaltungen berichtete Geschäftsführerin Mag. Esther Jennings. Euregio Inntal-Präsident Walter J. Mayr hob seinerseits hervor, wie wichtig der regionale Zusammenhalt im Euregio Inntal Raum gerade auch bei schwierigen Themen ist, denn gemeinsam kann man mehr bewegen.

Langer Atem vonnöten

Laut Euregio-Vizepräsident Hubert Wildgruber, Bürgermeister der Gemeinde Oberaudorf, bemüht sich die Euregio Inntal seit Jahren um den Ausbau des grenzüberschreitenden ÖPNV. Obwohl sich die Grenzgemeinden und Tourismusverbände in der Grenzregion über die Wichtigkeit dieses Unterfangens einig sind, bedarf es wegen ge-

setzlicher Vorschriften und Ausschreibungsvorgaben eines langen Atems. Im Jahr 2017 gelang es, mit der Partnerschaft der Gemeinden Oberaudorf, Aschau, Bernau und dem TVB Kufsteinerland einen Anfang zu machen.

Almführerprojekt

Mit Hilfe der Tiroler Landesregierung, dem Landtagsamt Rosenheim, der Rosenheimer Verkehrsgemeinschaft und dem Verkehrsverbund konnte die Buslinie „Grenzenloser Ausflugsbus Inntal – Chiemsee“ gestartet werden. Dieser fährt während der Sommermonate von Oberaudorf über das Priental bis zum Chiemsee. Das Projekt wurde von den Gästen bereits sehr gut angenommen. Und auch einige Einheimische nahmen diese Möglichkeit in Anspruch.

Auch das Almführerprojekt wertete Wildgruber als einen

Höhepunkt des Jahres 2017. In diesem Projekt haben der Tourismusverband Chiemsee-Alpenland, die Alpenregion Tegernsee Schliersee KU sowie der Tourismusverband Kufsteinerland mit Hilfe der Landwirtschaftskammer Tirol ein Konzept zur Weiterbildung für Berg- und Wanderführer erarbeitet. Dieses grenzüberschreitende Vorhaben mit dem Projekttitel „Sensibilisierung und Networking für den bayerischen – Tiroler Alpenraum in Bezug auf die Almwirtschaft“ diente dazu, Bergwanderer und Naturführer mit einer Kurzfortbildung Wissen über die Almwirtschaft im Bayerisch-Tiroler Grenzraum zu vermitteln. Diese somit neu ausgebildeten Almführer können dadurch Gästen und Einheimischen die Bedeutung der Almbewirtschaftung fundiert erklären.

Resolution

Mehrheitlich beschlossen wurde im Zuge der Generalversammlung eine ausgearbeitete Resolution zur grenzüberschreitenden Verkehrsproblematik entlang des Inntals in Tirol und Bayern. Darin werden die jeweils territorial zuständigen Staaten einschließlich der Europäischen Union angesichts des Überschreitens der Verkehrsbelastungsgrenze der im Raum der „Euregio-Inntal“ lebenden Bevölkerung dringend aufgefordert, Verkehrsstrategien und konkrete Maßnahmen umzusetzen, die umgehend zu einer Reduktion des Transitverkehrs und zu einer Entlastung des untergeordneten Straßennetzes führen.

Ein konkreter, verbindlicher Verlagerungsplan von der Straße auf die Schiene müsse bereits jetzt bis zur Fertigstellung der neuen Bahntrasse samt Brenner Basistunnel in Kraft treten, „wobei bei einer gesamthaften Betrachtung keine Verschlechterung des Status quo eintreten darf“, heißt es. Die Realisierung des Brenner Basistunnels und die damit zusammenhängenden Zulaufstrecken müssten in allen Folgeentscheidungen berücksichtigt werden und ein ausgewogenes Güterbeförderungsverhältnis (Modal Split) Bahn – Straße von 50:50 bis zum Jahr 2027 und 70:30 im Jahr 2035 zum Ziel haben.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedürfe es eines klaren, uneingeschränkten und zeitlich mit der Inbetriebnahme des Brenner Basistunnels abgestimmten Realisierungsplanes der nördlichen Zulaufstrecke samt funktionierender Logistikkette, sprich Erhaltung und Ausbau von Verlaufs- und Abzweigstellen. Dies bedeute auch eine parallele Ausrichtung des einschlägigen Rechtsrahmens.

Lärmbelastung reduzieren

Mit Blick auf den notwendigen Ausbau der Schieneninfrastruktur zur Erreichung des angestrebten Modal-Splits und zur Realisierung des Herzstücks des Bahnkorridors zwischen München und Verona sei neben der zeitlichen Koordination mit der Inbetriebnahme des Brenner-Basistunnels dringend zu beachten, dass die bereits übermäßige Lärmbelastung der in der Region lebenden Bevölkerung reduziert wird, was eine so weit wie möglich unterirdische Trassenführung der nördlichen Zulaufstrecke im Bereich zwischen Radfeld-Kundl (Tirol) und München (Bayern) des Güterverkehrs per Bahn bedingt.

Erforderlich sei, ein einheit-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Dokumentation des Bayerischen EnergieForums der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

liches und länderübergreifendes Überwachungssystem einzurichten, das in transparenter Weise die Verkehrsentwicklung und deren Auswirkungen in besagter Region beobachtet und darstellt. Zudem müssten die Mautgebühren für den internationalen LKW-Transit zwischen München und Verona im Verhältnis zu anderen alpenquerenden Transitstrecken in ihrem Ausmaß mindestens gleich hoch sein, um den „unnötigen“ Umwegtransit zu vermeiden.

Grenzkontrollen und Maut

Mittel- und kurzfristige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Leichtigkeit, Flüssigkeit und Sicherheit des Straßenverkehrs sowie der Versorgungssicherheit der Bevölkerung werden ausdrücklich bis zu einer spürbaren Verbesserung der aktuellen Verkehrssituation im Inntalkorridor unterstützt. Im Zusammenhang mit der Überwachung des transitierenden Schwerverkehrs wird die Beibehaltung der Kontrolldichte angestrebt, wobei hier der Verlagerung des Schwerverkehrs auf das nachgeordnete Straßennetz (Umgehungsverkehr) entgegenzuwirken sei.

Grenzkontrollen an den Staatsgrenzen können laut Resolution lediglich kurzfristige, ereignisbezogene Maßnahmen darstellen. Dauerhaft stationäre Grenzkontrollen widersprechen dem Geist der gemeinsamen europäischen Region und führten zu einer massiven Beeinträchtigung der Bewohner. Sie seien nur als Übergangsmaßnahme bis zu ei-

nem wirksamen Schutz der europäischen Außengrenze tolerabel. Im primären Straßennetz (Autobahn) entstünden beinahe täglich Rückstaus, die an manchen Tagen durch das Ausweichen auf das sekundäre Straßennetz (Bundes- und Landesstraßen) zu einem kompletten Zusammenbruch des öffentlichen Lebens führten und die Belastung für die Menschen unerträglich machten.

Seit vielen Jahren sei bekannt, dass die Bemannung der Autobahnstrecke zwischen dem Grenzübergang und der Autobahnabfahrt Kufstein Süd dazu führt, dass der Tagesausflugsverkehr und der Urlaubsverkehr in die Kaiserregion nahezu ausschließlich über das sekundäre Straßennetz erfolgt. Dies habe regelmäßig den Zusammenbruch des Verkehrsflusses in den betroffenen Gemeinden zur Folge, was zu diesen Zeiten jegliche Versorgung der dortigen Bevölkerung erliegen lasse. Deshalb wird dringend gefordert, nach bereits vielfach erfolgten Ankündigungen und dem klaren Bekenntnis der österreichischen Bundesregierung endlich den Autobahnabschnitt von der bayerisch-österreichischen Grenze bis zur Autobahnabfahrt Kufstein-Süd aus der Bemannung durch die ASFINAG auszunehmen.

Alle finanziell relevanten Faktoren, die für eine Anziehung des Güterschwerverkehrs am Brennerkorridor verantwortlich sind, müssten evaluiert und harmonisiert werden, um den Umwegtransit zu bekämpfen, heißt es abschließend. **DK**

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 13. September 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Kommunaler Umweltschutz · Umwelt- und Abfalltechnik
- Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.apsederrpfosten.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

AVA-Software



Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Hydraulik Anbaukomponenten



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetenlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER

Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung



LEDiKIT® Streetlight

Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.



Weitere Informationen:

T 0861 90992040 www.laternix.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für **Wittich Licht**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!



11. Bayerisches EnergieForum in München

Power für Bayerns Kommunen

Zum 11. Mal veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung ihr EnergieForum unter dem Motto „Power für Bayerns Kommunen“. Knapp 250 Kommunalvertreter informierten sich in der historischen Gaszählerwerkstatt auf dem Gelände der SWM – Stadtwerke München GmbH einmal mehr über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Praxis-Beispiele.

22 Aussteller, 38 Partner sowie 22 Referenten wohnten der bewährten Austauschplattform zu den Themen Energieeffizienz, Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Bürgerbeteiligung bei. Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

„In der kommunalen Energiepolitik sind immer noch viele Fragen offen; die Energiewende ist längst nicht geschafft. Den Kommunen kommt hier eine tragende und deshalb höchst verantwortungsvolle Rolle zu“, stellte Verlegerin Theresa von Hassel in ihrer Begrüßung fest. Einerseits hätten sie mit all ihren Immobilien und Mobilien selbst einen hohen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken müssen, andererseits gestalteten sie die Rahmenbedingungen für ihre Mitbürger. „Auch hier gelten die Prämissen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kostenkontrolle“, so von Hassel. Bei kommunalen Energiethemen lassen sich nach ihren Worten drei große Themenfelder ausmachen: Technische Lösungsansätze, rechtliche Rahmenbedingungen und die ganz konkrete Frage, wie dies alles bezahlt werden soll.

Mit Spannung erwartet von Hassel die weitere Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und damit zusammenhängend auch die Entwicklung der Antriebstechnologien für unsere Fortbewegungsmittel. Ihrer Ansicht nach wird der Diesel-Motor wohl schlechter geredet und geschrieben als er objektiv ist.

Ob sich letztlich Elektrofahrzeuge durchsetzen, bleibe abzuwarten. „Tatsache ist, dass der Betrieb mit Gas zu einer drastischen Schadstoffreduzierung führen würde und diese Technologie völlig ausgereift zur Verfügung steht“, betonte die Verlegerin.

Hausherr Dr. Florian Bieberbach, Geschäftsführer der Stadtwerke München GmbH, wartete mit einigen Anmerkungen zur Tagungsstätte auf. Die historische Gaszählerwerkstatt steht unter Denkmalschutz. 1906 wurde das architektonisch interessante Gebäude errichtet und diente 60 Jahre lang den Münchner Stadtwerken als Montagehalle. Heute wird es für vielfältige Veranstaltungen genutzt. Das Gelände steht laut Bieberbach symbolisch für die Änderung der kommunalen Energieversorgung bzw. der kommunalen Daseinsvorsorge in den vergangenen 100 Jahren. Der Campus ist inzwischen ein von neuen Technologien dominierter Standort. Dort ist die in den vergangenen 20 Jahren aufgebaute Telekommunikations-tochter der Stadtwerke ebenso zu finden, wie ein Technologiezentrum mit Start-ups, Ladesäulen für Elektroautos sowie Photovoltaikanlagen. Demnächst ist auch wieder ein autonomer Shuttlebus im Einsatz. ■

DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck sowie die Vorträge stehen mit Links zu den Ausstellern zum Download bereit.

www.bayerisches-energieforum.de



Franz Josef Pschierer, MdL
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie

Staatsminister Franz Josef Pschierer / STMWI

Gemeinsam die Energiewende in Bayern schaffen

Die Energiewende bleibt eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre. Die Ziele sind erreichbar, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen. So wie es die Initiatoren und Teilnehmer des Bayerischen Energieforums gerade erst wieder vorgelebt haben. Das Forum, das bereits zum 11. Mal stattfand, ist eine hervorragende Plattform für Kommunen, Unternehmen und Bürger, um sich auszutauschen, voneinander zu lernen und sich über neue Trends zu informieren. Dabei erstreckten sich die Themen von digitalen Innovationen über Praxisbeispiele aus Wirtschaft und Staat bis hin zur Nachhaltigkeit von Investitionen.

Insgesamt ist der Freistaat bei der Energiewende weiterhin auf Erfolgskurs: Wir liegen bei der Stromerzeugung mit einem Anteil von 45 % an erneuerbaren Energien rund ein Drittel über dem deutschen Wert. Bayern ist seit langem bei der Photovoltaik und bei der Geothermie führend und steht auch bei der Bioenergie stets mit an der Spitze der Bundesländer. Den größten Beitrag zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien liefern in Bayern aber die Wasserkraftwerke. Mit unserem Wasserkraftstrom können rechnerisch rund 3,5 Millionen Haushalte versorgt werden.

Im bayerischen Energieprogramm haben wir uns das Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien weiter zu erhöhen. Die Staatsregierung hat dazu wichtige Initiativen ergriffen: Bayern hat mit der Freiflächen-Verordnung als erstes Bundesland die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich Photovoltaik-Projekte auch auf Acker- und Grünlandflächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten an den EEG-Ausschreibungen beteiligen können. Auf diese Weise können wir den Zubau in Bayern auf hohem Niveau aufrechterhalten. In den ersten drei Ausschreibungsrunden nach dem Inkrafttreten der Verordnung hat Bayern 56 von deutschlandweit 104 Zuschlägen erhalten.

Erfolgreiches 10.000-Häuser-Programm

Im Bereich Biogas hat Bayern auf aktuelle Entwicklungen reagiert: Biogasanlagenbetreiber, die Gülle einsetzen, können wirtschaftlich durch Sperrungen aufgrund der afrikanischen Schweinepest betroffen sein. Die Staatsregierung hat sich hierbei erfolgreich für notwendige Gesetzesänderungen im Bundesrat eingesetzt.

Deutlich vorankommen wollen wir aber nicht nur beim Strom, sondern auch im Wärmesektor. Einen großen Beitrag leistet hierfür das sehr erfolgreiche 10.000-Häuser-Programm. Es unterstützt die Bürger in Bayern beim Neubau und der Sanierung ihrer Häuser mit Zuschüssen, wenn ambitionierte energiewirtschaftliche Lösungen umgesetzt werden. Zudem treibt der Freistaat auch die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung voran. Dieser Punkt steht nach unserem beharrlichen Drängen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung.

Trotz der bisherigen Erfolge liegt der größte Teil des Weges noch vor uns. Neben dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren gilt es zudem, die anderen Ziele der Energiewende nicht aus den Augen zu verlieren: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Akzeptanz. Alleine kann der Staat alle diese Ziele nicht erreichen. Wir brauchen weiterhin das Engagement von Kommunen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Ich werbe dafür, die gute Zusammenarbeit fortzuführen.

Die Bayerische Staatsregierung ist fest entschlossen, unser Land bei der Energieversorgung für die Zukunft optimal aufzustellen. Veranstaltungen wie das Bayerische Energieforum tragen dazu bei. Mein Dank gilt der Bayerischen Gemeindezeitung für die gelungene Durchführung des Forums auch in diesem Jahr. ■

Franz Josef Pschierer, MdL
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie



Detlef Fischer bei seinem Erlebnisbericht zur sauberen Zukunftsmobilität

Detlef Fischer / VBEW e.V.

Elektromobilität – Motorspaß ohne Motorraum

Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW e. V., ist schon von Berufs wegen ein energiegeladener Vertreter der Energie- und Wasserwirtschaft: Dachte sich's und beschloss, energetischen Sachverstand, ökologische Überzeugung und klimapolitische Bekenntnisse unter einen Hut zu bringen. Zunächst wurde der Dienstwagen der Geschäftsstelle auf E-Mobility umgestellt. Seit kurzem wird bei Familie Fischer auch privat die Mobilität elektrisch gelebt.

In einem kurzweiligen, aber auch sehr nachdenklich stimmenden (Erlebens)bericht zeichnete Fischer Fluch und Segen unserer sauberen Zukunftsmobilität aus der Steckdose auf, der trotz aller noch bestehenden Hindernisse die Zukunft gehören sollte.

Strom tanken – eine Herausforderung

Ein Selbsttest an der Autobahnrastanlage Fürholzen-West zeigt: Erdgas tanken ist kinderleicht – Strom tanken kann zur schier unlösbaren Herausforderung werden, obwohl auf der Klimakonferenz 2015 in Paris, deren Klimaabkommen Deutschland im September 2016 beigetreten ist, beschlossen wurde, dass die Menschheit ab 2051, also in gut drei Jahrzehnten, quasi klimaneutral leben will.

Wie das gelingen soll, ist als Goodwill auf vielen Seiten ökologisch hergestellten Papiers niedergeschrieben und bedeutet theoretisch, dass den erneuerbaren Energien eine maßgebliche Rolle zur Energieversorgung zugeordnet ist. Dabei gilt nochmal in Erinnerung zu rufen, dass Gas in welcher Form auch immer kein regenerativer Energieträger ist.

Die wirklich wahre Wahrheit blieb Fischer nicht schuldig: Die klimapolitischen Ziele Deutschlands sind trotz pausenlosen Schönredens und Schönrechnens nicht ansatzweise zu erreichen. Und besonders eklatant sieht es im Verkehrssektor aus, denn dort geht es schlicht in die falsche Richtung. Und trotz „akrobatischer“ Ausreden bleibt unterm Strich die Feststellung, dass die deutsche Gesellschaft mit ihrem Mobilitätsverhalten und der Art und Weise, wie sie Produkte und Dienstleistungen konsumiert, immer mehr

Verkehr und Energieverbrauch produziert und damit eben immer mehr CO₂. Den rechnet man sich einfach schön neutral, weil man die mehrfach umzutauschenden, im Ausland produzierten Konsumgüter mal kurz bei Amazon bestellt, das die Sachen aus China einfliegen lässt.

Will man also tatsächlich den Klimawandel bremsen und die Energiewende befeuern, führt kein Weg an der Verkehrswende vorbei. Nur leider führt diese zwangsläufig zu einem Muss im persönlichen Mobilitätsverhalten, womit es schon ans Eingemachte geht. Eine Mobilitätswende ist viel schwieriger als die Stromerzeugungswende umzusetzen. Sie verlangt von den Menschen Verhaltensveränderung. Das aber geht nach den bisherigen Erfahrungen gar nicht. Wer wählt schon Politiker, die einem sagen, dass man aufs Auto am besten verzichten soll und wenn unvermeidbar nur ein bestimmtes Auto fahren soll. Das Elektroauto wird daher freiwillig erst dann begehrt sein, wenn es in allen zentralen Eigenschaften besser ist, als das derzeitige automobiler Angebot.

Bedürfnis und Bereitschaft – Spaß ohne Verzicht

Anhand der Maslowschen Bedürfnispyramide erklärte Fischer die Diskrepanz zwischen dem, was wir wollen und dem, was wir bereit sind, dafür tatsächlich zu tun. Daher kann eine nachhaltige Energiewende nur gelingen, wenn die dafür zur Verfügung stehenden Produkte signifikant positive Eigenschaften haben, die Spaß machen und nicht Verzicht bedeuten. Da unsere Bedürfnisse wie auch der Aktionsradius ständig wachsen, wächst auch unser Energiebedarf. →

Warum diesen also nicht elektrisch befriedigen – zumindest beim privaten Kraftfahrzeug?

Ein Schelm, der Böses dabei denkt, wenn automobiler Arbeitnehmervertreter alarmiert feststellen, dass ein Elektromotor nicht einmal 2 % des Materials eines Verbrennungsmotors benötigt. Und die Zeit für die Montage schrumpft auf ein Zehntel. Das hat natürlich absehbare Folgen für den Arbeitsmarkt.

Also fährt man die Mobilitätswende seitens der Autoindustrie und unter Mitwirkung der Politik mit stark angezogener Handbremse, was sich darin ausdrückt, dass unter anderem:

- die Optik der Fahrzeuge diskussionswürdig ist,
- der Kofferraum meist viel zu klein ist,
- die Zubehörliste sehr überschaubar bleibt (auch nach fünf Produktionsjahren ist kein Dachgepäck-, Ski- oder Fahrradträger verfügbar),
- die Ladeinfrastruktur viel zu klein und die Ladeleistungen zu gering sind,
- die Reichweite der Akkus viel zu gering und
- der Fahrzeugpreis viel zu teuer ist.

Wie man es besser machen kann, zeigt in Europa Norwegen als das Mekka der Elektromobilisten. Die Ladekarten (zum Stromzapfen und Bezahlen) funktionieren dort problemlos, anders als beim EU-Mitglied Südtirol. Ladesäulen gibt es quasi an jeder Straße wie bei uns früher Parkuhren. Und der Komfort kommt nicht zu kurz, denn in Norwegen tankt man Strom überdacht. Nicht so in Deutschland: Dort sind die wenigen Ladesäulen zwar bombensicher einbetoniert, dafür darf der Kunde dann auch voll der Witterung ausgeliefert Strom zapfen, während die Fossilanker trocken und wohlbehütet ihre CO₂-NO_x-Marinade in den Tank füllen.

Stichwort Umweltverträglichkeit: Es gibt keine seriöse Studie, die das Elektroauto über seine Lebensdauer ökologisch schlechter rechnet als einen vergleichbaren Verbrenner.

Dazu die aktuelle Shell-Studie: Die Elektromobilität hat ein hohes ökologisches Potenzial. Schon heute ist das Elektroauto ökologisch deutlich besser als der Verbrenner. Bei der Verwendung erneuerbarer Energien für den Ladestrom spart man pro kWh Ökostrom 3,3 kWh (entspricht 0,33 l Dieselkraftstoff) ein. Das liegt einfach am dreimal höheren Wirkungsgrad eines Elektromotors im Vergleich zu einem Diesel oder Benziner. Der CO₂-Ausstoß für die Herstellung der Fahrzeuge ist hier nicht berücksichtigt, spielt aber insbesondere bei Verwendung erneuerbarer Energien über die Lebenszeit keine signifikante Rolle. In Sachen Wirtschaftlichkeit gilt die Faustformel: Je mehr Kilometer Fahrleistung, desto wirtschaftlicher das E-Auto, weil sich die günstigeren Antriebsenergiekosten bemerkbar machen.

Auch im Winter (siehe Winterland Norwegen) sind Elektrofahrzeuge bei den in Deutschland auftretenden Temperaturen insgesamt voll wintertauglich. Allerdings verringert sich die Reichweite im Winter aufgrund von Heizstrombedarf und Komfortverbrauch (Lüftung, Sitzheizung, Heck- und Frontscheibenheizung). Zudem sinkt die Akkukapazität etwas aufgrund der geringeren Außentemperaturen.

Organisiertes Ladechaos

Zumindest wenn es um das eigene Auto geht, klaffen Anspruch und Wirklichkeit hierzulande diametral auseinander: Umweltschutz und Energiewende werden zum Lippenbekenntnis. Daher ist der Zug Elektromobilität weitgehend unbemerkt von der deutschen Automobilindustrie schon losgefahren. Deshalb braucht es in Deutschland eine gewisse Portion Humor und Abenteuerlust, wenn man sich elektromobil fortbewegen will. Die E-Autos funktionieren hervorragend, jedoch grenzt das Laden im organisierten Ladechaos in Deutschland schon an Tortur.

Fischers Appell: „Packen wir’s an im Autoland Deutschland. Es gibt noch viel zu verbessern, denn sicher ist: Der Elektromobilität gehört die Zukunft – an ihr führt kein Weg vorbei.“ ■



Aufmerksames Interesse beim Vortrag von Detlef Fischer. Sowohl mit dem Geschäftswagen als auch privat setzt er auf E-Mobility.

Frank Vogel / Landesgewerbeanstalt Bayern

Digital & smart – so gelingt kommunales Energiemanagement

Themen wie Klimaschutz und Energiemanagement haben in Deutschland an Schwung und Attraktivität verloren. Ein kommunales Energiemanagement und damit ein Werkzeug zur Senkung der Energiekosten wird nicht eingeführt oder auf Sparflamme betrieben. Dabei hilft Energiemanagement langfristig Geld zu sparen und macht Informationen, die derzeit in unterschiedlichen Verwaltungsbereichen liegen, transparent und für alle Beteiligten zugänglich.

Die technischen Entwicklungen und das „LGA Cockpit Portal“ der Landesgewerbeanstalt Bayern machen es möglich. „Und dafür müssen Kommunen auch keine Fördermillionen auf-treiben“, versprach Frank Vogel. Zunächst sieht sich die LGA mit der Kommune die Liegenschaftsstruktur an und was überwacht werden soll. Zumeist sind das die Verbräuche von Strom, Wärme und Wasser. Es können aber auch beliebige andere Daten erfasst werden. Neben den Schulen und dem Rathaus sind natürlich die Großverbraucher wie Bäder, Kläranlage,

Pumpstationen und die Straßenbeleuchtung im Fokus der Betrachtung. Die Empfehlung der LGA lautet hier: Mit wenigen Großverbrauchern beginnen, um den Aufwand gering zu halten und erste schnelle Erfolge aufzuzeigen.

Die ausgewählten Gebäude und Anlagen erfasst die LGA im „LGA Cockpit Portal“. Das ist eine Datenbank, die auf automatisierte Datenerfassung spezialisiert ist und neben einer professionellen Daten-Visualisierung auch Berichte erstellt, Auswertungen liefert,



Frank Vogel
Landesgewerbeanstalt Bayern

Warnmeldungen verschickt und ein kleines Facility-Management enthält. Außerdem können Kommunen im Portal Verträge, Rechnungen, Baupläne, Wartungsanleitungen usw. hochladen.

Das ganze System wird von der LGA als Cloudlösung verwaltet und alle Daten in Deutschland werden gehostet. Es ist eine „Software-as-a-Service“, was bedeutet, dass keinerlei IT-Aufwand für die Kommune anfällt. Jeder Benutzer kann von jedem internetfähigen Gerät auf die Daten und Dateien zugreifen, die für ihn relevant sind. →

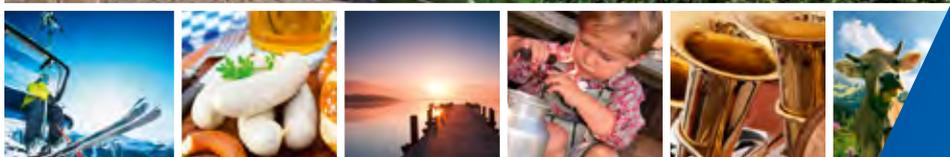


Ganz Bayern in 60 Minuten.



**Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.**

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region



* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Der eigentliche smarte Clou ist aber die Möglichkeit, Verbrauchsdaten live in das System einzuspielen: über existierende RLM-Zähler, vorhandene GLT oder Datenlogger. Warum das smart ist, erklärte Vogel so: „Die aufwändige und ineffiziente Monatsablesung durch Hausmeister ist Schnee von gestern! Nur über eine Verbrauchsdatenerfassung mindestens im Stundentakt kann auch eine gezielte Analyse gefahren und schnell Optimierungspotenzial gefunden werden. Oder können Sie aus Monatsablesungen Grundlasten, Spitzenlasten, Ver-

bräuche an Wochenenden, in der Nacht oder in Ferienzeiten erkennen?“, fragte Vogel ins Publikum.

Fehlende Ressourcen

Allein mit der Analyse dieser Daten und einfachen Maßnahmen lassen sich häufig 5 bis 10 % Kosten einsparen und das alles ohne Investitionen. So rechnet sich das Energiemanagement schon innerhalb von 12 bis 24 Monaten. „Jeder Industriebetrieb geht hier aufgrund des zu erwartenden

ROI schnell so ein Projekt an – nur die Kommunen kommen deutlich schwerer in die Gänge“, berichtete Vogel. Es liegt wohl häufig an mangelnden personellen Ressourcen in der Verwaltung und auch am fehlenden Know-how. Aber auch hier bietet die LGA Support an und hilft Kommunen mit Überwachungs- und Analysefunktionen im Paket mit dem LGA Cockpit Portal.

Vogels Fazit: „Smartes und digitales Energiemanagement ist schon heute möglich! Politik und Verwaltung müssen nur den ersten Schritt wagen!“ ■

Andreas Weigand / Stadtwerke München GmbH

C/sells – Herausforderungen & Lösungskonzepte für die digitale Energiewende

59 Partner aus Industrie, Energiewirtschaft und Wissenschaft schaffen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen Blaupausen für ein zelluläres Energiesystem. Das Ziel: Ein klimafreundlicher, effizienter und sicherer Einsatz Erneuerbarer Energien. „C/sells“ ist ein Forschungsprojekt des Bundeswirtschaftsministeriums und Teil der digitalen Agenda der Bundesregierung.

Mit C/sells soll demonstriert werden, wie die Energiewende und der Ausbau von erneuerbaren Energien in Zukunft großflächig realisiert werden können. Dabei steht das „C“ für Cells – die Zellen, die in Summe die gesamte Modellregion ausmachen. „Sells“ hingegen verweist auf neue Geschäftsmodelle, die mit der digitalen Energiewende neue Wirtschaftsstrukturen und -chancen entstehen lassen.

In Bayern engagieren sich rund 15 Partner in C/sells. Dabei steht die Flexibilität von Erzeugungs- und Verbrauchsanlagen im Fokus. Während in Cham das Flexibilitätspotenzial von Trinkwasserpumpen optimiert wird, entsteht in Altdorf bei Landshut eine Plattform zur Vermarktung von Flexibilität, z. B. aus kleinen Photovoltaikanlagen.

Baustein der Energiewende

Die Stadtwerke München (SWM) haben sich in C/sells zum Ziel gesetzt, aus Wärmepumpen, Speicherheizungen und Kälteanlagen einen aktiven Baustein der Energiewende zu machen. „Wir möchten das energiewirtschaftliche Potenzial von sogenannten Power-To-Heat-Anlagen erschließen. Dabei werden Verbrauch und Erzeugung aus regenerativen Quellen bestmöglich vernetzt“, erklärte Andreas Weigand, Projektleiter für C/sells bei den SWM. Dazu werden die Kundenanlagen an ein Leitsystem angebunden und bewirtschaftet.

„Wir integrieren die Anlagen in unser virtuelles Kraftwerk, so können wir eingespielte Vermarktungsprozesse nutzen und gleichzeitig bei der Anbindung unserer Kunden neue Wege gehen“, so Weigand.

Vor der nächsten Heizperiode laufen die Vorbereitungen derzeit auf Hochtouren. Die erste Liegenschaft im Stadtteil Pasing – ein Gebäude mit Elektrospeicherheizungen – wird mit digitalen Zählern und einer Steuerbox ausgerüstet. So ist es möglich, bei hoher Einspeisung z. B. aus PV-Anlagen die Speicher zu beladen. Dadurch kann die Wärmeabgabe über den Tag verteilt werden, was auch den Komfort für die Kunden verbessert.



Andreas Weigand
Stadtwerke München GmbH

Die SWM sehen in der Einbindung von Speicherheizungen eine Möglichkeit, den Gebäudebestand fit für die Herausforderungen der Energiewende zu machen. Gleichzeitig arbeiten sie mit Partnern aus der Wohnungswirtschaft an der Identifizierung von

weiteren Gebäuden sowie an der Einbindung von Wärmepumpen als Beispiel für effiziente Heizsysteme.

„Wir möchten mit unserer Arbeit in C/sells zeigen, wie die Bedürfnisse des Marktes und die Verantwortung der Netzbetreiber in der Energiewelt der Zukunft bestmöglich vereint werden können“, betonte Weigand. Die SWM stehen hier im engen Austausch mit den Experten der anderen Projektpartner. Neben den technischen Herausforderungen ist es erklärtes Ziel von C/sells, die Bürgerinnen und Bürger in das Projekt einzubinden. Die Energiewende ist ein Mammutprojekt. Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten, etwa in der Anbindung von kleineren Anlagen und der Vernetzung des Energiesystems. Aber auch Gewerbe und Kommunen müssen aktiv eingebunden werden. „Wir sind überzeugt, dass die Energiewende nur gemeinsam gelingen kann“, unterstrich Weigand. ■

Klaus-Jürgen Edelhäuser / Bayerische Ingenieurkammer-Bau

Bauen und Modernisieren im Bestand

Viele Immobilien sind in die Jahre gekommen und das Thema effiziente Energiebedarfsdeckung ist heute angesichts der angestrebten Energiewende aktueller denn je. Dipl.-Ing. (FH) Klaus-Jürgen Edelhäuser, Vorstandsmitglied der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, gab einen hilfreichen praxisnahen Überblick, wie sich der Immobilienbesitzer sinnvoll aufstellen kann, um Ökologie und Ökonomie beim Bauen und Modernisieren im Bestand (einschließlich Denkmalschutz) unter Berücksichtigung der Energieeinsparverordnung und des aktuellen technischen Regelwerks unter einen Hut zu bringen.

Der Energiebewusste sollte zunächst abwägen, ob er die Bestandsimmobilie durch einen Neubau ersetzen oder das bestehende Gebäude energetisch modernisieren will, und ob bei Altbestand auch Denkmalschutzbelange berücksichtigt werden müssen.

Der Neubau hat natürlich einen entscheidenden Vorteil: Die Gestaltungsmöglichkeit ist ebenso frei, wie die Wahl der Baustoffe, die Art der Konstruktionen sowie der einzubauenden Gebäudetechnik. Der Vergleich von Kosten – Nutzen steht im Vordergrund, so dass im Bestand zunächst zu prüfen ist, welche Baustoffe verwendet wurden und welche Konstruktionen es in welcher Qualität und in welchem Zustand gibt. Wie sieht die Gebäudetechnik aus? Sind Art, Qualität und Zustand

noch auf Höhe der Zeit? Falls nicht, stellt sich die Frage, wie könnte die Effizienz verbessert werden, was müsste geändert werden, was wäre wünschenswert zu ändern, und was kann tatsächlich geändert werden.

Die Rahmenbedingungen zur Entscheidungsfindung setzen die Energieeinsparverordnung in der Fassung vom 1. Mai 2014, deren Einzelheiten im Internet über die Seite der Verbraucherzentrale abgerufen werden können.

Entsprechend dieser Regelwerte lassen sich die Energiebilanzierungen für die eingesetzten Bauteile erstellen. Auch mögliche Ausnahmen werden im Detail in den Regelwerken beschrieben. Eine hilfreiche Broschüre gibt es von der Bauingenieurkammer sowie der Städte-

bauförderung und dem Bundesbauministerium. Nehme man die Energiewende ernst, führe an der Wärmewende kein Weg vorbei, betonte Edelhäuser. Dafür maßgebend sind „Mindestanforderungen an den Wärmeschutz“ gemäß der DIN 4108-2:2013-02. Bei Modernisierungen ist der Mindestwärmeschutz also immer zu prüfen und bei den Oberflächentemperaturen besteht sogar eine besondere Beratungsverpflichtung.

Angesichts der Vielschichtigkeit der Regeln und Verpflichtungen bei einem potenziellen Modernisierungsvorhaben empfahl Edelhäuser eine einschlägige Energieberatungsliteratur sowie eine eingehende, produkt- und gewerkneutrale Beratung durch einen unabhängigen Energieberater. ■

Stadtwerke
München



Zukunft gemeinsam gestalten

Ihr Partner – Stadtwerke München



- ▶ Kompetenter Netzbetrieb: umweltverträglich und sicher
- ▶ Für die Menschen vor Ort: 100 Prozent kommunal
- ▶ Vernetzte Mobilität
- ▶ Erneuerbare Energien



Nachhaltiger ÖPNV mit Bio Erdgas in Augsburg



Dr. Walter Casazza / Stadtwerke Augsburg Holding GmbH

CNG-Mobilität im ÖPNV in Augsburg

Die Stadtwerke Augsburg sind mit 1.870 Mitarbeitern und einem Konzern-Umsatz von 557,7 Mio. Euro in 2017 Bayerns drittgrößtes kommunales Versorgungsunternehmen. Sie liefern Energie und Wasser und bieten ÖPNV und Carsharing für 350.000 Menschen an. Im Jahr 2017 nutzten 61,6 Mio. Fahrgäste die öffentlichen Verkehrsangebote der swa.

Besonders bemerkenswert an der Mobilitäts-Sparte der swa ist die Busflotte, deren 85 Busse seit 2011 komplett mit Bio-Erdgas betrieben werden. Die Stadtwerke Augsburg sind Deutschlands erster großstädtischer Verkehrsbetrieb mit einer reinen Erdgasbusflotte und damit in jedem Fall ein Vorzeigebispiel in Sachen Energie- und Verkehrswende – zumal das genutzte Biomethan ausschließlich aus agrarischen Reststoffen, vor allem aus Stroh, gewonnen wird.

Die Vorteile von Bio-Erdgas liegen auf der Hand: Es macht unabhängig von fossilen Brennstoffen und ist CO₂-neutral, da bei der Verbrennung nur so viel CO₂ freigesetzt wird, wie die Pflanze vorher gebunden hatte. Bio-Erdgas steht flächendeckend zur Verfügung, die Wertschöpfung findet in Deutschland statt und sofern agrarische Reststoffe verwendet werden, entsteht keine Flächenkonkurrenz mit Nahrungsmitteln.

Schonung der Umwelt

Beim Vergleich der CO₂-Emission der swa-Busflotte mit einer vergleichbaren Diesel-Busflotte werden die Klima-Vorteile offensichtlich: Im Jahr 2016 sparten die CNG-Busse 7.300 Tonnen CO₂ ein. Dieses Engagement für den Umweltschutz schlägt sich auch in der Kundenwahrnehmung nieder: 2017 wurden die swa beim ÖPNV-Kundenbarometer, einer unabhängigen Studie mit 41 Verkehrsbetrieben aus Deutschland und Österreich des Marktforschungsinstituts KANTAR TNS, in der Kategorie „Aktivitäten zur Schonung der Umwelt“ auf Platz 1 gewählt.

Auch auf mehrere Umweltpreise können die Stadtwerke Augsburg stolz sein, so erhielten sie 2017 den „Internationalen Busplaner Nachhaltigkeitspreis“ der Fachzeitschrift „Busplaner“ des Huss-Verlages in der Sonderpreis-Kategorie „Busunternehmen / Öffentlicher Sektor“. Weiterhin wurde die Stadt Augsburg als „Energie-Kommune 2017“ ausgezeichnet, wozu die Biogas-Busflotte der Stadtwerke wesentlich beigetragen hat. Bereits in 2012 wurden die swa mit dem „ADAC-Bayern Mobilitätspreis“ bedacht.

Dass das Interesse an Gasfahrzeugen im ÖPNV wächst, zeigt sich daran, dass häufiger Verkehrsbetriebe aus dem In- und Ausland die swa besuchen, um sich über die Erfahrungen mit der CNG-Busflotte informieren.

Neben der Klimafreundlichkeit können die swa-Mitarbeiter den Kollegen aus anderen Kommunen durchaus auch wirtschaftliche Argumente pro CNG liefern, so gibt es in Bayern eine zusätzliche staatliche Förderung für Busse mit Erdgasantrieb, die dem höheren Anschaffungspreis Rechnung trägt. In Sachen Treibstoffkosten sind im Vergleich zum herkömmlichen Diesel-Bus sogar beträchtliche Einsparungen von über 5.000 Euro jährlich pro Bus möglich. Auch die technischen Erfahrungen mit der Gasteknik in den Werkstätten fallen positiv aus. Auch wenn für die Erdgasbusse einige zusätzliche Wartungstermine vorgeschrieben sind (z.B. ein zusätzlicher Motorölwechsel pro Jahr bei 30.000 km sowie ein Zündkerzen- und Zündkabelwechsel pro Jahr), werden Laufleistungen von 700.000 bis 800.000 km ohne Schäden erreicht, die Fahrzeuge sind zum Teil bis zu 17 Jahre im Einsatz.

Die Vorteile des CNG-Antriebs auf einen Blick: Mit Biogas betriebene Busse setzen ökologische Maßstäbe, sind CO₂-neutral, lassen sich wirtschaftlich betreiben, sind Imageträger, müssen aktiv kommuniziert und vermarktet werden und haben Zukunft, denn: „Bio-Erdgas ist sofort verfügbarer Umweltschutz.“ ■



Dr. Walter Casazza
Stadtwerke Augsburg Holding GmbH

Sascha Emig / ratioplan GmbH

Energieautarke Stadtviertel dank intelligenter Sektorenkopplung



Sascha Emig
ratioplan GmbH

ratioplan fokussiert sich auf die Entwicklung zukunftsfähiger Energienetzkonzepte. Die Lösungen werden vorrangig für größere Anschlusseinheiten in Gemeinden, Kommunen, Städten oder im industriellen und gewerblichen Umfeld angeboten.

In der Bereitstellung von nachhaltigen bzw. kalten Nahwärmenetzen liegt ein innovativer Konzeptansatz von ratioplan. Das Besondere daran ist die kombinierte Nutzung von Strom und Wärme aus unterschiedlichen, regenerativen Energiequellen, wie z.B. einer Photovoltaik- bzw. Solarthermie-Anlage oder einer Wärmepumpe (Wasser, Erde, Luft). Damit werden gezielt zwei zentrale Nachteile klassischer Nahwärmeversorgung ausgeglichen: Zum einen die Vermeidung relativ hoher Leitungsverluste aufgrund starker Temperaturdifferenzen. Zum anderen sind die angeschlossenen Haushalte nicht mehr nur Verbraucher, sondern können selbstständig bei Bedarf ihre überschüssig erzeugte Wärme nutzen.

Auch profitieren die eingebundenen Haushalte von dem Wegfall der An-

schaffungskosten für eine eigene Heizanlage. Und letztlich sind alle Beteiligten nicht mehr dem unkalkulierbaren Risiko steigender Energiepreise ausgesetzt, denn Grundwasser und Sonnenstunden sind immer ausreichend vorhanden.

Mit maßgeschneiderten Konzepten für kalte Nahwärmenetze konnte das im Jahr 2017 ausgegründete Unternehmen bereits einige Erfolge verzeichnen. Mit Arealnetzkonzepten für ganze Stadtquartiere geht ratioplan nun folgerichtig einen Schritt weiter und macht die Zukunftsvision Stück für Stück zur Realität: Energieversorgungskonzepte für Mehrgenerationenquartiere verknüpfen die Sektoren Wärme, Strom und Verkehr und sollen ganze Stadtviertel strom- und energieautark machen. →

Jetzt mit uns das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ durchführen

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

Die Zukunftsvisionen von ratioplan sehen den Aufbau eines eigenen Stromnetzes für ganze Stadtviertel vor sowie die Inbetriebnahme eines kalten Nahwärmenetzes. Für die Konzeption werden verschiedene Komponenten erforderlich, die zusammen ein effizientes Zusammenspiel ergeben – darunter beispielsweise Gas-Blockheizkraftwerke für den permanenten Wärme- und Strombedarf der Verbraucher, eine zentrale Luftwärmepumpe zum Heizen und Kühlen, dezentrale Wärmepumpen und Photovoltaik-Anlagen.

Integrierte Speicher

Auch E-Mobilität soll im Stadtquartier der Zukunft zum Einsatz kommen: An öffentlichen Ladesäulen kann Strom für Elektroautos bereitgestellt und verkauft werden. Dies gelingt beispielsweise mit in die Ladesäulen integrierten Batteriespeichern, die den produzierten Strom aus Photovoltaik-Anlagen nutzen; so ist der Grundstein für die Kopplung mit dem Mobilitätssektor gelegt.

Bei diesem Energiekonzept profitieren die Bewohner der versorgten Stadtviertel insbesondere von der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit. Alle PV-Anlagen, Batteriespeicher etc. befinden sich in Betreiberhand – in den meisten Fällen sind dies die ortsansässigen Stadtwerke – wodurch der Verbraucher einen vergünstigten Strom nutzen kann, der unter marktüblichen Strompreisen liegt.

Eine aktuelle Quartierslösung stellt das mittlerweile fertig gestellte kalte Nahwärmenetz Meitingen dar. Die Marktgemeinde und die SGL Carbon GmbH nehmen ein Nahwärmenetz für die Versorgung eines in Werksnähe befindlichen Neubaugebietes mit rund 125 Wohneinheiten in Betrieb. Ganzjährig wird dafür von der SGL Carbon GmbH industrielle Abwärme in Form von etwa 31 °C warmem Wasser kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Abwärme muss dann nicht mehr wie bisher über ein Kühlsystem abgeführt werden.

Mit Wärmepumpen wird im Neubaugebiet die Abwärme auf das erforderliche Niveau angehoben. Die Wärmepumpen arbeiten aufgrund des ganzjährig hohen Temperaturniveaus der Abwärme sehr effektiv. Kombiniert mit einem Tagesspeicher als Puffer können diese sehr energieflexibel betrieben werden. Regenerativer Strom zum Betrieb der Wärmepumpen kann dann genutzt werden, wenn dieser zur Verfügung steht.

Die neu entstehenden Wohneinheiten werden zu einem wettbewerbsfähigen Preis mit Wärme versorgt, die keine zusätzlichen CO₂-Emissionen verursacht.

„Ohne konkreten Fahrplan wird zu wenig in Bewegung gesetzt“, lautete Emigs Fazit. Man dürfe nicht warten, bis vielleicht ein Impuls aus politischer Richtung kommt. Der Verbund Wärme, Strom, Verkehr müsse mittelfristig in ganzheitlichen Lösungen forciert und umgesetzt werden. Es gelte, Mitmachnetze zu entwickeln. ■

Stefan Drexelmeier / Bayerische Energieagenturen

Die Krux mit der Umsetzung – Energiewende – Projekte erfolgreich realisieren

Für Energiewende-Projekte gibt es bereits viele tragfähige Konzepte, doch sie in die Umsetzung zu überführen, ist schwer. Stefan Drexelmeier stellte die Ausgangsbedingungen der Energiewende und Erfolgsfaktoren für deren Umsetzung vor.

Vier Faktoren bilden laut Drexelmeier den Anlass zur Energiewende: Der Klimawandel, der nicht nur an anderen Orten in der Welt stattfindet, sondern auch hier in Bayern, und das mit Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Frage nach der Herkunft unserer Rohstoffe, von denen der Hauptanteil an Öl bzw. Gas aus politisch instabilen Ländern stammt und die sich mit der Energiewende hin zur Versorgungs-Unabhängigkeit lösen lässt. Die regionale Wirtschaft, bei der es um Kosten für Strom und Wärme, aber auch um den Umsatz in der Region durch erneuerbare Energien geht: Mit einer angenommenen Steigerung an Einnahmen durch EE-Produktion z.B. in der Region Oberland von heute 116 Mio. Euro/Jahr auf potenziell 602 Mio. Euro/Jahr. Und schließlich die Sicherung von Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit in der Region.



Stefan Drexelmeier
Bayerische Energieagenturen

Dass die Energiewende jetzt stattfinden muss, ist klar. Aber wie ist sie am besten umzusetzen? Nach Erfahrung der regionalen Energieagenturen ist es von zentraler Bedeutung, die Datengrundlage vor Ort zu kennen – zum Beispiel den Energieverbrauch an Strom und Wärme für eine konkrete Region, die Deckung des Verbrauchs durch EE sowie das Potenzial zur Erzeugung von Strom und Wärme durch Erneuerbare Energien. Und auch Zielwerte für einen verringerten Energiebedarf durch effizienten und sparsamen Umgang in Bezug auf eine ausgewählte Gegend unterstützen die Umsetzung der Energiewende.

Menschen und Netzwerke beachten

Aber nicht nur die Daten für eine konkrete Gegend sind wichtig: Die Menschen vor Ort und bestehende Netzwerke zu kennen, deren verschiedene Perspektiven auf Zahlen und Daten, kann über Misserfolg oder Erfolg des Wandels entscheiden. →

Daten richtig aufbereiten

Im Zeitalter „alternativer Fakten“ machte Drexlmeier auf die richtige Aufbereitung von Daten aufmerksam. Dabei sind Sorgfalt und das kritische Beleuchten von Zahlen wichtig, wenn zahllose Beispiele die rechnerische Wirtschaftlichkeit von Anlagen belegen, aber erst die Kenntnis der Menschen in der Region klar macht, ob sie eine Umsetzung unterstützen.

Fingerspitzengefühl ist gefordert

Die Relationen von Daten darzustellen, macht Inhalte greifbar und vorstellbar und kann eine Umsetzung erleichtern. Ein sensibler Umgang mit Sprache ist wichtig, um Inhalte zu vermitteln, wenn z.B. Zyklon-Filteranlagen für Techniker-Ohren gut klingen, aber vielleicht gefährlich für die Menschen vor Ort. Und schließlich die Auswahl von Daten, die für eine Zielgruppe relevant sein sollen nach dem Motto „Was soll mein Adressat behalten?“

Schlussendlich ist es wichtig, „dranzubleiben“, um die Energiewende erfolgreich zu verwirklichen: Es gilt, Macher zu identifizieren, weil nicht nur Beschlüsse, sondern Menschen wichtig zur Realisierung sind. Erforderlich ist auch Ausdauer bei der Umsetzung, zudem Kreativität, wenn z.B. die Bevölkerung über ungewöhnliche Aktionen erreicht wird, sowie Fingerspitzengefühl im Umgang mit den Menschen vor Ort.



Ein historischer Veranstaltungsort – die Gaszählerwerkstatt der SWM

Wer soll das machen?

Diese abschließende Frage beantwortete Drexlmeier mit den Bayerischen Energieagenturen: Ein Zusammenschluss aus neutralen Beratungseinrichtungen, die durch ihre organisatorische Nähe zu Städten, Gemeinden und Landkreisen produktneutrale Beratung zu Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien anbieten – bayernweit, unabhängig und kompetent für Bürger, Kommunen und Unternehmen. ■

Sanierungsprojekt der Stadt
Amberg: Denkmalgeschütztes
kurfürstliches Wagenhaus



Sanieren Sie auch denkmalgeschützte Gebäude mit 0 % Zinsen!

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Wir unterstützen Sie bei der Finanzierung der energetischen Sanierung von Gebäuden mit und ohne Denkmalschutz und dem energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre plus Tilgungszuschüssen (Stand 31.07.2018). Informieren Sie sich jetzt unter ► www.bayernlabo.de oder über unsere Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB





Jörg-Uwe Fischer / Deutsche Kreditbank AG

Große Batteriespeicher für den Energiemarkt der Zukunft

Die Deutsche Kreditbank, kurz DKB, sieht sich in der Verantwortung, die Energiewende nachhaltig zu unterstützen. Deshalb engagiert sich das 1990 als 100-Prozent-Tochter der Bayerischen Landesbank gegründete Institut seit der Privatisierung der deutschen Energiewirtschaft (1997) im Bereich Erneuerbare Energien (EE) vor allem auf Finanzierung und Investitionen.

Neben Biogas (580 Anlagen mit 370 MWel installierter Leistung), Biomasse (Holzheizkraftwerke mit 130 MWth installierter Leistung) und sechs Wasserkraftprojekten liegt das Hauptengagement bei etwa zwei Drittel Wind (2.400 Anlagen mit 5.800 MWel installierter Leistung) und mehr als ein Viertel Photovoltaik (1.370 Anlagen mit 2.500 MWel installierter Leistung).

Wegen ihres schwankenden Versorgungsbeitrags benötigen gerade die beiden letztgenannten Stromerzeugungsarten zuverlässige und wirtschaftliche Speichertechnologien zur Überbrückung der Erzeugungslücken. Hier sieht die DKB einen Ansatzpunkt, ihr Engagement für die Energiewende im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Finanzdienstleister für Kommunen, Unternehmen und Privatkunden mit der Vergabe von günstigen Krediten zu verstärken.

Im Bereich Batteriespeicher hat die DKB daher 15 Projekte mit einer installierten Gesamtleistung von ca. 200 MWel im Portfolio, davon neun in Betrieb oder Bau und sechs in Planung bzw. angefragt. Das Gesamt-

portfolio bei den EE beträgt per 31.12.2017 10,4 Mrd. Euro. Innerhalb des BayernLB-Konzerns ist die DKB die führende Bank bei der Finanzierung von EE-Projekten in Deutschland und Technologie-Kompetenzzentrum mit umfassendem Spezial Know-how.

Speicherkapazitäten verbessern

Jörg-Uwe Fischer, Fachbereichsleiter Erneuerbare Energien, begründete das verstärkte Engagement der DKB mit der logischen Schlussfolgerung, dass ohne Speicher die Energiewende nicht gelingen kann. Speicherkapazitäten können maßgeblich dazu beitragen, die Einspeiseschwankungen von Wind und Sonne zu puffern. Dadurch erhöht sich die Netzstabilität, die in Zeiten von Industrie 2.0 bis 4.0 unverzichtbar sind, denn Frequenzschwankungen im Netz können verheerende Folgen für die Produktivität in Deutschland haben. Das Eine bedingt das Andere, weshalb ausreichende Speicherkapazitäten für das Gelingen der Energiewende evident sind und auch den Netzausbaubedarf signifikant senken könnten.

Fischer stellte die zwei Investitions- und Finanzierungsmodelle der DKB bei Speicherprojekten vor: Die Unternehmensfinanzierung wendet sich an jegliche Form von Unternehmen, wie regionale oder kommunale Energieversorger, bei denen Speichertechnik ein integraler Bestandteil des Unternehmens ist. Die DKB prüft die Bonität des Unternehmens, das vollständig die Haftung für die Rückzahlung des Kredits gerade steht. Prüfkriterien sind Rating-Perspektive und Solidität des Jahresabschlusses.

Bei der Projektfinanzierung ist der Kreditnehmer eine extra Projektgesellschaft, ausschließlich gegründet zu dem einen Zweck, z. B. Bau und Betrieb eines Energiespeichers. Gesellschafter einer solchen GmbH oder Co. KG sind z. B. Fondshäuser oder andere Finanzinvestoren. Die Projektfinanzierung orientiert sich an der zu erwartenden Wirtschaftlichkeit des Projekts, wobei alles aus den Plan-Cashflows bedient werden muss. Als Sicherheit dienen die Aktiva im Projekt und der Cashflow. Die Perspektive für ein solches Projekt orientiert sich an einer soliden Mittelfristplanung. →

In erster Linie muss ein Projektant die Bank mit einem belastbaren Gesamtkonzept überzeugen, das die DKB durch ihre hauseigenen Ingenieure und Experten begutachten kann. Dazu ist eine ausführliche Projektbeschreibung unverzichtbar, die unter anderem sowohl die handelnden Akteure und den geplanten Standort, als auch die wenn möglich ausgereifte Technik eines bekannten Herstellers – am besten in Form einer real existierenden und sicher funktionierenden Referenzanlage oder eines abgeschlossenen Präqualifikationsverfahrens – zum Inhalt hat.

Fundierte Rechnung

Unverzichtbar ist zudem ein überzeugender Investitions- und Finanzierungsplan sowie eine fundierte Liquiditäts- und Ertragsrechnung. Nicht vergessen werden dürfen die Beleuchtung von Stressszenarien und die Beschreibung zur Sicherstellung der Anlagenverfügbarkeit über einen entsprechenden Wartungsvertrag.



v.l. Jörg-Uwe Fischer, Theresa von Hassel und Jan Korrass
am Gemeinschaftsstand von Sparkassenverband Bayern und DKB

Gelungene Referenzprojekte der DKB sind z. B. die Batteriespeicher Neuhardenberg (5 MWel Li-Io), Alt Daber (1,6 MWel Blei-Säure) und Schwerin (14 MWel Li-Io). Die DKB sichert sich dahingehend gegen den Ausfall des Kreditnehmers ab, als sie die Anlage mit allen Rechten in ihr Eigentum übernimmt und gegebenenfalls an einen neuen Betreiber übergibt.

Fischer stellte fest, dass zwar der Bedarf an Speicherkapazitäten hoch und Batteriespeicher ein wichtiger Bestandteil für das Gelingen der Energiewende ist, die derzeitige Marktnachfrage dies jedoch nicht widerspiegelt. Dennoch steht die DKB als Finanzierungspartner bereit, sich in dem Bereich zu engagieren. ■

Profitieren Sie von der 10-Punkte-Vertrauensgarantie der Südwärme

Wir liefern Ihnen Energie direkt ins Haus



Mit ihren über 20 Kompetenzzentren vor Ort bietet die Südwärme den **Komplett-Service in der Energielieferung:**

Bau, Finanzierung und eigenverantwortlicher Betrieb von Energieerzeugungsanlagen mit zuverlässigem 24-Stunden-Service.

Mit Energielieferung durch unsere kompetenten Gebäudetechnik-Fachbetriebe erhalten Sie bei Südwärme das „**Rund-um-sorglos-Paket**“.



SÜDWÄRME Gesellschaft für Energielieferung AG

Max-Planck-Straße 5, 85716 Unterschleißheim | Tel.: +49 89 32170-6

Fax: +49 89 32170-750 | E-Mail: info@suedwaerme.de

www.suedwaerme.de

SÜDWÄRME



Franz und Andreas Sedlmeier / Lüftungs-Reinigungs-Service LRS

Hygieneinspektion an raumlufotechnischen Anlagen

Das Arbeitsschutzgesetz hat zum Ziel, die Gesundheit aller Beschäftigten – einschließlich der des öffentlichen Dienstes – durch Maßnahmen des Arbeitsschutzes zu sichern und zu verbessern. Die gesetzlichen Anforderungen an den Betrieb von Arbeitsstätten sind durch die Änderung der Arbeitsstättenverordnung bis zur derzeitigen aktuellen Fassung „November 2016“ nach und nach verschärft worden. Dies wirkt sich unmittelbar auf eine rechtskonforme Durchführung von Hygieneinspektionen und Hygienekontrollen im Rahmen eines bestimmungsgemäßen Betriebs von raumlufotechnischen Anlagen und Geräten aus.

Die ArbStättV legt fest, was der Arbeitgeber beim Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten in Bezug auf die Sicherheit und den Schutz der Gesundheit der Beschäftigten zu beachten hat. Bereits ein kleiner Auszug aus der Arbeitsstättenverordnung zeigt, dass man die Lufthygiene in keinem Fall vernachlässigen sollte. Dies könnte weitreichende Folgen haben. In den nächsten Jahren sind weitere Verschärfungen zu erwarten. Der Bereich Wasserhygiene ist sehr in den Vordergrund gerückt, was nun Schritt für Schritt bei der Lufthygiene nachgeholt wird.

Die Außenluft ist belastet durch beispielsweise Kohlenmonoxid (z.B. Verkehr), Schwefeldioxid (z. B. fossile Brennstoffe), Stickstoffmonoxid/-dioxid (z.B. Kfz), Grobstaub (z.B. Ruß), Feinstaub (z.B. Dieselabgase), Pollenallergene und Schimmelpilze. Die Luftverunreinigung in den Städten steigt immer mehr an. Aus diesem Grund müssen die Anlagen bei Neuerrichtung teilweise anders ausgelegt sowie mit mehreren Filterstufen ausgestattet werden. Die Wartung und Hygieneinspektion von RLT-Anlagen ist daher von großer Bedeutung, um eine angenehme, hygienisch einwandfreie Zuluft zu schaffen.

Regelmäßige Hygieneinspektionen

Den Stand der Technik bezüglich der Hygieneanforderungen an Raumlufotechnische Anlagen und Geräte und an die Beurteilung der Raumluftequalität beschreibt die Richtlinie VDI 6022. Bei der Wartung soll das geschulte Wartungspersonal auch auf Hygienemängel achten, frühzeitig erkennen und beheben. Die Hygieneerstinspektion wird anhand einer Prüfliste durchgeführt.

Hygieneinspektionen sind bei RLT-Anlagen ohne Befeuchtung und ohne erdverlegte Komponenten im Abstand von drei Jahren durchzuführen, bei RLT-Anlagen mit Befeuchtung oder erdverlegten Komponenten im Abstand von zwei Jahren. Haupttätigkeiten sind die erweiterte Sichtprüfung, die mikrobiologische Untersuchung und die Dokumentation.

Saubere Raumlufte

Gewartet und gereinigt werden Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 (Lüftung von Bädern und Toilettenräumen ohne Außenfenster; Einzelschachtanlagen ohne Ventilatoren), Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 3 (Lüftung von Bädern und Toilettenräumen mit Ventilatoren), Raumlufte-technische Anlagen nach VDI 6022 (Be- und Entlüftungsanlagen und Hygieneinspektion) sowie prozesslufte-technische Anlagen.

Gereinigte Lüftungsanlagen sorgen für eine gesunde Raumlufte, in dem sie die Gefahr einer Infektion durch die Verbreitung von Krankheitserregern, Feinstaub und Schimmelpilzen im Lüftungssystem vermeiden. Zudem wird die Brandgefahr durch Staub- und Schmutzablagerungen minimiert und der Energieverbrauch gesenkt, da verstopfte Filter und Ablagerungen den Luftdurchsatz verringern.

Die Luftkanalreinigung erfolgt im eingebauten Zustand ohne Demontage: Sauber im Trockenverfahren, kontaminationsfrei durch Unterdruckhaltung (kein Eindringen von Staub in die Wohnungen) und durch den Einsatz von Bürsten und Industriesauger. Eine Videoinspektion dient der Erfolgskontrolle. ■



Michael Schilling (r.), SEW GmbH

Michael Schilling / SEW GmbH

Nachhaltige Investitionen

Vor 35 Jahren begann SEW® mit der Lieferung hocheffizienter Wärme-/Kälterückgewinnungssysteme (WRG-Systeme) und seither wurden diese immer weiter entwickelt und ausgereifter. Die GSWT® (Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher)-Technologie leistet einen Beitrag für eine nachhaltige Energiewende zum Nutzen von Mensch, Gebäude und Umwelt.

Bis 1983 hatten WRG-Systeme, insbesondere die Kreislaufverbundsysteme, nur eine Winterfunktion und eingeschränkt auch eine Vorkühlfunktion im Sommer. Die Rückwärmzahlen lagen eher unter als über 40 %. Mit der GSWT®-Technologie, den hohen Austauschgraden und der hohen Redundanz haben sich neue Anwendungsfälle für WRG-Systeme ergeben. Mit Rückwärmzahlen von über 75 % machte es nun Sinn, auch die Nacher-

wärmung und Nachkühlung bis hin zur Rückkühlung von Kältemaschinen über das WRG-System zu betreiben. Mit den hohen Austauschgraden der GSWT®-Technologie erfolgen die Funktionen bei geringsten Verlusten, dafür können weitere luftseitige Wärmetauscher bzw. Rückkühlaggregate entfallen. Mit der eingesparten Elektroenergie erhöht sich die Effizienz einerseits, andererseits kann sehr platzsparend gebaut werden.

Durch den hohen Austauschgrad der GSWT®-Wärmetauscher von bis zu 90 % beidseitig können mit den GSWT®-Systemen auch weitere Funktionen übernommen werden – eben multifunktional. Die eingesparten luftseitigen Wärmetauscher relativieren die Ventilatorenergie und führen zu höherer Effizienz. Auch die Effizienz der Peripherie-Anlagen wird verbessert. So z.B. ist eine Kältemaschine für 10/16 °C Kaltwasser kleiner als für 6/12 °C →



COPLAN AG

Generalplaner
Architekten
Ingenieure



Die Zeiten klassischer, getrennter Ingenieurleistungen mit Insellösungen sind vorbei. Heute bewegen uns fachübergreifende Themen. Wir entwickeln ganzheitliche Lösungen für unsere Kunden, indem wir flexibel, kreativ und vernetzt arbeiten.

oder es kann mit dem Rücklauf der Heizung 50/30 °C geheizt werden. SEW® verfügt über die Erfahrung aus über 1.500 multifunktionalen Anlagen und kundenspezifischen Konfigurationen.

Kreislaufverbundsysteme in GSWT®-Bauweise erreichen Austauschgrade bis zu 80 %. Damit sind Heiz- und Kühlquellen auch bei geringster Temperaturdifferenz noch effektiv nutzbar, hier die indirekt adiabatische Verdunstungskühlung.

Die Kältengewinnung erfolgt beim GSWT®-System durch die Befeuchtung der Fortluft (ohne Versprühung, keine Legionellengefahr). Die so erzeugte „Kälte“ wird von der Fortluft auf die Außenluft übertragen, jedoch ohne die Feuchte zu übertragen. Das GSWT®-System verbessert so den Nutzen.

Reicht die Abwärme der Abluft nicht aus, kann zur Nachtemperierung zusätzlich Heizwärme in den WRG-Kreislauf eingekoppelt werden. Der sonst übliche luftseitig nachgeschaltete Nacherwärmer (NE) entfällt vollständig. Dadurch, dass kein wassergefüllter Lufterhitzer im Luftstrom verbleibt, erhöht sich die Betriebssicherheit. Das Lüftungsgerät kann kürzer gebaut werden und infolge des entfallenen Druckverlustes erhält der Zuluftventilator mehr Leistungsreserve. Der Stromverbrauch beträgt nur 1/10 eines luftseitigen Erhitzers.

Reicht die Kälterückgewinnung aus der Abluft nicht aus, kann zusätzlich Kälte in den WRG-Kreislauf eingekoppelt werden. Der sonst übliche luftseitig nachgeschaltete Kühler entfällt vollständig. Dadurch, dass kein wassergefüllter Luftkühler im Luftstrom verbleibt, erhöht sich die Betriebssicherheit weiter. Infolge des entfallenen Druckverlustes kann der Zuluftventilator verkleinert und das Lüftungsgerät kürzer gebaut werden. Der Stromverbrauch beträgt nur 1/20 eines luftseitigen Kühlers.

In der Übergangszeit kann je nach Außentemperatur und Temperatur des Pumpenkaltwassers (PKW) Kälte ohne mechanische Kälteerzeugung angeboten werden. Bei einer Außentemperatur von 5°C und PKW von 19 °C beträgt die erzielbare Kühlleistung ca. 33 kW / 10.000 m³/h Außenluft. Auch bei nur geringer Vorkühlung von 1 K wird diese Kälte mit geringstem Aufwand erzeugt und erreicht eine Leistungszahl von > 10, d. h. super-effizient.

Trotz einer Baulänge von bis zu 1 Meter ist auch nach über 30 Jahren Einsatz kaum eine gravierende Verschmutzung zu erkennen. Durch Trennlagen zwischen den Wärmetauschmodulen und den glatten, durchgehenden Lamellen, ohne Turbulatoren und ohne innenliegende Lamellenstöße besteht eine Zwangsströmung. Luft kann nicht mehr vertikal oder horizontal strömen und somit Verunreinigungen an weniger stark durchströmten Bereichen abla-

gern. Auch ein lichter Lamellenabstand von 3 mm trägt dazu bei. Eine Verschmutzung hat auch Auswirkung auf die Effizienz. Eine geringere Anforderung an die Filterung, z.B. F5 anstelle F7, wirkt sich ebenfalls positiv auf die Effizienz aus.

Ein weiterer wichtiger Vorteil liegt in der Reinigungsfähigkeit des GSWT®-Wärmetauschers. Es besteht die Möglichkeit, diesen mit Reinigungsflüssigkeit oder -schaum zu spülen. Dies ist eben nur aufgrund der Trennlagen möglich. Bei schwerwiegenden und fast hoffnungslosen Verunreinigungen ist der GSWT®-Wärmetauscher zu Reinigungszwecken zerlegbar und mit einer Durchdringungstiefe von nur ca. 150 mm sind gute Erfolge garantiert. Mit entsprechenden Reinigungszusätzen kann er auch desinfiziert werden. ■

Herausragende Projekte mit Vorbildcharakter sind unter anderem:

- Klinikum der Universität München-Großhadern
- Verwaltungsgebäude Baureferat München
- Museum Villa Stuck (München)
- Uptwon München – 02 Tower
- Dräxlmaier Technologiezentrum (Vilsbiburg)
- BG Unfallklinik Murnau
- Leopoldina Krankenhaus Schweinfurt
- Saturn Arena Ingolstadt



Andreas Huber / Coplan AG

Energie in der Bauleitplanung



v.l. Roland Struckmeier, Andreas Huber, Pascal Lang

Die Bauleitplanung sollte den Anspruch haben, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu fördern. Die rechtlichen Grundlagen liefert das Baugesetzbuch, das den Fokus bei der Entwicklung neuer Baugebiete auf den Klimaschutz und den Erneuerbaren Energien legt.

Im §9 des Baugesetzbuches ist der Inhalt des Bebauungsplans festgelegt, demnach sollen bei der Errichtung von Gebäuden technische Maßnahmen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus Erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung getroffen werden. Leider schrecken bislang viele Kommunen aus Kostengründen davor zurück, diese Richtung einzuschlagen. Der städtebauliche Vertrag nach §11 ermöglicht es, bereits in der Bauleitplanung die Richtung hin zu einer klimafreundlicheren Bebauung festzulegen.

Bei Interesse gibt es in Bayern einiges an Informationsmaterial - Arbeitsblätter und Leitfäden behandeln die energieoptimierte Bauleitplanung. Das Arbeitsblatt „Energie und Ortsplanung“ gibt vor, welche Festlegungen in der Bauleitplanung möglich sind. Der „Leitfaden Energienutzungsplan“ wiederum kann als informelles Planungsinstrument dienen. Die COPLAN AG fragt zudem explizit bei Kommunen nach, ob bereits Energiepläne vorhanden sind, um sie in die eigenen Bebauungspläne integrieren zu können. Ein Ziel sollte es sein, Energiepläne rechtlich bindend zu machen und dann auch in die formelle Planung miteinzuschließen.

Bei der konkreten Umsetzung der Bauleitplanung sollte der Handlungsspiel-

raum abgesteckt werden: Was muss bezüglich des vorherrschenden Klimas beachtet werden? Gibt es Besonderheiten in der Topographie? Wie gestaltet sich das bauliche Umfeld? Wie sieht das regionale Energieangebot aus? Neben diesen Kriterien muss sich in der Planung die Frage nach der Bebauungsdichte, der Gebäudekompaktheit und der solaren Optimierung gestellt werden. Soll das Augenmerk auf einer möglichst hohen Lebensqualität oder auf der Schaffung einer möglichst großen Bebauungsdichte liegen? Welche Ansätze in der Praxis gibt es

bereits und wie kann man das Bewusstsein für den Umweltschutz weiter fördern? Die Erstellung eines Verschattungsschemas während der Planung kann beispielsweise helfen, die anschließende Gebäudeanordnung und -Größe im Bebauungsplan zu optimieren. Da oft das Ziel einer möglichst dichten Bebauung verfolgt wird, finden diese optimierten Bebauungspläne nur selten den Weg in die Umsetzung – eine Optimierung aus energetischer Sicht bewirkt eben oft keine Optimierung aus wirtschaftlicher Sicht. Beispiele aus Kommunen, die Bonusprogramme als Anreiz für Anwohner nutzen, gehen als Erfolgsbeispiele voran. Ohne ganzheitliche, restriktive Vorgaben machen zu müssen, werden Beiträge zum Klimaschutz mit Vergünstigungen in Bezug auf den Grundstückspreis belohnt.

Wie geht man die Entwicklung einer Planungsstrategie nun an? Man sollte zunächst eigene Ziele definieren und die Öffentlichkeitsbeteiligung prüfen: Werden die Anwohner das Projekt annehmen? Anschließend sollten den Bauherren ausreichende Informationen zur Umsetzung bereitgestellt und vertraglich geregelt werden, inwiefern die Bauleitplanung die Energieoptimierung fixieren wird. ■

Der BayWa-Coach bringt Ihre Heizanlage in Form.
Wärme-Contracting: Mehr Service. Weniger Kosten.

Schon ab 1.000 m² beheizter Fläche verfügbar.

BayWa

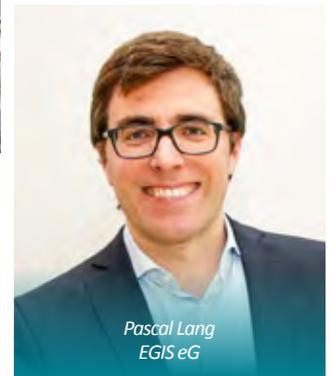
Wir sorgen für die effiziente Wärmeversorgung Ihrer Immobilien. Als Betreiber planen, finanzieren, errichten und unterhalten wir Heizungsanlagen und liefern Wärme zum definierten Energiepreis.

Informationen unter www.baywa-edl.de und 089 9222-2841.

= Wärme-Contracting
Heizanlage + Brennstoff + Service



*Eine sonnenklare
Win-win-Situation*



Pascal Lang
EGIS eG

Pascal Lang / EnergieGenossenschaft Inn-Salzach eG

Erneuerbarer Strom und Lärmschutz – eine ideale Symbiose

Die EnergieGenossenschaft Inn-Salzach eG, kurz EGIS, ist ein Zusammenschluss vieler Bürger, Kommunen, Organisationen und Unternehmen inner- und außerhalb der Region Inn-Salzach, die das Thema Energiewende aktiv gestalten und unterstützen wollen. Das Ziel ist eine unabhängige, bezahlbare, selbstbestimmte, transparente, saubere und lokale Energieversorgung für Wärme und Strom. „Wir übernehmen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen und für eine lebenswerte Umwelt“, betonte Vorstandsvorsitzender Pascal Lang.

2016 wurde in der oberbayerischen Stadt Neuötting entlang der ehemaligen B12 eine Lärmschutzwand mit integrierter Photovoltaik-Anlage installiert. Der Lärmschutz war eine wesentliche Auflage bei der Ausweisung des neuen Wohngebietes im Neuöttinger Süden. Fakt ist: In Kommunen und Energiegenossenschaften kann dieses Pionierprojekt Schule machen. Das Konzept für Gestaltung und Finanzierung gilt als beispielhaft. EGIS hat ihr Anlagen-Portfolio mit einem zusätzlichen Leuchtturmprojekt erweitert.

Einmalige Vorreiterrolle

Das Besondere an dieser Lärmschutzwand ist die Kombination aus Lärmschutz und Stromerzeugung. Zusätzlich zu diesen zwei Eigenschaften kommt noch eine durchsichtige Mittelschicht, die die Wand optisch deutlich aufwertet. Das Kombinieren von Lichtdurchlässigkeit, Lärmschutz sowie Stromerzeugung ist in dieser Form einmalig und nimmt eine Vorreiterrolle ein.

Die PV-Lärmschutzwand ist 234 Meter lang und 5 Meter hoch, die installierten PV-Module besitzen eine Gesamtleistung von 64,4 kWp. Pro Jahr werden knapp 51.000 kWh Strom erzeugt, was einer CO₂-Einsparung von ca. 30.000 kg/Jahr entspricht. Ein großer Vorteil des Standorts dieser PV-Lärmschutzwand ist, dass die neu gebaute Montessori-Schule knapp 40 Prozent des erzeugten Stroms direkt vor Ort selbst verbraucht. Somit kann die Schule das Thema Strom aus Erneuerbaren Energien praxisnah in ihren Unterricht integrieren. Die restlichen 60 Prozent des Strombedarfs der Montessori-Schule werden über den Öko-Strom-Tarif der EGIS gedeckt. Der überschüssige Strom aus der PV-Lärmschutzwand wird in das Netz eingespeist und nach EEG auf 20 Jahre vergütet.

Der erwartete Gewinn nach Steuern liegt bei diesem Projekt im ersten vollen Jahr bei knapp 2.600 Euro, nach 20 Jahren bei knapp 63.000 Euro. Abzüglich Abschreibungen, laufende Kosten wie Versicherungen, Zählermiete, Rückstellungen für Wartungen/Reparaturen und Steuern kann über die gesamte Anlagenlaufzeit von 20,3 Jahren (20 Jahre + das Jahr der Inbetriebnahme) eine Dividende aus der Anlage auf das eingesetzte Kapital von 5-6 % erwartet werden.

Die Nutzung der Lärmschutzwand zur Stromgewinnung mittels Photovoltaik durch die EGIS eG ist in Form eines Gestattungsvertrags mit der Stadt Neuötting geregelt. Entgelte für die Nutzung fallen für die Genossenschaft nicht an. Dafür hat die Genossenschaft anteilig die Kosten für den oberen Teil der Lärmschutzwand übernommen. Die Kosten der Stadt Neuötting reduzierten sich somit um knapp 15.000 Euro. Die gesamte Lärmschutzwand kostete der Stadt 450.000 Euro brutto. Die EnergieGenossenschaft investierte knapp 76.000 Euro netto in die Photovoltaikanlage. Sie finanzierte die Investition über die Ausgabe von Genossenschaftsanteilen und über frei verfügbare liquide Mittel.

Viele Genossenschaften suchen derzeit nach ertragreichen Photovoltaik-Projekten. Mit solchen hochwertigen PV-Lärmschutzwänden können attraktive Renditen erzielt werden und sind somit für eine Umsetzung durchaus interessant. Vor allem aber auch unter dem Aspekt der Eigenversorgung ortsnaher Verbraucher, was die Rentabilität der Anlage zusätzlich steigert. Daneben spielt das Thema Erzeugung erneuerbarer Energien mit breiter Akzeptanz in der Bevölkerung eine große Rolle. „Die Nachfrage von anderen Genossenschaften bei uns über dieses Projekt ist sehr groß und dies verdeutlicht, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden“, freute sich Pascal Lang. ■

Christian Stettner / Südwärme AG

Zukunftsfähige Energieversorgung dank Contracting

„Der Sanierungsstau in den Liegenschaften (Heizräumen) ist erheblich und die Wärmeversorgung der kommunalen Liegenschaften mit hohen Kosten verbunden. Hier stellt Contracting eine Lösungsmöglichkeit dar“, hob Christian Stettner (Technischer Vertrieb) hervor.

Ein Contractor liefert das „fertige“ Produkt Wärme/Strom“. Er plant, baut, finanziert und betreibt speziell auf das Objekt zugeschnittene Energieerzeugungsanlagen und versorgt zu einem festgelegten Preis auf der Grundlage von Versorgungsverträgen Immobilien aller Art mit Energie in Form von Wärme, Kälte und Strom.

Vorteile für die Kommunen sind die Reduzierung des Sanierungsstaus, die Einbindung externen Kapitals und externen Know-hows sowie Planungssicherheit, d. h. Kostensicherheit und -transparenz durch die komplette Übernahme der wirtschaftlichen Verantwortung. Zudem ist keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur und Erneuerung nötig. Auch kann durch die Bündelung der Einkaufsmengen der Bezug von Brennstoff finanziell günstig gestaltet werden.

Verfahrensschritte einer Ausschreibung sind die Vorbereitungsphase, die Bekanntmachungsphase sowie die Angebots- und Annahmephase. Zunächst wird eine qualifizierte Leistungsbeschreibung erarbeitet. Versorgungsaufgabe und Schnittstellen werden ebenso exakt definiert wie Eignungs- und Wertungskriterien für die eingehenden Angebote.

Mit der Bekanntmachungsphase ist die Veröffentlichung mit Aufforderung zur Abgabe von Angeboten verbunden. Eine Besichtigungsmöglichkeit muss diskriminierungsfrei gewährleistet werden. Die Frist zwischen der Veröffentlichung und der Angebotsabgabe beträgt 52 Tage. In Phase 3 schließlich werden die eingegangenen Angebote auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität geprüft. Die nicht berücksichtigten Anbieter werden 15 Tage vor Zuschlag informiert. Nach Ablauf der Frist kann der Vertrag geschlossen werden.

Als Schlüssel zum Erfolg bezeichnete Stettner einen ausreichenden Zeithorizont, die VOL-Ausschreibung mit klaren Leistungs- und Liefergrenzen, eindeutigen Preisindizes sowie klar definierte Wertungskriterien, ein Ingenieurbüro mit Erfahrung in VOL-Ausschreibung, Wertung und Vergabever-

fahren (eventuell rechtlicher Beistand) sowie die Unterstützung durch Ausschreibungsleitfäden wie VfW, CIB oder dena.

Am Praxisbeispiel eines Seniorenheims (Ausgangssituation: Bestandsgebäude; Heizanlage ist am Ende der Nutzungsdauer – Erdgaskessel; Kunde möchte das Objekt mittels Contracting mit Energie versorgen lassen; Ingenieurbüro ist zuständig für die Durchführung der Ausschreibung; Laufzeit des Contracting-Vertrages 15 Jahre; technisches Konzept frei wählbar; Schnittstelle: „Heizrauminnenkante“; Mittelwert 2016; definierter Energiebedarf Heizlast: ca. 330 kW; Wärmebedarf: ca. 750.000 kWh; Strombedarf: ca. 330.000 kWh) zeigte Stettner mögliche Anlagenvarianten der Neuanlage und die Vorteile des umgesetzten Konzepts auf.

Dazu zählen:

- Keine eigenen Investitionen in die Energieerzeugungsanlage (Entlastung des Vermögenshaushalts; mehr liquide Mittel für andere öffentliche Aufgaben)
- Einbindung externen Know-hows für den optimalen Betrieb der Anlage
- Sichere Haushaltsplanung durch feststehenden, transparenten Wärmepreis (keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur oder gar Anlagenerneuerung erforderlich)
- Brennstoffkosten werden durch Kapital und Know-how ersetzt.

Stettners Fazit:

„Die Bezugskosten aller Energieträger steigen auf Dauer. Es ist eine diametrale Entwicklung ersichtlich. Durch Investition in eine komplexe und effiziente Anlagentechnik reduziert sich der Brennstoffeinsatz. Für einen optimalen Betrieb der Anlage ist die Einbindung externen Know-hows sinnvoll.“ ■

Sie haben Fragen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren? Wir haben die Antworten und die passenden Experten.

Unter den fast **7.000 Mitgliedern** der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau finden Sie **unabhängige Energie-Experten im Bauwesen**.

>> **Kostenfreie Datenbank** unter www.planersuche.de

Informieren Sie sich auch mit unseren **Broschüren zum Thema energieeffizientes Bauen und Sanieren**.

>> **Kostenfreier Download** unter www.bayika.de





v.l. Markus Euring und Florian Schroll, Enerpipe GmbH

Markus Euring / Enerpipe GmbH

Smarte Nahwärme: Dezentrale Nahwärmespeicher und neues, innovatives Rohrsystem FibreFLEX machen es möglich

Mit der richtigen Technik kann auch im ländlichen Raum und in Neubaugebieten eine effiziente Nahwärmeversorgung realisiert werden. Das smarte Nahwärmespeicherkonzept von Enerpipe zeigt wie.

Das dezentrale Pufferspeichersystem ist die Antwort auf die geringe Wärmebedarfsdichte im Wärmenetz. Mit dem dezentralen Puffermanagement inklusiver smarter Ladungslogik können auch bei niedrigeren Wärmebedarfsdichten, die vor allem in Neubaugebieten oder ländlichen Gegenden auftreten, sehr geringe Wärmeverluste erreicht werden.

Durch den Einsatz von Nahwärmespeichern als Wärmeübergabetechnik beim Verbraucher werden Netzspitzen, die insbesondere am Morgen und am Abend auftreten, direkt beim Abnehmer abgepuffert und belasten somit nicht mehr das Wärmenetz. Die Anschlussleistung (Ladeleistung) eines Wärmeanschlusses kann dadurch um bis zu 25 % reduziert werden und ermöglicht somit eine Reduzierung der Nenndurchmesser der Wärmeleitungen in weiten Teilen des Netzes bei gleich bleibendem Komfort für den Wärmekunden. Verluste werden hierdurch ganzjährig reduziert. Zusätzlich werden Investitionskosten beim Nahwärmerohr, bei den Erdarbeiten und bei der Verlegung wegen



Mit einem intelligenten Pufferspeichersystem kann die Energie von Nah- und Fernwärmenetzen besonders effizient genutzt werden.

des geringen Nenndurchmessers eingespart. Mit den neuen FibreFLEX Rohren können Nahwärmesysteme mit bis zu 80 Metern Höhenunterschied realisiert werden. Auch größere Wärmenetze mit langen Distanzen, bei denen höhere Pumpendruck entstehen, lassen sich in vielen Fällen wirtschaftlich mit FibreFLEX-Kunststoffrohren umsetzen.

Der Einsatz von dezentralen Pufferspeichern verringert die gesamte Netzleistung und damit den maximalen Volumenstrom. Somit können die

Rohrdimensionen reduziert und auch die Pumpe kann kleiner dimensioniert werden. Im ländlichen Gebiet sowie bei Netzerweiterungen werden in der Regel Pufferspeicher von 600 bis 1.000 Liter eingesetzt. Bei geringerem Wärmebedarf in Neubaugebieten reichen meist kleinere Speicher von 200 bis 600 Liter aus.

Prozentual zur Wärmeabnahme entstehen im Sommerhalbjahr mit bis zu 80 % die höchsten Wärmeverluste, da hier in konventionellen Nahwärmenetzen das System ständig auf Temperatur gehalten werden muss, um bei Bedarf sofort Energie zur Brauchwasserbereitung zur Verfügung zu stellen. Um diesen Effekt zu reduzieren, hat Enerpipe ein smartes Nahwärmesystem entwickelt, wodurch sich die Wärmeverluste um bis zu 40 % verringern lassen.

Enerpipes Erfahrungen mit Wärmenetzen sind ausnahmslos positiv. Viel Ersparnis bringt z. B. das Referenzobjekt Wärmenetz Polsingen im mittelfränkischen Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. →

Im Herbst 2014 konnte das komplette große Nahwärmenetz der Gemeinde an die Biogasanlage der GbR Bioenergie Minnameier & Lehner angeschlossen und in Betrieb genommen werden. Ein kleineres Wärmenetz im Ortsteil Trendel, das an dieselbe Biogasanlage gekoppelt ist, wurde schon vor Jahren mit Produkten von Enerpipe erfolgreich realisiert. Somit griffen auch die 94 Anschlussnehmer in Polsingen auf die bewährte Qualität der Rohre und Übergabestationen des Unternehmens zurück und fühlten sich gut beraten und unterstützt.

Das Wärmenetz mit einer Trassenlänge von über 5.500 m umfasst das ganze Dorf, jeder vierte Haushalt ist Anschlussnehmer. Die Biogasanlage mit 800 kW thermischer Leistung versorgt 94 Haushalte mit Biowärme, zudem steht ein Ölkessel mit 900 kW als Absicherung bereit. In der Heizzentrale ist ein Pufferspeicher mit 20.000 Liter Volumen installiert. Mit einer Ersparnis von über 417.000 Liter Heizöl pro Jahr zeigten sich die Polsinger Netzbetreiber mehr als zufrieden.

Auch die mittelfränkische Gemeinde Dittenheim im Altmühltal setzt nun in der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien. Für das Nahwärmenetz lieferte Enerpipe alle nötigen Komponenten, von den CaldoPEX Plus-Rohren über das CaldoCLICK Muffensystem bis hin zu den dezentralen Nahwärmepufferspeichern mit Visualisierung und Steuertechnik für das Heizhaus.

Die Voraussetzungen für ein Wärmenetz waren in Dittenheim ideal, die genossenschaftliche Biogasanlage ist lediglich 700 m vom Ortsrand entfernt. Somit kann die Abwärme effektiv verwertet werden. Um die Spitzenlast im Winterfall abzudecken, wurde noch eine Heizzentrale erbaut, in dem ein 500 kW Heizomat Kessel und auch 2x 17.000 l Pufferspeicher installiert wurden.

Einsparung mit dezentralen Speichern

In Dittenheim entschloss man sich dazu, anstelle einer „Standard-Übergabestation“ dezentrale Pufferspeicher bei jedem Anschlussnehmer einzubauen. Dies hat zum einen den Vorteil, dass kleinere Leitungen installiert werden konnten, außerdem kann in Kombination mit der Erwärmung des Trinkwassers im Durchflussprinzip die Rücklauftemperaturen signifikant reduziert werden. Dies hat zur Folge, dass die Wärmeverluste in Dittenheim reduziert werden konnten.

Im Januar 2016 wurde das Netz in Betrieb genommen und versorgt 92 Anschlussnehmer. Bei der Planung wurde bereits eine angedachte Erweiterung berücksichtigt. Aktuell werden 40 weitere Häuser angeschlossen. Pro Jahr werden über 352.000 Liter Heizöl eingespart.

Fazit: Mit ihren Wärmekonzepten für Neubaugebiete entsprechen die Stadtwerke Northeim den neuesten technischen und gesetzlichen Anforderungen. Zur ständigen Versorgung mit Energie für die Heizung und Warmwasserbereitung wurden für 23 Neubauten eine Wärmepumpe auf Geothermiebasis und ein Gasbrennwertkessel als Redundanz installiert. ■



v.l. Michael Rademacher und Harald Böllinger, Stadtwerke München GmbH



Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de

 **erdgas schwaben**
sicher, günstig, nah

Stephanie Aulbach / Stadtwerke Aschaffenburg

Stadtwerke Aschaffenburg als Betreiber des Digitalen Gründerzentrums in der Region Bayerischer Untermain

Um innovativen Neugründungen im Bereich der Digitalisierung ein ideales Umfeld zu bieten, hat das Bayerische Wirtschaftsministerium Anfang 2016 ein Förderprogramm für digitale Gründerzentren und Netzwerkaktivitäten beschlossen. Eines der Gründerzentren entsteht aktuell mit zwei Standorten: Aschaffenburg und Lohr. Der Förderbescheid des Freistaats Bayern wurde im Januar übergeben, die Vorbereitungen laufen. Offizieller Start soll in der zweiten Jahreshälfte sein.

In Aschaffenburg wird das Gründerzentrum in der alten denkmalgeschützten Schlosserei auf dem Gelände der Stadtwerke seinen Sitz haben. Alte Tradition geht hier in digitale, innovati-

ve Moderne über. Träger ist hier die Stadt Aschaffenburg, die administrativen Aufgaben und die Begleitung erledigen die Stadtwerke. Die Förderprämie des Freistaats beträgt drei Millionen Euro, die Förderung durch kommunale Träger 1,5 Millionen Euro.

Das Ziel der Gründerschmiede ist, die Digitalisierung in der Region voranzutreiben. Viele alteingesessene Unternehmen unterstützen das Projekt finanziell und mit ihrem unternehmerischen Know-how. Im Gegenzug sollen auch sie von den digitalen Lösungen und Konzepten des Zentrums profitieren.

Jetzt gilt es nur noch Interesse für das Gründerzentrum zu wecken, kreative



Köpfe, Tüftler und Nerds zu gewinnen, die mit ihren digitalen Ideen aus Utopien Fortschritt werden lassen. Dies soll nicht zuletzt auf digitalen Foren und Kreativ-Sessions, aber auch durch Vortragsreihen und Workshops geschehen. ■

Olaf Kruse / REHAU AG + Co.

Innovative Lösungen zum erfolgreiche(re)n Auf- und Ausbau von Wärmenetzen

Effizientere Netze ermöglichen einen Netzausbau und das Erreichen der Klimaschutzziele. Nahwärmenetze können kostensparender und wirtschaftlicher betrieben werden, wenn deren Effizienzpotenziale bei der Konzeption, Planung und Umsetzung ausgeschöpft werden. Dabei gilt es, Überdimensionierungen zu vermeiden.

Dies gelingt durch Umsetzung folgender Maßnahmen: Netzurücklaufemperatur absenken, Temperaturspreizung erhöhen, Berücksichtigung der Gleichzeitigkeit, Optimierung der Nebenstränge, Verwendung von Duo-Rohrleitungen und Einsatz verstärkter Dämmung.

Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen können Nahwärmenetze auch noch dort wirtschaftlich realisierbar sein, wo dies sonst nicht möglich wäre. Das Ausschöpfen aller Maßnahmen zur Netzeffizienz trägt so zu einem weiteren Neu- und Ausbau von Wärmenetzen bei.

Für einen effizienten Wärmetransport hat REHAU langlebige Polymerlösungen entwickelt, die sich flexibel verlegen und einfach ergänzen lassen. Zentrales Element des Komplettsystems RAUTHERMEX für die Wärmeverteilung in ausgedehnten Wärmenetzen ist das PE-Xa Mediumrohr. Seine Isolation aus PU-Schaum sorgt für eine optimale Wärmedämmung für Temperaturen bis 95 Grad Celsius.

Mit einer Tiefenprofilierung hat REHAU das PE-Xa Mediumrohr optimiert, so dass sich die Biegeradien nochmals um 30 Prozent verkleinern lassen.

Das Verbundrohrsystem RAUTHERMEX bietet ein komplettes Rohr- und Formteilprogramm mit Einfach- und Doppelleitungen und allen relevanten Formteilen und Fittings:

- RAUTHERMEX Doppelleitungen von d 25 bis 63 mm, Einzelleitung von d 25 bis 160 mm mit Ringbundlängen zwischen 86 und 560 m
- REHAU Verbindungssystem Schiebehülse mit allen gängigen Abgängen, Übergängen sowie Spezialitäten wie Kugelhähnen und Absperrarmaturen
- REHAU Verbindungssystem Elektroschweißmuffe Fusapex für Verbindungen zwischen d 50 bis 160 mm, Winkeln, Übergängen und Flanschanbindung

Weitere Flexibilität in der Verlegung erlaubt die neue Generation 2.0 des RAUTHERMEX Clip-Muffensystems: Aufgrund eines innovativen Mehr-Komponenten-Dichtrings ist zwischen Rohr und Muffe eine Abwinkelung von bis zu 20 Grad möglich. ■

Dr. Johannes Jungwirth / VK Energie GmbH

Optimierung bestehender Heizkraftwerke

Bei der Energiewende liegt der Fokus bisher vor allem auf dem Stromsektor. Dabei schlummert im Bereich der Wärmeversorgung großes Potenzial an Effizienzsteigerung und Einsparung von CO₂-Emissionen. Bei bestehenden Heizkraftwerken kann dieses Potenzial heute schon durch den Einsatz eines intelligenten Wärmespeichermanagements gehoben werden – ohne nennenswerte Investitionen.

In der kommunalen Wärmeversorgung werden häufig Heizkraftwerke bzw. Blockheizkraftwerke (BHKW) eingesetzt. Eine entscheidende Komponente dieser Heizkraftwerke ist der Wärmespeicher, der die erzeugte Wärmeenergie „puffert“. Dieser Puffer ermöglicht eine gewisse Flexibilität zwischen Erzeugung und Verbrauch – die nachgefragte Wärme muss ja zu jeder Zeit gedeckt werden. Reicht der Puffer einmal nicht aus, springen üblicherweise sog. Spitzenlastkessel ein und decken die Wärmeversorgung.

Im Gegensatz zum BHKW erzeugen diese Kessel aber keinen Strom. Bei der „gekoppelten“ Erzeugung im BHKW werden Wärme und Strom immer gleichzeitig erzeugt. Der dabei erzeugte Strom ist oftmals ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für den Betrieb der Anlage. Daneben ist die Stromerzeugung in einem BHKW hocheffizient und damit klimafreundlich. Die Maximierung der Stromerzeugung des BHKWs ist somit oft ein Ziel des Anlagenbetreibers.

VK Energie bietet Anlagenbetreibern von Heizkraftwerken eine vollumfängliche Betriebsoptimierung. Kernstück ist hierbei eine Software zum intelligenten Wärmespeichermanagement, die zum Patent angemeldet ist. In Echtzeit werden Daten des Wärmespeichers verarbeitet und der Zustand des Wärmespeichers bestimmt.

Wichtig ist auch, die Dynamik des Speichers zu bestimmen („Wie schnell wird dieser gerade beladen oder entladen?“). Diese Informationen werden mittels der Software berechnet und können auf zwei Arten genutzt werden: Bei sehr großen Heizkraftwerken,

die über eine Leitwarte betrieben werden, kann VK Energie diese Informationen dem Betriebspersonal der Anlage zur Verfügung stellen. Das Betriebspersonal kann dann darauf basierend die Anlage effizienter betreiben.

Für Blockheizkraftwerke, die automatisiert laufen, übernimmt VK Energie die komplette Steuerung der Anlage. Mittels einer speziellen Hardware, der „VK-Box“, läuft die Betriebssoftware vor Ort an der Anlage und optimiert deren Fahrweise. Bei einem Heizkraftwerk mit 2,4 MW elektrischer Leistung und einem Wärmespeicher mit 70 m³ Volumen, das seit 2017 auf diese Weise von VK Energie optimiert wird, konnten so folgende Ergebnisse erreicht werden:

- Steigerung der Stromerzeugung im BHKW von 29 %
- Reduzierung der Start/Stop-Vorgänge des BHKWs um 50 %
- Verringerung der Ausfallzeit und des Aufwands für das technische Betriebspersonal
- Einsparung von mehr als 2.000 Tonnen CO₂ im Jahr

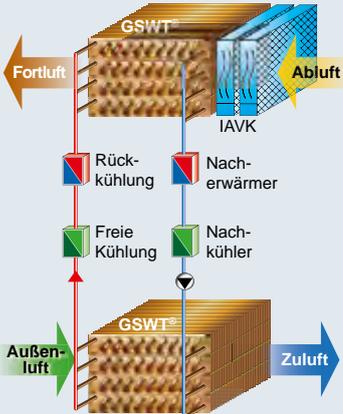
Für die Umsetzung der Optimierung wird zunächst das Potenzial der Anlage analysiert. Ist ausreichend Potenzial vorhanden, wird abhängig von der Größe der Anlage gemeinsam eine Umsetzungsvariante ausgewählt. Nach der Implementierung der Software kann schließlich die Betriebsoptimierung starten. Damit schlägt man drei Fliegen mit einer Klappe: Höhere Wirtschaftlichkeit, Optimierung des technischen Betriebs sowie Einsparung von CO₂-Emissionen. ■



Kostendämpfung für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage



Clever investieren - doppelt sparen mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!



GSWT®-Technologie

Gegenstrom-Schicht-Wärmeaustauscher

- Substitution von Heiz-, Kälte-, Rückkühlleistung
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebs-sicher
- Keim- und schadstoffübertra-gungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bay-reuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-To-
wer, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leo-poldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität

Fragen Sie unsere unverbindliche Beratung für Ihre kommenden Bauvorhaben an - hocheffiziente Lösungen haben wir immer.

SEW® GmbH | 47906 Kempen
Tel. 02152/9156-0 | www.sew-kempen.de

Thomas Oppelt / Bayernwerk AG

Strombewegung – vom Netzmonitor zum lokalen Strommarkt

Warum aus der Ferne beziehen, wenn das Stromglück so nahe ist? Diese berechtigte Frage stellte sich Bayerns größter Netzbetreiber, die Bayernwerk AG, und entschied, neue Wege zum lokalen Strommarkt zu ergründen, die Thomas Oppelt, Leiter des Projekts „Lokaler Strommarkt“, vorstellte.

Was einfach klingt, ist in der realen Umsetzung recht herausfordernd, denn es gilt, bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort – dem Stromkunden schlechthin – erst einmal herauszufinden, wer reiner Strombezieher, wer reiner Produzent, also Öko-Stromerzeuger und wer beides ist. Daher steht am Anfang eines solchen kommunalen Projekts ein Energie- und Netzmonitor, den das Bayernwerk ebenso anbietet wie die Ausarbeitung eines Umsetzungsvorschlags.

Angesichts der Tatsache, dass der Strom wie seit Dezennien zuverlässig einfach aus der Steckdose kommt, gilt es herauszufinden, ob beim lokalen Stromkunden ein gesteigertes Interesse besteht oder geweckt werden kann, den vor Ort erzeugten Öko-Strom auch vor Ort zu verbrauchen und somit das vorgelagerte regionale Stromnetz zu entlasten. Hoffnung macht dabei, dass rund einem Drittel oder etwa 12 Millionen Haushalte in Deutschland die Herkunft des Stroms aus ihrer Region wichtig ist.

Immerhin 65 % des Stroms, der über das Bayernwerknetz transportiert und verteilt wird, stammt aus regionalen erneuerbaren Energiequellen, die nicht gleichmäßig den erzeugten Strom zur Verfügung stellen.

Die Basis für den Aufbau einer lokal verankerten Stromversorgung ist, Klarheit über die Ist-Werte von Erzeugung und Verbrauch zu gewinnen, z. B. wie viele dezentrale Stromerzeugungsanlagen werden in der Region betrieben, besteht überhaupt Interesse an dem Wissen über die Herkunft des verbrauchten Stroms, kann der vor Ort erzeugte Ökostrom den Verbrauch decken?

Die Vorteile einer solchen Transparenzoffensive zur aktuellen Energiesituation vor Ort in einer Kommune liegen laut Oppelt auf der Hand:

- Durch die Bewusstmachung in der Kommune vereinfacht sich die Umsetzung der Energiewende.
- Das Energiebewusstsein jedes einzelnen Bürgers wird gefördert.
- Die Möglichkeit zur Mitgestaltung der Energiewende vor Ort stärkt die kommunale Gemeinschaft.

Eine Mustergemeinde, die den Bayernwerk-Weg gegangen ist, ist Oppelt zufolge Furth bei Altdorf nahe der niederbayerischen Hauptstadt Landshut. Die erfolgreiche Projektumsetzung mit dem Bayernwerk fasste Andreas Horsche, Erster Bürgermeister von Furth, wie folgt zusammen: „Der Energie-Monitor hilft unseren Bürgerinnen und Bürgern zu verstehen, wie einfach die Energiewende vor Ort funktionieren



Thomas Oppelt, Bayernwerk AG

kann – wenn alle mitmachen!“ Dies unter anderem bei der Beantwortung der alles entscheidenden Fragen: Welche regenerativen Erzeugungsanlagen stehen in unserer Kommune? Wie viel Strom verbrauchen wir alle zusammen in unserer Kommune? Können wir uns lokal mit selbsterzeugter Energie versorgen?

Sind solche Fragen mit hinreichender Transparenz geklärt, hilft das Bayernwerk mit Rat und Tat beim Aufbau eines lokalen kommunalen Strommarkts, der die lokale Wertschöpfung stärkt – insbesondere auch für die Zeit nach Auslaufen der üppigen Subventionen von Erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen, die die Abhängigkeit vom konventionellen Strommarkt mildert und Möglichkeiten zu kommunalen Energiesparmaßnahmen ermittelt. Langfristiges Ziel ist es, im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung über eine unabhängige Energieplattform einen direkten Stromhandel zwischen lokalen Erzeugern und Kunden in Gang zu bringen. Somit wird die Kommune zum gut geölten Scharnier bei der Gestaltung der Energiewende vor Ort.

Mit Hilfe der direkten lokalen Stromversorgung kann die Kommune ein energiepolitisches Zeichen in der Region setzen, in dem sie den Bürgern lokal erzeugten Strom zugänglich macht, ein echtes regionales Stromprodukt anbietet, dazu z. B. preiswerte, intelligente Zähler mit automatischen Analysefunktionen oder ein mobilfunkfähiges Online-Portal inkl. Customer-Self-Care. Die Kommune kann insgesamt ihre Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern positiv stärken, die Energiewende, CO₂-Einsparungen und Energieautarkie befördern.

Das Bayernwerk steht einem derartigen kommunalen Projekt mit Rat und Tat zur Seite und hilft als Dienstleister und Produktlieferant bei Aufbau, Vermarktung und Optimierung eines regionalen/lokalen Strommarktes. Die Kommune ist die Schnittstelle zu den Kunden. Für die Bürgerinnen und Bürger bleibt die Zusammenarbeit zwischen Bayernwerk und Kommune kostenneutral, das heißt die Strompreise bleiben gleich oder könnten sogar etwas sinken, zeigte sich Oppelt optimistisch. ■

Dr. Jessica le Bris / Green City Energy AG

Innovative Ansätze für Kommunen: Wohnen und Mobilität neu denken

Zwei Tendenzen sind unumkehrbar: Das Wachsen der urbanen Ballungszentren und damit auch die Zunahme des Verkehrs. In einer freien Gesellschaft ist eines der wesentlichen Grundbedürfnisse neben Wohnen, Essen und Trinken die persönliche Mobilität, sei es um zur Arbeit zu kommen oder seine Freizeit frei gestalten zu können.

Green City arbeitet unter anderem an Konzepten, wie angesichts der Herausforderungen von wachsenden und im Verkehr erstickenden Städten diese noch lebenswert bleiben können. Das Ziel: Mobilität für alle und das ohne Auto! Der Schlüssel dazu liegt bei den Kommunen, die – gefühlt frei – die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger, wie Arbeitsplätze, Gewerbe, Industrie, Wohnen, Versorgung, Gastronomie, Freizeit etc. erfüllen sollen.

Dr. Jessica le Bris legte in ihrer Präsentation den Finger in die Wunde: Je mehr die Städte wachsen, umso mehr leiden sie am sogenannten automobilen Individualverkehr, der durch den Trend zur Individualisierung als Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung zu steigenden Motorisierungsraten führt.

Seit Erfindung des Autos wurden die Städte für diese auf Kosten der Bewohner entsprechend angepasst. Das war solange problemlos, wie Autos kein für jeden erschwingliches Fortbewegungsmittel waren. Heute allerdings muss schnellstens eine Umgestaltung der Ballungszentren erfolgen, so dass dort die Menschen wieder mit weniger schlechter Luft und weniger Lärm leben können. Kurz: Der Mensch sollte wieder im Mittelpunkt stehen; eine menschengerechte Verkehrsplanung in den Städten würde neben der allgemeinen Gesundheitsverbesserung auch zur Verringerung von Staus, zu weniger Verkehrstoten und zu spürbaren volkswirtschaftlichen Vorteilen durch Kostenvermeidung unter anderem in den Bereichen Umwelt und Gesundheit führen.

Ansätze und Konzepte für eine lärmarme, grüne, kompakte und durchmischte Stadt der Zukunft mit einer umweltschonenden Mobilität gab und gibt es viele. Allein an der Umsetzung hakt(e) es eher mehr als weniger. Die Kunst wird sein, neue Mobilitätsangebote so komfortabel zu gestalten, dass sie die vermeintlichen oder auch tatsächlichen Vorteile des Individualverkehrs übertrumpfen.

Alternativ kann auch die Vergrämungstaktik eingesetzt werden, das heißt man baut so große Hürden auf, dass die private Nutzung von Autos in den Städten so umständlich und unattraktiv wird, dass die Alternativen bequemer scheinen und leichter fallen. Das würde unter anderem bedeuten, dass die autogerechte Stadt zurückgebaut werden müsste, um den Menschen die Rückeroberung des urbanen Lebensraums zu ermöglichen. Erreichen lässt sich das z. B. durch Reduzierung des individuellen Flächenverbrauchs (warum brauchen Paare oder Singles heute Wohnungen, die für ganze Familien Platz bieten?), durch Deckelung der zugelassenen Pkw auf maximal 150 pro 1000 Einwohner, Verringerung der Parkflächen und



Stellparkschlüssel, Ausweitung des kostenpflichtigen Parkraummanagements oder durch generelles Tempolimit auf 30 km/h.

Die Lösung wird wahrscheinlich in einer Kombination von beiden Konzepten liegen. Dr. le Bris warb daher dafür, mutig mit Lösungsansätzen (E-Carsharing, Fahrradverleih, E-Roller-Sharing, etc.) zu experimentieren. Innovative Lösungen, wie Wohnen und (vor allem auch E-)Mobilität zusammen zu denken, sollte man einfach mal im Kleinen ausprobieren. Lokal und temporär begrenzt lassen sich solche Versuche leichter durchsetzen. Die Ergebnisoffenheit erlaubt auch das Scheitern eines Ansatzes, wenn die Realität die Theorie ad absurdum führt. Sind die Ergebnisse des Versuchs positiv, lässt sich das Konzept auf andere Stadtviertel übertragen, wobei man bei den örtlichen Unterschieden voneinander lernen kann. Überhaupt sollte der Ansatz der best practice (auch international) gelten.

Allerdings ist ein Umdenken bei den Kommunalverwaltungen ebenso wie bei den Bewohnern der Kommunen unumgänglich, will man auch in Zukunft Wohnen und Mobilität unter einen Hut bringen. ■

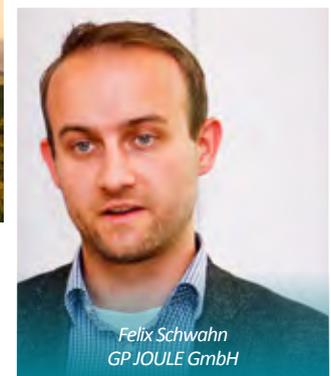
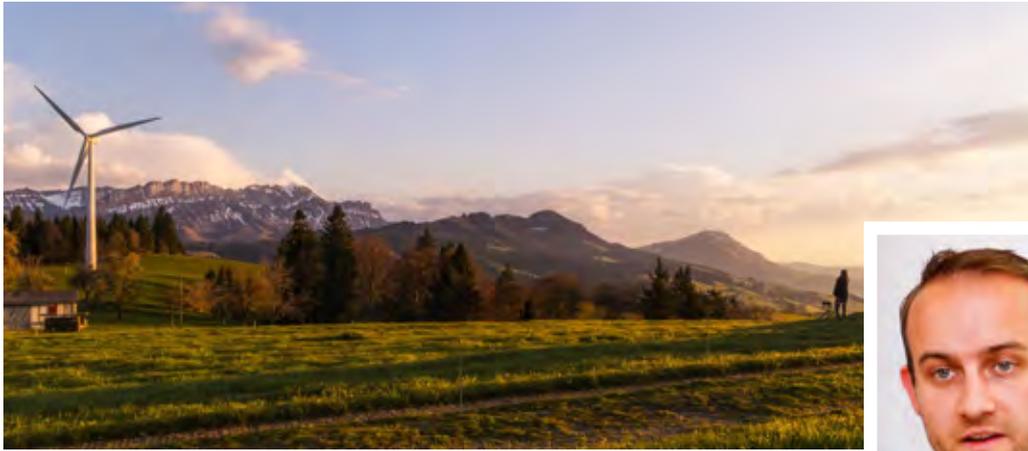
Energiekonzepte für die Zukunft -

Wir realisieren mit Ihnen ökologische und ökonomische Ziele

- Beratung
- Konzeptentwicklung
- Planung
- Umsetzung
- Projektmanagement
- Energiemanagement

ratio plan
Energie. Fortschritt. Kompetenz.

ratioplan GmbH | Wellheimer Straße 34 | D-91795 Dollnstein
Tel. 08422 997 79-0 | info@ratioplan.bayern | www.ratioplan.bayern



Felix Schwahn / GP JOULE GmbH

Gemeindewerke in PPP als Modell für den ländlichen Raum

Kommunen haben häufig nur einen begrenzten finanziellen Spielraum, was Investitionen in zukunftsfähige Projekte, wie zum Beispiel die Förderung der Energiewende, sehr schwierig macht. Eine Möglichkeit zur Lösung dieses Dilemmas ist die Suche nach einem solventen, vor allem aber seriösen Partner. Hier bietet sich die GP Joule GmbH für Unternehmen, Kommunen und Investoren als innovativer und universeller Partner an. Sie verfügt in Deutschland und Nordamerika über mehrere Niederlassungen mit insgesamt 220 Mitarbeitern.

GP Joule setzt auf eine 100-prozentige Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen durch Nutzung von Sonne, Wind, Biomasse und Energiespeichern. Damit ist sie ein idealer Partner für Kommunen, die nachhaltig mit eigenen kommunalen Energieversorgungswerken zum Gelingen der Energiewende beitragen wollen.

Felix Schwahn stellte das für Kommunen attraktive Zusammenarbeitsmodell, das eine Partnerschaft mit Chancen und Potenzialen bei geringem finanziellem und personellem Aufwand ermöglicht, vor.

In Form einer Public Private Partnership (PPP), bei der GP Joule auch Eigenkapital einbringt, lässt sich der Aufbau eines kommunalen Energieversorgers finanzieren, der auf erneuerbare Energie- und Betriebskonzepte für eine zukunftsträchtige Energieversorgung setzt. Die Kommune kann ihre Daseinsvorsorgeziele, wie das Klima schützen, den kommunalen Standort und dessen Wirtschaftskraft stärken und die lokale Wertschöpfung fördern, durch den externen Partner leichter verfolgen. Gleichzeitig bleibt die Kommune für die Bürgerinnen und Bürger das lokale bekannte Gesicht beim Zukunftsthema Energie und behält das Heft bei der Nutzung lokaler Energiepotenziale und der Schaffung von Standortvorteilen in der Hand. Trotzdem behält die Kommune als Versorger mit lokaler Identität bei einem durch PPP finanzierten Gemeindewerk die Entscheidungshoheit in elementaren Fragen der Energieversorgung und bei der Verfolgung der Klimaschutzziele.

Als Referenzobjekte präsentierte Schwahn gelungene Beispiele von Partnerschaften mit Kommunen: Im Jahr 2012 wurde die Renegierwerke Buttenwiesen GmbH gegründet. Die Gesellschafter sind die Gemeinde Buttenwiesen mit 55 % der Anteile und GP JOULE mit 45 %. Durch diese Partnerschaft werden alle Aufgaben, wie Projektentwicklung, Finanzierung,

Bau, Betrieb und Vermarktung der Versorgungsinfrastruktur zur Belieferung der Bürgerinnen und Bürger mit Wärme und Strom aus einer Hand, gemeinsam geleistet. Dieses Konzept wurde vom Landratsamt, dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Landtag und dem Bayerischen Innenministerium testiert.

Ein weiteres Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit ist die Wärmenetzgesellschaft der ProTherm Mertingen GmbH. Die Gesellschaft wurde 2016 gegründet und kümmert sich heute nicht nur um die Wärmeversorgung der Bürgerinnen und Bürger, sondern bietet auch Elektrofahrern Lademöglichkeiten. Die Abrechnung und Verwaltung der Ladestationen betreut zuverlässig die GP JOULE. Die ProTherm Mertingen ist über GP JOULE in das Ladenetz von ca. 8.000 Ladepunkten in Deutschland eingebunden.

Ein Projekt mit Signalwirkung nicht nur für GP JOULE ist das auch öffentlich geförderte Modellvorhaben einer kommunalen Wärmeversorgung aus 100 % erneuerbarer Energie in der schleswig-holsteinischen Gemeinde Bosbüll. Neben einer Biogasanlage soll vor allem der im Überfluss vorhandene Strom von 12 Windkraftanlagen und aus Photovoltaik-Feldanlagen genutzt werden. Mit dem Strom soll eine Wärmepumpe die notwendige Wärmeenergie in ein neues Nahwärmenetz einspeisen bzw. für einen Wärmespeicher bereitstellen. Wie bei allen PPP-Projekten bleibt die GP Joule mit 45 % der Anteile in der Minderheit, das Sagen hat die jeweilige Kommune.

GP Joule sieht sich als Dienstleister sowie Berater der Kommune und erbringt alle Leistungen von der Idee über Planung und Bau bis hin zum Betrieb z. B. eines Wärmenetzes. Die innovative Zusammenarbeit zwischen Kommune und GP JOULE ist langfristig angelegt, was sich bei der Kreditvergabe zu günstigen Konditionen bezahlt macht. So sichert man den Erfolg. ■



Prof. Dr. Petra Denk und Maximilian Walch

Prof. Dr. Petra Denk / Hochschule Landshut und Maximilian Walch / Team für Technik GmbH

Sind Klimaschutzziele noch erreichbar? Umsetzungsstrategien aus der Praxis

Die Team für Technik GmbH ist eine innovative Ingenieurgesellschaft für Energie- und Versorgungstechnik. Sie ist spezialisiert auf ökologisch und ökonomisch nachhaltige Lösungen, die auf langjähriger Erfahrung in Beratung, Planung und Bauüberwachung basieren.

Das Institut für Systemische Energieberatung GmbH (ISE) an der Hochschule Landshut steht für die Verbindung von Erfahrungen aus der Praxis und Ergebnissen aus der Begleitforschung. Sowohl durch die Erstellung von Energie- und Klimaschutzkonzepten/Energienutzungsplänen/Energieeffizienzkonzepten für Kommunen und Unternehmen als auch durch die wissenschaftliche Bearbeitung energiewirtschaftlicher Fragestellungen will das Institut einen Beitrag zur Realisierung der regionalen und kommunalen Klimaschutzziele leisten.

Zieldreieck der Energiewirtschaft

„Uns ist es ein Anliegen, die Entwicklung der Kommunen/ Unternehmen und somit auch der Regionen und Landkreise positiv zu beeinflussen und die Zukunft der Energieversorgung gemeinsam aktiv zu gestalten“, betonte Prof. Dr. Petra Denk. „Bei unserer Arbeit orientieren wir uns am sog. Zieldreieck der Energiewirtschaft, das die Ziele Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit gleichermaßen verankert. Unser systemischer Ansatz hilft uns dabei, die Wechselwirkung zwischen verschiedenen Randbedingungen und Maßnahmen im Auge zu behalten. Auch die Wechselwirkung zwischen den Akteuren muss berücksichtigt werden, um Konzepte erfolgreich umzusetzen. Wissenschaftlich vertreten wir die Auffassung, dass ein modellbasierter systemischer Ansatz bei der Erstellung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes gewählt werden sollte. Dieser ist Ziel der Forschungsarbeit am ISE.“ →



SMARTES ENERGIE- MANAGEMENT IN DER KOMMUNE LGA COCKPIT

Statusuntersuchung mit dem „Cockpit Check“ und kontinuierliches Energiemanagement mit dem „Cockpit Portal.“ Für alle energierelevanten Bereiche!

LGA COCKPIT CHECK

Unsere Initialuntersuchung:

- Wie sind die Energieverbräuche?
- Welche Energiedaten werden wie erfasst?
- Wie organisiert die Kommune ihre Energie?
- Wie werden Maßnahmen identifiziert, priorisiert und umgesetzt?
- Wie sieht die Energiepolitik bzw. strategische Planung aus?
- Wie gestaltet die Kommune ihren lokalen Energiemarkt?

LGA COCKPIT PORTAL

Unser Online Portal für ein ganzheitliches Energiemanagement:

- Webbasiertes Energiecontrolling
- Aussagekräftige Auswertungen
- Jährlicher Energiebericht mit Maßnahmenempfehlungen
- Fachliche Unterstützung bei allen energierelevanten Fragen
- Integriertes schlankes Anlagen-, Gebäude- und Vertragsmanagement

www.lga-cockpit.de

LGA

ENERGIE



*Klare Vorgaben weisen den Weg
zum Erreichen der Klimaziele.*

Das Konzept ist fertig. Doch wer setzt um? Eine Möglichkeit ist die dreijährige Teilnahme an einem kommunalen Effizienznetzwerk. Dieses besteht aus zwei Säulen: der individuellen energietechnischen Beratung und moderierten Netzwerktreffen. Die energietechnische Beratung ist auf kommunenspezifische Bedürfnisse zugeschnitten. Im Rahmen der Netzwerkarbeit wird eine systematische Analyse der kommunalen Liegenschaften durchgeführt. Es werden ausgewählte Projekte detailliert ausgearbeitet und umgesetzt. Ein Ziel der Netzwerktreffen ist der Aufbau einer dauerhaften interkommunalen Zusammenarbeit. Gefördert werden 70 % der Nettokosten im ersten Jahr und 50 % der Nettokosten im zweiten und dritten Jahr. Der Eigenanteil der Kommune ist somit überschaubar.

Energienutzungsplan Regensburg

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Ansätze aus Konzepten und Netzwerk mit technischen Detailstudien zu konkretisieren, wie Maximilian Walch am Projektbeispiel Energienutzungsplan Regensburg darstellte. Gemeinsam mit der Stadt Regensburg ermittelte Team für Technik im Zeitraum 2013 bis 2014 die Grundlagen des Energienutzungsplans: Strukturdaten, Energieverbräuche und Energieerzeugungsdaten. Auf dieser Basis wurden Energieeinsparpotenziale, Potenziale erneuerbarer Energien und Effizienzpotenziale quantifiziert und räumlich zugeordnet.

Bei den Einsparpotenzialen lag im historischen Stadtkern ein besonderes Augenmerk auf Restriktionen, die dem Schutz des denkmalgeschützten Altstadt-Ensembles dienen. In weiteren Schritten wurden gemeinsam mit den maßgeblichen lokalen Akteuren umsetzungsorientierte und räumlich angepasste Konzepte für eine nachhaltige Energieversorgung entwickelt. Beispiele hierfür sind Prioritätsgebiete für Wärmenetze und für energetische Sanierungen, Netzwerkinitiativen für energieintensive Unternehmen und für die Bioenergiebranche.

Viele Kommunen haben sich ambitionierte Ziele im Rahmen der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien gesteckt. Um aus den Ergebnissen entsprechender Klimaschutzkonzepte und Energienutzungspläne zu einer technischen Umsetzung gelangen zu können, fehlt häufig ein Zwischenschritt in Form eines technischen Versorgungskonzepts, das die Brücke von der Idee zur Umsetzung schlägt.

Technisches Versorgungskonzept

Für einen Ortsteil der Großgemeinde Vaterstetten wurde ein derartiges Versorgungskonzept erstellt. Es zeigt, dass die gesteckten energiepolitischen Ziele sowohl unter technischen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten realisiert werden können. Dabei wurden Wärmeerzeugungskonzepte mit hohen solaren Deckungsgraden und hohen Anteilen von Umweltwärme mit einer hauptsächlich auf Biomasse basierenden verglichen. Gleichzeitig wurde der Einfluss unterschiedlicher Niedertemperatur-Wärmeverteilungen untersucht.

Die technische Konzeptplanung am Beispiel Vaterstetten zeigt, dass es möglich ist, ambitionierte Energieversorgungsziele technisch und wirtschaftlich umzusetzen. Es zeigt sich auch, dass mehrere unterschiedliche Versorgungskonzepte sinnvoll sein können. Um letztlich eine Entscheidung treffen zu können, unter welcher Zielstellung Energieversorgungs-konzepte umgesetzt werden sollen, ist es sinnvoll, mögliche Varianten eines Energieversorgungskonzepts im Rahmen einer technischen Konzeptplanung technisch auszuarbeiten und auf dieser Basis zu vergleichen.

Fazit: Die Ergebnisse aus Energienutzungsplänen sind gute Ansätze für die Umsetzung von Projekten. Eine Detaillierung der Ansätze ist für eine erfolgreiche Umsetzung in allen Fällen von Nöten. Im Rahmen von Energieeffizienznetzwerken sind Synergien zwischen den Kommunen zu nutzen. Bei größeren oder technisch anspruchsvolleren Projekten sollten die Risiken über genauere Betrachtungen minimiert werden. ■

Bertram Kölsch / BayWa Energie Dienstleistungs GmbH

100 % CO₂-neutrale Wärme sind machbar

„Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH realisiert als Wärmelieferant den Einsatz regenerativer Energien“, unterstrich Vertriebsleiter Bertram Kölsch. Die präzise Analyse der Kundensituation und die Berücksichtigung individueller Kundenwünsche sind Markenzeichen des Unternehmens. Das 100-prozentige Tochterunternehmen der BayWa AG bietet Contracting als cleveres Rundum-Sorglos-Paket an.

Während beim Anlagen-Contracting die BayWa Anlagen zur Nutzenergielieferung plant, finanziert, errichtet und betreibt (Vertragslaufzeit ca. 10 bis 20 Jahre, fest definierter Energiepreis, BayWa trägt Investitions-, Energieeffizienz- und Instandhaltungsrisiko) übernimmt das Unternehmen beim Betriebsführungs-Contracting den Betrieb der vorhandenen Energieanlage. Hier bleibt die Anlage im Eigentum des Kunden, die BayWa übernimmt das Energieeffizienzrisiko und es sind kürzere Vertragslaufzeiten – ab ca. 5 Jahre – möglich.

Als breit verfügbarer, wirtschaftlicher und CO₂-neutraler Energieträger macht Holz aktuell rund zwei Drittel der erneuerbaren Energien am Wärmemarkt aus und bildet einen der wichtigsten Pfeiler der Energiewende. Das Potenzial von Restholz aus der nachhaltigen Waldbewirtschaftung ist noch lange nicht ausgeschöpft, wie Kölsch betonte.

Qualitätssicherung

Mit der Abwärme einer Biogasanlage werden Waldhackschnitzel auf einen kontrollierten Wassergehalt von etwa 10 Prozent in einem kontinuierlichen Prozess technisch getrocknet. Zum Vergleich: Bei waldfischem Holz liegt der Wasseranteil bei ca. 40-50 Prozent. Außerdem werden neben der Trocknung bei zwei Siebvorgängen über große Holzstücke sowie Fein- und Nadelanteile von den Hackschnitzeln getrennt. Damit ist die Einhaltung des hohen Standards nach ENplus A1, einem Zertifikat für qualitätsgesicherte Hackschnitzel, das klare Anforderungen an die Gleichmäßigkeit (Partikelgröße), den Feinanteil (Staub, Sand etc.) sowie den Wasser- und Aschegehalt stellt, gesichert.

Grundsätzlich, so Kölsch, schaffe die Kombination aus Trocknung und Siebung derart große Vorteile, dass die



Bertram Kölsch
BayWa Energie Dienstleistungs GmbH

BayWa EDL die Wärmelieferung günstiger anbieten könne als die Konkurrenz mit ihren unaufbereiteten Waldhackschnitzeln.

Das BayWa Contracting für Nahwärmerversorgungen garantiert die Wärmelieferung aus Holz-Brennstoffen und anderen CO₂-armen Wärmequellen. Die Heizzentralen befinden sich außerhalb der Ortsmitte. Die Einbindung aller Kundengruppen ist möglich. Die größere Dimension der Erzeugungsanlage fördert Effizienz, Emissionsverhalten und Wirtschaftlichkeit. Sehr gut geeignet ist der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und/oder Biomasse. Der Raumbedarf für die Übergabestation beim Kunden ist minimal; es gilt, historische Gebäude CO₂-arm zu machen. „Mit Holz-Brennstoffen kommt man der CO₂-Neutralität schon sehr nahe“, erklärte Kölsch.

Überzeugte Nutzer

Von dem breiten Spektrum an Leistungen konnten sich bereits zahlreiche zufriedene Kunden überzeugen. So setzt die Blumenhof-Klinik im oberbayerischen Bad Feilnbach auf Energie-Contracting der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH. Diese brachte die Technik der Heizanlage für rund 500.000 Euro auf den neuesten Stand, rüstete auf den Betrieb mit Holzpellets

um, liefert in den nächsten 15 Jahren Wärme und kümmert sich um Betrieb und Wartung aller Anlagen. Die Holzpellets-Heizung wird künftig nur noch im Notfall auf flüssigen Brennstoff zurückgreifen. Herzstück der sanierten Heizzentrale ist ein Holzpellets-Kessel mit einer Leistung von 550 kW. Bei Spitzenlasten arbeiten zwei heizölbeheizte Niedertemperaturkessel mit. Die CO₂-Einsparung beläuft sich auf 780.000 kg pro Jahr.

Die Gemeinde Aying in Oberbayern wiederum besitzt ein eigenes Holzhackschnitzel-Heizhaus und versorgt über ein kurzes Nahwärmenetz mehrere eigene Liegenschaften wie das Rathaus, die Feuerwehr und den Kinderhort. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH gewann im Rahmen einer Ausschreibung den Brennstoff-Lieferungs- und Betriebsführungsvertrag. Zum Einsatz kommen technisch getrocknete Hackschnitzel mit definiertem Restfeuchtegehalt. Die CO₂-Einsparung beträgt 120.000 kg im Jahr.

Die ehemalige Königlich Bayerische Oberpostdirektion in Bamberg stammt noch aus Kaisers Zeiten und wurde von 1904 bis 1907 gebaut. Heute dient die Immobilie als Verwaltungsgebäude für die Unterbringung mehrerer Behörden und Institutionen. Dass die erste Heizung eine Kohlenheizung war, bringt heute den Vorteil, entsprechend hohe Heiz- und Lagerräume im Keller zu haben. Ideale bauliche Voraussetzungen also für den Einbau einer modernen Pellet-Heizung CO₂-Einsparung: 240.000 kg/Jahr.

In Parsberg (Oberpfalz) werden das Schulzentrum mit Turnhallen und Schwimmbad sowie das Krankenhaus, der Kindergarten und das Rathaus seit 2014 durch die Wärmelieferung aus Holz-Hackschnitzeln mit Heizwärme versorgt. Die Gesamtlänge des Wärmenetzes beträgt ca. 1,7 km. →

2014 ging das Projekt auf die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH über. Die CO₂-Einsparung beläuft sich auf jährlich 820.000 kg.

In Nittenau (Oberpfalz) wird das Schulzentrum (Gymnasium, Realschule, Grundschule und Mittelschule mit Turnhallen und Schwimmbad) sowie das Reha-Zentrum, der Kindergarten, die Feuerwehr, die Stadthalle und das Rathaus seit 2012 durch die Wärmelieferung aus Holz-Hackschnitzeln mit Heizwärme versorgt. Die Gesamtlänge des Wärmenetzes beträgt ca. 1,65 km. 2014 wurde das Projekt auf die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH übertragen. CO₂-Einsparung: ca. 850.000 kg pro Jahr.

Ein vor der Einweihung stehendes Hackschnitzel-Heizhaus in einem Gewerbegebiet versorgt produzierende Betriebe, Verwaltungen, Restaurant, Dienstleister, Lagerhallen etc. Die Heizzentrale verfügt über ein ca. 1 km langes Nahwärmenetz, es gibt zahlreiche Unterstationen. Die CO₂-Einsparung beträgt 300.000 kg pro Jahr.

In punkto Ausschreibungen riet Kölsch dazu, sich die Vorplanungskosten zu sparen und auf ein „detailliertes Leistungsverzeichnis bis zur letzten Schraube“ zu verzichten. Stattdessen biete sich eine funktionale Ausschreibung an. Die Versorgungsaufgabe müsse klar beschrieben werden, zudem sei die konkrete Anlage durch den Contractor zu konzeptionieren. Sinnvoll sei es zudem, auf Restwerte oder Endchaftsregelungen zu verzichten und eine Wertung zum Beispiel über Gesamtkosten und CO₂ zu verfassen.

Solider Partner

Erfahrung und Verlässlichkeit zeichne das Unternehmen aus, so Kölsch. Da langfristige Wärmelieferungsverträge ein hohes Maß an Vertrauen erforderten, sei die BayWa mit ihrem gut ausgebildeten Personal, langjährigen Erfahrungen in der Energiebranche und der Solidität eines seit über 90 Jahren bestehenden Konzerns mit zahlreichen Referenzen die erste Adresse für maßgeschneiderte Kundenwünsche. ■

Beraternetzwerk LandSchafttEnergie

Energiekonzepte für Kommunen

Seit sechs Jahren gibt es das bayernweite Beraternetzwerk LandSchafttEnergie, das vom bayerischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium finanziert wird. Um die Energiewende in Bayern erfolgreich voranzutreiben, bieten verschiedene Ansprechpartner in allen Regierungsbezirken kostenlose Beratung zu Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung an. Als Schwerpunkte haben sich die Themen Photovoltaik, Biogas, Effizienz und Einsparung sowie Heizen mit Holz herauskristallisiert.



v.l. Stephanie Neumeier und Michael Huth „LandSchafttEnergie“

Fast 300 Kommunen haben in den vergangenen Jahren im Rahmen des Programms „100 weitgehend neutrale Kommunen“ oder der „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ (ILE) die Beratung von LandSchafttEnergie genutzt. Dabei wurden rund 100 Energiekonzepte unter intensiver Einbeziehung der Bürger und unter fachlicher Begleitung von Energieagenturen, Hochschulen oder freien Büros erarbeitet. Zudem werden mehr als 20 Energiekonzepte in kommunalen Allianzen mit rund 190 Gemeinden erarbeitet.

Mitarbeiter zum Energiesparen motivieren

Das Informationspaket „Energiespaßnahmen“ soll die Mitarbeiter Ihrer Kommune bzw. Ihres Unternehmens mit einfachen Mitteln zum Energiesparen motivieren. Sie können sich das Paket, das aus Flyern, Plakaten und Aufklebern besteht, unter www.LandSchafttEnergie.bayern.de herunterladen bzw. unter www.bestellen.bayern.de kostenlos bestellen.

Mit den LandSchafttEnergie-Nachrichten bietet das Projekt monatlich einen kostenlosen Online-Newsletter mit aktu-

ellen Meldungen, Publikationen und Terminen rund um die Themenbereiche der Energiewende. Als thematisch untergliederte Linksammlung mit hoher Informationsdichte haben sich die LandSchafttEnergie-Nachrichten vor allem bei Fachleuten etabliert.

Weitere Informationen über LandSchafttEnergie sowie die Möglichkeit zur Newsletter-Anmeldung erhalten Sie über www.LandSchafttEnergie.bayern.de bzw. über die Koordinationsstelle in Straubing unter 09421/300-270 oder landschafttnergie@tfz.bayern.de ■

IMPRESSIONEN



Terminhinweis

12. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

voraussichtlich am 27. Juni 2019

www.bayerisches-energieforum.de

BAYERISCHE
Gemeindezeitung

IMPRESSUM:

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 15-16/2018

Redaktion: Doris Kirchner

Monika Steer

Gestaltung: Michael Seidl

Fotos: Event: Jessica Kassner
Pixabay

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Anzeigenleitung: Constanze von Hassel

Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

www.gemeindezeitung.de

info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck

Gutenbergstr. 1

96050 Bamberg



**Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit
Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern**

und klicken Sie hier: www.anmelden.gemeindezeitung.bayern



Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:

